

Für Deutschland
Starke Mitte – gute Zukunft



**37.
Bundes-
parteitag
in Bremen
10. bis 13.
September
1989**

**Aktion
Willkommen
für Landsleute
aus der DDR
Seite 62**

Ergebnisse der Bundesvorstandswahl

	gültige Stimmen	Es stimmten mit Ja
● Wahl des Bundesvorsitzenden:	718	
Bundeskanzler Helmut Kohl		571
● Wahl des Generalsekretärs:	704	
Volker Rühle		628
● Wahl des Bundesschatzmeisters:	541	
Walther Leisler Kiep		397
● Wahl der 7 stellvertretenden Bundesvorsitzenden:	730	
Norbert Blüm		594
Ernst Albrecht		438
Gerhard Stoltenberg		424
Rita Süsmuth		423
Heiner Geißler		418
Christa Thoben		389
Walter Wallmann		385
● Wahl der 20 weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes:	711	
Klaus Töpfer		678
Wolfgang Schäuble		660
Eberhard Diepgen		648
Hanna-Renate Laurien		628
Erwin Teufel		601
Bernhard Vogel		586
Birgit Breuel		560
Wilfried Hasselmann		547
Horst Waffenschmidt		512
Renate Hellwig		510
Barbara Schäfer		507
Matthias Wissmann		472
Roswitha Verhülsdonk		469
Elmar Pieroth		460
Bernhard Worms		460
Christian Schwarz-Schilling		449
Leni Fischer		445
Kurt H. Biedenkopf		401
Christoph Böhr		401
Alexander Graf von Schwerin		397

Helmut Kohl:

Wir brauchen Überzeugungskraft, Kampfgeist und Solidarität

In diesen Stunden bewegen uns aufwühlende Nachrichten und Bilder aus Ungarn und von der Grenze. Wir erleben die erschöpften und zugleich glücklichen Gesichter von Landsleuten aus der DDR, die am Ziel ihrer Hoffnung ankommen. Ihre Hoffnung war und ist die Bundesrepublik Deutschland, der freie Teil unseres Vaterlandes. Wir heißen sie alle sehr herzlich willkommen.

Wir denken in dieser Stunde auch an die vielen Menschen, die in drangvoller Enge in unserer Prager Botschaft ausharren und jetzt mehr denn je auf die Ausreisegenehmigung hoffen. Wir denken auch an die vielen Landsleute in der DDR, die

Bericht des Vorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl

dort, in ihrer angestammten Heimat, bleiben wollen, unter menschenwürdigen Verhältnissen, mit Menschenrechten, mit Bürgerrechten, und die immer nachdrücklicher auf Reformen drängen.

Man kann sich gut vorstellen, was in dieser Stunde in den Betrieben, in den Büros, in den Familien in der DDR angesichts der Entscheidung der ungarischen Regierung von der vergangenen Nacht und angesichts der Bilder, die man dort sieht, gesprochen wird. Alle diese Menschen hören die Nachrichten aus Polen, aus Ungarn, aus der Sowjetunion. Sie erfahren, daß in Polen jetzt ein Nichtkommunist, ein engagierter Christ zum Regierungschef gewählt wurde. Sie sehen im Fernsehen, wie an der ungarisch-öster-

reichischen Grenze demonstrativ der Stacheldraht durchschnitten wird. Aus der Sowjetunion hören sie, daß jetzt dort frei über das schlimme, bedrückende Erbe Stalins gesprochen und diskutiert wird. Sie fragen sich: „Warum ist das alles nicht auch bei uns in der DDR möglich?“ Wer von uns, liebe Freunde, könnte die Gefühle unserer Landsleute drüben nicht nachempfinden?

Auch dies ist eine bewegende Erfahrung: Die Bilder aus den Aufnahmelagern hier bei uns zeigen uns viele junge, sympathische, optimistische Gesichter. Das sind keine Aussteiger, die es sich in der sozialen Hängematte der Bundesrepublik Deutschland bequem machen wollen. Sie wollen ihr Leben selbst gestalten, frei gestalten, so wie wir das können. Deswegen heißen wir sie besonders herzlich willkommen.

Sie sprechen offen aus, weshalb sie der DDR den Rücken kehren. Es ist der Wunsch nach persönlicher Meinungs- und Bewegungsfreiheit. Es ist der verständliche Wunsch nach besseren Lebensbedingungen, nach mehr Chancen zum Glück.

Wir müssen uns mit aller Entschiedenheit gegen jene dümmlichen Stammtischparolen wenden, die da besagen: „Die kommen ja nur zu uns, weil es ihnen hier besser geht.“ Wer so daherredet, hat nichts, aber auch gar nichts von den Sehnsüchten der Menschen verstanden. Er sieht nicht, daß diese Menschen ihre Heimat,

ihren Arbeitsplatz, Freunde, Verwandte, ihr Umfeld verlassen, um hier in Freiheit leben zu können. Wie groß muß die Bedrängnis sein, wenn jemand dies alles aufgibt!

Es gehört zu unserer Vorstellung von Freiheit, daß jeder Deutsche das Recht hat, sich einen Lebensstandard zu erarbeiten, der dem unseren entspricht. Wir haben das Glück gehabt, in über 40 Jahren der Geschichte unserer Republik auf der Sonnenseite deutscher Geschichte leben zu dürfen. Niemand von uns hat das geringste Recht, unseren Landsleuten aus der DDR zu verweigern, was hier von uns selbstverständlich in Anspruch genommen wird.

Natürlich — das sage ich auch — kann es nicht das Ziel einer vernünftigen Deutschlandpolitik sein, unsere Landsleute in der DDR aufzufordern, in möglichst großer Zahl hierher zu kommen. Die Probleme der Menschen in der DDR sind nicht in der Bundesrepublik zu lösen. Sie müssen dort, in der DDR selbst, gelöst werden. Aber es ist doch eine Selbstverständlichkeit, daß jeder, der von dort zu uns kommt, bei uns als Deutscher unter Deutschen aufgenommen wird. Wir weisen niemanden zurück.

Jeder Deutsche — auch aus der DDR — hat Rechte und Pflichten, die sich aus dem Grundgesetz und aus unserer Rechtsordnung ergeben. Das muß jeder wissen: Solange wir, die CDU Deutschlands, das Sagen haben, bleibt es dabei: Wir grenzen niemanden aus!

Wir stehen dabei in einer besonderen Pflicht. Wer, wenn nicht wir, wird die moralische Kraft aufbringen, sich dieser Pflicht zu stellen? Wer, wenn nicht wir, ist sich der Verantwortung für die kommenden Generationen in besonderer Weise bewußt? Es ist nicht Pathos, es ist nüchterne Feststellung: Unsere Kinder, unsere

Enkel werden uns fragen, wie wir als junge Menschen die Generation unserer Eltern einmal gefragt haben: „Was habt ihr damals getan, daß wir in gemeinsamer Freiheit leben können?“ Ich sage dies, weil es eben in diesem wichtigen Feld der Politik keine Gemeinsamkeit gibt. Ich sage dies mit Bedauern, aber es ist eine Tatsache: Die deutsche Sozialdemokratie hat diese Kraft schon längst nicht mehr, weil sie sich immer mehr dem Diktat des Zeitgeistes unterwirft.

Ich habe nicht vergessen, daß führende Repräsentanten der SPD sich in den letzten Jahren immer wieder für die Anerkennung einer DDR-Staatsbürgerschaft ausgesprochen haben. Wenn sie jetzt diese damaligen Forderungen unter dem Druck der Ereignisse relativieren, bedeutet das für mich gar nichts. Ich weiß, daß sie in all den Feldern der Geraer Forderungen von Generalsekretär Honecker bereit waren nachzugeben, und ich weiß, daß sie es morgen wieder tun werden, wenn es Tagesopportunismus als günstig erscheinen läßt.

Die Zeit arbeitet für und nicht gegen die Sache der Freiheit

Wir haben auch nicht vergessen, daß aus den Reihen der SPD immer wieder die Forderung nach einer Streichung des Wiedervereinigungsgebots aus der Präambel unseres Grundgesetzes erhoben wurde. Die SPD, einst engagierter Anwalt der Freiheit, ist dabei, eine der zentralen Lehren der Geschichte zu verdrängen. Liebe Freunde, es ist und bleibt eine Wahrheit: Die Zeit arbeitet für und nicht gegen die Sache der Freiheit.

Statt dessen haben die Sozialdemokraten die Gemeinsamkeit mit der SED gesucht. Sie haben sich lange — viel zu lange — bei den kommunistischen Staatsparteien

im Warschauer Pakt angebedert. Dies war nie ein Weg, der uns weiterführen kann.

Die Teilung unseres Vaterlandes ist widernatürlich, weil es wider die Natur des Menschen ist, ihm Freiheit und Selbstbestimmung zu verweigern. Es war eben eine Illusion — und bleibt eine Illusion —, zu glauben, daß sich die Menschen in der DDR nach Jahren und Jahrzehnten der Indoktrination mit der Unfreiheit abfinden würden. Dies war für jeden, der geschichtlich denken kann, erkennbar. Und deswegen bleiben wir dabei: Die Idee der Freiheit ist die stärkste Idee. Sie ist auch unsere Idee und wird es bleiben.

Was haben wir in den 70er Jahren nicht alles an Botschaften der Resignation gehört? Heute erleben wir, daß gerade bei jungen Leuten der Traum von der gemeinsamen Freiheit aller Deutschen lebendig geblieben ist. Ich finde, das ist auch eine Mahnung an unsere eigene Adresse hier in der Bundesrepublik Deutschland: Unser Wohlstand darf unsere Herzen nicht träge werden lassen. Der Mensch lebt nicht vom Brot allein — diese Erkenntnis gehört zum christlichen Bild vom Menschen. Im Alltagsgeschäft dürfen wir dies nicht vergessen — wie wir auch nicht vergessen dürfen, daß „Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland“ nicht irgendein alter Spruch ist, sondern eine Prognose für die Zukunft. Das muß immer wieder deutlich gesagt werden.

In einer Zeit, in der sich — bei uns und überall in der Welt — vieles schnell verändert, müssen wir Kurs halten. Aber wer, wenn nicht wir, die Union, ist dazu eigentlich in der Lage?

Wir sind vom Wähler zur führenden politischen Kraft in unserem Land bestellt worden. Wir wollen es bleiben — auch nach der nächsten Bundestagswahl. Deshalb ist es wichtig, daß wir uns in diesen Tagen hier in Bremen darauf konzentrieren, unsere Partei für den Wahlmarathon der nächsten 15 Monate fit zu machen — und zwar inhaltlich wie organisatorisch. Das wird viel Aufmerksamkeit und viel Kraft erfordern. Darüber muß hier in Bremen gesprochen werden.

Ich gehe heute davon ab, den üblichen Rechenschaftsbericht zu halten — im wesentlichen die Bilanz der Regierungsarbeit der letzten Jahre und vor allem seit dem letzten Parteitag. Sie finden diesen Rechenschaftsbericht in schriftlicher Form. Er enthält eine Fülle von Zahlen und Tatsachen, die Sie gut im Wahlkampf verwenden können. Diese Informationen sind keine geheime Kommandosache. Es ist ein Angebot an Sie alle, in den Kreisverbänden mit diesem Material zu arbeiten. Und Sie werden mit einiger Überraschung feststellen, was wir in diesen sieben Jahren alles entschieden, bewegt und gestaltet haben.

Wir müssen Kurs halten

Meine Freunde: Wenn wir fähig sind, das in einer verständlichen Sprache vorzutragen, wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Wir alle spüren: Unsere Volkspartei CDU steht vor einer neuartigen Herausforderung; Herr Bürgermeister Wedemeier sprach aus gutem Grund davon: Die politische Landschaft ist in Bewegung gekommen. Die großen Volksparteien — alle Volksparteien — haben bei Wahlen an Vertrauen verloren. Radikale Parteien am linken und am rechten Rand des politischen Spektrums sind gestärkt worden.

Wir sollten uns hüten, diese Entwicklung mit einfachen, holzschnittartigen Antwort-

ten erklären zu wollen. Die Ursachen sind in Wahrheit vielschichtig.

Der rasche Wandel bei uns in der Bundesrepublik Deutschland und in der Welt schafft zunehmend Unsicherheiten und Ängste. Traditionelle Bindungen — denken Sie nur an die Lage der Kirchen — lockern sich, und in gleichem Maße gewinnen kurzfristige — oft opportunistische —, rasch wechselnde Stimmungen Einfluß auch auf das Wahlverhalten.

Hinzu kommt eine problematische Seite unseres Wohlstandes. Den allermeisten Menschen in der Bundesrepublik geht es gut; trotzdem — vielleicht auch deswegen — wächst der Egoismus einzelner Gruppen und Personen in unserer Gesellschaft. Ich frage mich aber dennoch: Muß es wirklich so sein, daß Wohlstand der Übergang von der Armut zur Unzufriedenheit sei — wie Zyniker behaupten?

Wir müssen — ob es uns paßt oder nicht — zur Kenntnis nehmen, daß bei einem Teil unserer Bevölkerung auch Verdrossenheit im Spiel ist — Verdrossenheit nicht gegenüber der freiheitlichen Demokratie, aber Ärger über die Parteien und ihr Erscheinungsbild.

Wir müssen uns selbstkritisch fragen, ob wir uns immer Zeit genug genommen haben, mit den Menschen zu sprechen, ob sich Politik nicht — auch bei uns — zu oft als geschlossene Veranstaltung präsentiert. Viele haben — manchmal zu Recht, manchmal auch zu Unrecht — das Gefühl, daß ihre Sorgen von den Politikern nicht genügend zur Kenntnis genommen werden. Alle Volksparteien — auch wir — haben Grund zur Nachdenklichkeit.

Ich sage aber bewußt „Nachdenklichkeit“ und nicht „Verzagtheit“. Denn manche — auch bei uns — starren auf diese

Veränderungen wie gelähmt. Sie verlieren dabei den Blick für die Realitäten. Und nicht wenige tragen unbewußt oder auch bewußt zur Übellaunigkeit bei, weil Wichtiges nicht mehr von Nebensächlichem unterschieden wird.

Wir haben eine gute Ausgangslage, um die Wahlen im nächsten Jahr zu gewinnen

Die Entwicklung ist im Fluß — aber das heißt auch, daß wir darauf einwirken können. Und wahr ist auch: Wir haben eine gute Ausgangslage, um die Wahlen im nächsten Jahr zu gewinnen — eine bessere Ausgangslage als unsere politischen Gegner. Es ist höchste Zeit, daß wir uns dieser Chance wieder bewußt werden.

Es ist wahr: Wir haben bei der dynamischen Gestaltung von Staat und Gesellschaft, bei einer Politik für die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland Fehler gemacht; durch wichtige Sachentscheidungen wurden sie wieder korrigiert. Das umgebildete Kabinett hat sich gut eingespield. Wir leisten gute Arbeit. Und ich behaupte: Dieses Team aus CDU/CSU und FDP ist ein schlagkräftiges Team.

Wir können eine Bilanz vorlegen, die sich sehen lassen kann und auf die man anderswo — man muß es auch hier einmal so formulieren — stolz wäre. Ich leugne nicht, daß es heute und auch in Zukunft ernst zu nehmende Fragen gibt, die wir noch nicht gelöst haben. Was wir aber tun konnten, haben wir angepackt.

Und ich frage ganz einfach: Wann sind die drängenden Zukunftsprobleme jemals entschlossener angepackt worden? Wann hat die Bundesrepublik Deutschland jemals größeres Ansehen im Ausland

genossen? Dies alles kommt nicht von ungefähr. Es ist der Erfolg unserer Politik in sieben Jahren. Es ist nicht der Erfolg von einzelnen, es ist unser gemeinsamer Erfolg. Lassen Sie ihn uns doch auch vor den Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam, und zwar mit Leidenschaft und Kraft, vertreten!

Wenn Sie die verschiedenen Politikfelder betrachten — ob die Außen- und Sicherheitspolitik, ob die Wirtschafts- und Sozialpolitik, ob die Politik zum Schutz der Umwelt, für die Bewahrung der Schöpfung —, dann stellen Sie fest: Wir sind in all diesen Fragen ein gutes Stück vorangekommen. Diese Erfolge sind eine gute Grundlage für kommende Auseinandersetzungen.

Aber — ich füge dies hinzu — heute gilt mehr denn je, daß der Hinweis auf erbrachte Leistungen nicht ausreicht, um die Bürger auch für die Zukunft anzusprechen. Es kostet harte Arbeit, damit die Wähler uns 1990 ihr Vertrauen wieder erneuern. Ich bin aber sicher, daß wir es schaffen können, wenn wir uns auf unsere eigene Kraft und unseren Mut, wenn wir uns auf die bewährten Tugenden unserer Volkspartei zurückbesinnen.

Ich spreche z. B. von unserem Kampfgeist. Während viele unserer Freunde in den Kreis- und Ortsverbänden harte politische Auseinandersetzungen führen, gibt es andere, die nur bedenklich den Kopf wiegen und sich in der Rolle des Schwarzmalers gefallen. Ich habe überhaupt nichts dagegen, wenn sie dies für sich persönlich tun. Sie verlieren dann ein Stück Lebensfreude, und dies geschieht ihnen dann auch recht. Wenn sie es aber öffentlich tun, ist das ein Skandal für die Partei.

Es gehört zum Alltag eines Amtes, wie ich es inne habe, daß man — auch wenn es manch einer nicht glaubt — mit

wachen Augen in die Welt schaut, daß man vieles sieht und beobachtet. Ich kann eines nicht nachvollziehen, was ich gelegentlich beobachte: Eine politische Partei ist politische Gemeinschaft, ist politische Heimat; es kann dort keine Arbeitsteilung in dem Sinne geben, daß die einen in der Loge sitzen und beobachten, wie sich die anderen auf der Bühne tummeln. Letzteres kann man tun, aber dann werden wir am Ende alle in der Loge sitzen und nichts mehr zu sagen haben. Das haben wir zur Genüge erlebt. Das kann keineswegs unser Rezept für die Zukunft sein.

Im übrigen: Wir brauchen doch in Wahrheit keine Diskussion zu scheuen. Wenn ich eben sagte, daß wir Fehler gemacht haben, so stimmt das. Andere haben aber gar nichts gemacht. Deshalb sind sie nicht in die Gefahr geraten, Fehler zu machen.

Wir haben wichtige Reformen doch nicht deshalb durchgesetzt, um die Menschen zu ärgern. Wir haben es getan, um die Zukunft des Landes zu sichern — also zum Wohle des Landes. Wir haben Kritik, Diffamierung, Verleumdung einstecken müssen. Jetzt zeigt sich doch von Monat zu Monat deutlicher: Diese Reformpolitik war nicht nur notwendig; sie bringt auch Erfolge.

Monat für Monat seit Anfang dieses Jahres erleben wir im Bereich der Gesundheitskosten eine Entwicklung, die vorher rundum bestritten wurde. Natürlich haben wir gemeinsam unter diesem Einschnitt gelitten. Warum sagen wir jetzt aber nicht draußen deutlicher: Monat für Monat wird deutlicher: Die Gesundheitsreform ist ein Erfolg; sie war dringend notwendig, die Entwicklung bei den Preisen und Kosten zeigt es.

Natürlich ist auch dies wahr: Wir müssen eine bessere, eine intensivere Überzeugungsarbeit leisten. Das sage ich auch — ich nehme dabei die Bundesregierung überhaupt nicht aus — für jeden in der Bundesregierung. Wir müssen uns, auch auf dieser Ebene, schon überlegen, inwieweit wir im Laufe der Jahre zu wenig flexibel geworden sind, inwieweit bürokratische Hemmnisse sich zwischen uns und die Wähler geschoben haben und inwieweit zu wenig Direktheit im Gespräch da ist.

Was wir jetzt brauchen und was ich von jedem erwarte — von Ihnen, von mir, auch von jedem Regierungsmitglied, von jedem, der Verantwortung in der Union trägt —, ist, daß wir in den nächsten 16 Monaten auf die Bürger zugehen und in einer verständlichen Sprache sagen, wo wir herkommen, wie unsere Leistung aussieht und was wir wollen. Das muß für jedermann deutlich werden.

Wenn ich von mehr Bürgernähe und mehr Offenheit spreche, dann weiß ich natürlich zugleich, daß viele in unserer Partei — und zwar auf allen Ebenen — Hervorragendes leisten. Mir liegt es überhaupt nicht, hier pauschale Urteile abzugeben. All denen, die ich jetzt anspreche, schulde ich viel Dank. Es ist aber wahr, daß es auch bei uns Verkrustungen und festgefahrene Strukturen gibt, und zwar auf allen Ebenen. Wir werden hier auf dem Parteitag in den nächsten Tagen offen über die Befindlichkeit der Partei zu sprechen haben.

Wenn wir in Essen einen Beschluß gefaßt haben, daß wir zugunsten des Anteils der Frauen viel tun müssen, und ich jetzt, vier Jahre nach dem Essener Parteitag, feststellen muß, daß wir immer noch zu wenig tun, dann ist es für mich keine erbauliche Kunde, die ich weiterzugeben habe.

Wenn 52 % der Bürger unseres Landes, aber nur 22 % unserer Parteimitglieder Frauen sind, wenn es Landesverbände gibt, in denen es in einigen Ortsverbänden — in einem Landesverband ist das in über hundert Ortsverbänden der Fall — kein einziges weibliches Mitglied gibt, dann hat das einen einfachen Grund: Die Herren dort haben „closed shop“ gemacht — sie wollen unter sich bleiben, um es einmal klar und deutlich auszusprechen. Das ist natürlich ein unerträgliches Zustand.

Wir müssen dem Anspruch einer Volkspartei gerecht werden

Das gilt genauso für andere Bereiche, z. B. im Hinblick auf die jungen Leute. Das gilt übrigens auch im Hinblick auf die Frage: Tragen wir unsere Ideen und unsere Meinungen genügend draußen in den Betrieben und im betrieblichen Alltag vor? Dort werden die meisten politischen Entscheidungen von den Arbeitnehmern reflektiert. Im Kern geht es einfach darum, daß wir in einer sich stürmisch wandelnden Zeit immer wieder überprüfen, ob wir fähig sind, dem Anspruch einer Volkspartei gerecht zu werden. Nur wenn unsere CDU die verschiedensten Gruppen der Gesellschaft widerspiegelt, ihnen politische Heimat bietet, werden wir auf die Dauer unsere Fähigkeit bewahren und stärken, auf die Menschen zuzugehen.

Schließlich brauchen wir auch Solidarität untereinander. Das gilt für jeden. Das gilt auch für die Führungsscrew der Partei. Natürlich muß es hier unterschiedliche Meinungen geben, und natürlich müssen sie ausgetragen werden. Gelegentlich erfolgt das auch mit Härte. Wenn wir gewinnen wollen, müssen wir aber versuchen, diese Auseinandersetzungen fair auszutragen. Es muß klar sein, daß wir im

Dienst einer gemeinsamen Sache stehen. Das heißt, wir sind zunächst und vor allem Mitglieder der Christlich Demokratischen Union und dann erst Mitglieder von Vereinigungen und Verbänden.

Wir alle sind gemeinsam die CDU. Nur zusammen sind wir stark. Nur gemeinsam zeigen wir dann auch das notwendige unverwechselbare Profil.

Ich bewerbe mich erneut um das Amt des Parteivorsitzenden. Gemeinsam mit den Parteifreunden, die Sie in die Führungsspitze der Partei wählen werden, gemeinsam mit Ihnen allen wollen wir die Partei zum Sieg führen. Für den Fall meiner Wiederwahl habe ich mich entschieden, Ihnen Volker Rühle für das Amt des Generalsekretärs der CDU vorzuschlagen.

Mir ist klar, daß meine Entscheidung, Heiner Geißler nicht mehr für dieses Amt zu nominieren, Diskussionen und Kritik ausgelöst hat. Selbstverständlich stelle ich mich dieser Kritik. Wir haben im Präsidium und im Bundesvorstand offen darüber gesprochen. Sie können sicher sein: Mir ist, nach reiflicher Überlegung, diese Entscheidung nicht leichtgefallen. Mit Heiner Geißler habe ich, wenn ich die Jahre der Zusammenarbeit in der Landesregierung in Mainz hinzuzähle, 20 Jahre lang eng zusammengearbeitet. Wir haben gemeinsam große Erfolge erzielt und Niederlagen erlitten. Das erste waren die Erfolge, das letzte waren die Niederlagen. So ist das nun einmal. Jetzt wollen wir das, was zuletzt war, wieder ändern.

Ich habe hohen Respekt vor der ganz persönlichen Leistung Heiner Geißlers als CDU-Generalsekretär. Er hat unermüdlich für unsere Sache gearbeitet. Wie wenige andere war er in den Wahlkämpfen präsent. Er hat viele Pfeile unserer

Gegner auf sich gezogen. Er hat unsere Partei, die CDU Deutschlands, auch programmatisch mit vorgebracht. Wir alle verdanken ihm viel.

Ein Generalsekretär muß seine Rolle ausfüllen, auch wenn das unbequem ist für ihn, für den Parteivorsitzenden und für andere. Es ist keine einfache Rolle. In der Frage aber, wie sie ihre Ämter verstehen und ausfüllen, müssen sich der Vorsitzende und der Generalsekretär einig sein. Diese Einigkeit hat in der letzten Zeit nicht mehr bestanden, und daraus habe ich die Konsequenzen gezogen. Es war aber von Anfang an mein Wunsch, daß Heiner Geißler weiter an herausgehobener Stelle für unsere gemeinsame Sache tätig sein kann. Ich habe diesen Gedanken mit ihm im Frühjahr bei der Regierungsumbildung besprochen, und ich unterstütze auch aus diesem Grund seine Kandidatur zu einem der stellvertretenden Vorsitzenden der CDU Deutschlands.

Bei der Bundestagswahl 1990 steht viel auf dem Spiel

Bei der Bundestagswahl 1990 steht viel auf dem Spiel. In 40 Jahren haben wir gemeinsam mit vielen Menschen guten Willens ein Gemeinwesen aufgebaut, in dem Frieden und Freiheit, Wohlstand und ein hohes Maß an sozialer Gerechtigkeit herrschen. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Land, in dem sich die Menschen wohlfühlen, und wir müssen gemeinsam verhindern, daß dies alles durch Radikale von links oder rechts verspielt wird.

Grüne und Kommunisten, sogenannte Republikaner und NPD — solche Gruppierungen stehen in Tat und Wahrheit für eine andere Republik.

Während die Grünen von linkssozialistisch-anarchistischen Utopien träumen, wollen die Republikaner zurück ins 19. Jahrhundert. Beides ist gleichermaßen gefährlich und besorgniserregend. Es ist im übrigen — und das wird viel zu wenig beachtet — bezeichnend, liebe Freunde, daß Grüne und sogenannte Republikaner zum Teil durchaus übereinstimmende Ziele verfolgen, vor allem in der Außenpolitik. Beide stellen die NATO in Frage, und beide polemisieren gegen die europäische Einigung. Dieser Gleichschritt von links und rechts weckt ungute Erinnerungen.

Wir stellen fest, manche haben immer noch nicht aus der Geschichte von Weimar gelernt. Wir stellen aber auch fest, und für die CDU Deutschlands ist klar: Bonn ist nicht Weimar; mit uns ist dies alles nicht zu machen!

Dies heißt aber, daß wir jetzt, in diesen Monaten, draußen in den Dörfern und Städten den Menschen klarmachen, was es bedeutet, wenn sie aus einer Verdrießlichkeit des Augenblicks heraus ihre Stimmen Radikalen geben. Ich frage ganz einfach: Was würde z. B. aus unserem wirtschaftlichen Wohlstand, wenn nach 1990 ein rot-grünes Bündnis das Ruder führte? Bis heute lehnen die Grünen und auch immer mehr Sozialdemokraten entscheidende Teile der Sozialen Marktwirtschaft ab. Immer wieder gibt es die alten Parolen von der „kapitalistischen Wirtschaftsordnung“. In einem Augenblick, in dem in immer mehr Ländern der Welt die Soziale Marktwirtschaft als die beste Gesellschaftsform freier Völker erkannt wird, in einem Augenblick, in dem in Polen, in Ungarn und in der Sowjetunion die Ideen und die Lehre Ludwig Erhards so populär sind wie nie zuvor, kommen diese Steinzeitsozialisten mit ihren grünen Anhängern und wollen die Republik

in ihrem Kern treffen. Mit uns ist das nicht zu machen!

Wir machen Front gegen alles, was sich da radikal rechts und links bewegt

Was würde aus unserem internationalen Ansehen, aus unserer festen Einbindung in die Wertegemeinschaft des Westens, aus unserer engen Partnerschaft und Freundschaft mit den Vereinigten Staaten, aus der engen Partnerschaft und Freundschaft mit Frankreich — ein Traum einer Generation ist hier in Erfüllung gegangen —, wenn unser Land in neutralistisches Fahrwasser abdriftete mit einer Regierungspartei, die den Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der NATO propagiert?

Wie sollten wir die Chance nutzen, die Teilung Deutschlands und Europas zu überwinden, wenn überholter Nationalismus und irrationale, dümmliche Fremdenfeindlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland den Ton angeben würden? Gerade weil sich die Welt um uns so dramatisch verändert und gerade weil wir von Jahr zu Jahr eine höhere internationale Verantwortung aufgebürdet bekommen, müssen wir alles tun, daß das Land nicht durch radikale Experimente ins Abseits gerät.

Die Furcht vieler unserer Freunde im Ausland, die vorhanden ist, braucht eine Antwort; und unsere Antwort muß heißen, daß wir Front machen gegen alles, was sich da radikal rechts und links bewegt.

Es ist nicht minder wichtig: Wer sollte schließlich den inneren Frieden in unse-

rem Land sichern, wie will er Bestand haben, wenn Radikale ein Klima der Intoleranz, des Neides und der Feindseligkeit verbreiten? Wir dürfen nicht zulassen, daß Menschen ausgegrenzt werden — weder ihrer Überzeugung noch ihrer Abstammung wegen. Die deutsche Sozialdemokratie — es ist schlimm, daß man es sagen muß — versagt vor der Pflicht, den Radikalen Einhalt zu gebieten.

Um der blanken Macht willen biedert sie sich bei den Grün-Alternativen an, mit all den schlimmen Konsequenzen, die jetzt jedermann in Berlin erkennen kann. Bundesweit — das ist auch deutlich sichtbar — sucht die SPD jetzt ihr Heil in einem rot-grünen Pakt. Es war doch schon fast zum Erbarmen, wie sich die Sozialdemokraten in diesem Sommer geziert haben, bis auch dem Letzten klar wurde, daß die Weichen für ein rot-grünes Bündnis längst gestellt sind. Man kann es ganz einfach sagen, die deutsche Sozialdemokratie ist bereit, ihr großes Erbe als eine der großen Volksparteien zu verraten.

Für uns als CDU steht fest: Demokraten dürfen niemals mit Radikalen zusammenarbeiten. Deshalb lehnen wir jede Vereinbarung über eine politische Zusammenarbeit und jede Koalition mit links- und rechtsradikalen Parteien — und ich nenne sie bewußt zusammen: mit den Kommunisten, den Grün-Alternativen, den Republikanern, der NPD und der DVU — entschieden ab. Dies hat der Bundesvorstand beschlossen, und dabei bleibt es.

Auch schon als Minderheit können Radikale demokratische Mehrheitsbildungen in den Parlamenten blockieren — und damit Weichenstellungen für die

Zukunft. Nur wir, die Union, CDU und CSU, sind in der Lage, das zu verhindern. Nur wir, die Union, können gemeinsam mit der FDP wieder eine stabile und führungstarke Regierung bilden. Ich bin entschlossen, mit Ihrer Unterstützung die erfolgreiche Zusammenarbeit mit der FDP nach einem Wahlsieg bei der Bundestagswahl 1990 fortzusetzen.

Die Alternative dazu wären Handlungsunfähigkeit, wechselnde Mehrheiten, unsichere Verhältnisse. Instabilität ist aber das Letzte, was sich unser Land leisten kann. Gerade in dieser Zeit dramatischer Veränderungen gilt es, mutige Entscheidungen zu treffen, dies um so mehr — was die wenigsten bisher begriffen haben —, als die 90er Jahre, das letzte Jahrzehnt dieses Jahrhunderts, gewaltige Veränderungen in Staat und Gesellschaft mit sich bringen werden.

Ich nenne nur vier besonders wichtige Beispiele, die zugleich ein Stück unserer Zukunftsvision beschreiben: erstens ein vereintes Europa, in dem die Teilung unseres Kontinents in Freiheit überwunden wird; zweitens Freiheit, Selbstbestimmung und Einheit für alle Deutschen; drittens die Bewahrung der uns anvertrauten Schöpfung; und viertens eine solidarische, eine mitmenschliche Gesellschaft, in deren Mittelpunkt die Familie steht.

Wir sind jetzt mehr denn je Zeuge beim Aufbruch Europas in eine neue Epoche. Es ist unsere Chance und, wie ich denke, unsere Pflicht, diesen Aufbruch maßgeblich mitzugestalten.

Jeder sieht doch: Die Ideologie des Kommunismus ist am Ende; sie zerbröckelt immer schneller — und mit ihr die verkrusteten Strukturen der Diktatur. Bei unseren Nachbarn in Ost- und Südosteuropa bricht sich der Wille nach Men-

schenrechten, nach Freiheit Bahn. Die Gesellschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft findet immer mehr Zustimmung. Selbst in der Sowjetunion ist heute bei denen, die wirtschaftliche Verantwortung tragen, Ludwig Erhard viel mehr gefragt als Karl Marx.

Es sind unsere Ideen, die sich jetzt auf dem Kontinent durchsetzen

Merken wir es eigentlich nicht? Es sind unsere Ideen, die sich jetzt auf dem Kontinent durchsetzen. Es sind die Ideale der CDU, mit denen wir vor über 40 Jahren angetreten sind. Es sind die Ideale von Freiheit und von Frieden, von Wohlstand und von sozialer Gerechtigkeit. Wir haben keinen Grund, unser Programm umzuschreiben, wie andere es tun. Wir müssen nach diesen Prinzipien — ich füge hinzu: entsprechend den Ansprüchen einer modernen Zeit — die Zukunft gestalten. Das muß jedermann deutlich sein!

Wir haben seit Konrad Adenauer die Vision eines Europas der Freiheit, eines Europas ohne Grenzen, eines Europas, das Krieg nicht mehr kennt. Wir wollen ein vereintes Europa, in dem die Menschen und Völker, auch die Deutschen, in gemeinsamer Freiheit zusammenfinden.

Ich frage Sie: Gibt es eine großartigere und zugleich anspruchsvollere Aufgabe und Vision, als für die junge Generation Europas eine solche gemeinsame Heimat zu gewinnen? Müssen wir uns nicht fragen, woran es liegt, daß so wenige unter den Jungen begreifen, daß das die Chance ihres Lebens in Freiheit ist?

Wer hat dafür in diesen 40 Jahren der Geschichte unserer Republik mehr getan

als wir, die Union aus CDU und CSU? In 27 dieser 40 Jahre haben wir die Regierungsgeschäfte geführt. Es ist doch kein Zufall, daß in diesen 27 Jahren CDU/CSU-geführter Bundesregierungen immer wieder die Anstöße für Europa gekommen sind.

Das große Ziel, bis Ende 1992 den Binnenmarkt zu vollenden, hat zu einer eindrucksvollen Dynamik geführt, die schon heute ein wichtiger Motor für unsere gesamtwirtschaftliche Entwicklung ist. Wir bereiten uns jetzt auf die erste Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion vor. Und über die enge Freundschaft mit Frankreich haben wir die Idee einer Politischen Union und einer Sicherheitsunion wiederbelebt.

Was kann den Frieden und die Freiheit unseres Vaterlandes dauerhafter sichern als ein geeintes, freies und starkes Europa? Sind wir uns eigentlich noch der Größe dieser Aufgabe bewußt? Sind wir nicht dabei — das geht mir selbst ja auch so —, im Alltag der Europapolitik, des kleinlichen Streits über die Kommission in Brüssel, das große Ziel aus den Augen zu verlieren? Müssen wir nicht wieder lernen zu begreifen, welch ein Juwel wir hier in der Hand haben?

Wir müssen uns doch fragen: Warum drängen eigentlich die anderen in Europa in diese Europäische Gemeinschaft? Warum sind die Mitgliedstaaten der Europäischen Freihandelszone, der EFTA, dabei, ihr Verhältnis zur EG neu zu überdenken? Warum hat die Sowjetunion unter unserer EG-Präsidentschaft die Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft nach über 30 Jahren endlich normalisiert? Warum verhandeln fast alle sozialistischen Staaten des Warschauer Paktes mit der EG über weitrei-

chende Handels- und Kooperationsverträge? Warum geht Michail Gorbatschow zum Europarat nach Straßburg? Sie alle haben die Chance begriffen. Begreifen wir sie doch bitte endlich auch, überall in unserem Land, weil es die Chance der Deutschen schlechthin ist!

Dies war immer das Markenzeichen der Christlich Demokratischen Union, und bei aller Ängstlichkeit und bei allem, was geredet wird: Geben wir dieses Markenzeichen nicht auf! Aus dieser Politik leitet sich eine andere große Vision ab, nämlich die Vision der Überwindung des Ost-West-Konflikts.

Wer hätte vor wenigen Jahren noch, als Hunderttausende gegen amerikanische Raketen demonstrierten, von einer solchen Perspektive zu träumen gewagt? Wer hätte damals gedacht, daß die Perspektiven für Abrüstung und Entspannung so positiv sein werden wie heute? Das war damals für uns alle eine schwierige Zeit. Der Opportunismus und die Feigheit feierten Triumphe. Ich erinnere mich noch sehr gut an den Druck, der von vielen Seiten ausgeübt wurde: an die „Mahnwachen“ vor den Häusern unserer Abgeordneten und an die Menschenketten. Ich danke auch heute all denen, die stehengeblieben sind, die nicht bei jedem Wind umgefallen sind, die Kurs gehalten haben. Es war der Kurs, der mehr Freiheit gebracht hat!

Jetzt endlich: Abrüstung ist möglich

Wo stünden wir heute in der Abrüstung, wenn wir im Sinne der Vorschläge der Sozialdemokraten überall Vorleistungen erbracht hätten? Wir hätten nichts, aber auch gar nichts erreicht. Es war die Politik auch unserer Freunde in den USA — ich nenne Ronald Reagan für die dama-

lige Zeit und für die heutige Zeit unseren Freund George Bush, die mit dazu geführt hat, daß wir weitergekommen sind, daß sich die Beziehungen zwischen beiden Weltmächten so entwickelt haben, daß jetzt endlich — und in Wien spürt man das — Abrüstung möglich ist.

Es war auch — ich will das dankbar erwähnen — der Wille von Generalsekretär Gorbatschow, auf diesem Felde voranzukommen, weil er gezwungen ist, tiefgreifende Veränderungen in seinem Lande vorzunehmen. Einige seiner Bündnispartner, Polen und Ungarn, folgen ihm ja nicht nur, sondern sind dabei, ihm weit vorauszuweichen. Diesen Prozeß des inneren Wandels der sozialistischen Staaten und der Verständigung und Zusammenarbeit zwischen West und Ost müssen wir fortsetzen.

Ich habe die Außen- und Sicherheitspolitik unserer Regierung unter das Thema gestellt: Frieden schaffen mit weniger Waffen. Wir haben Wort gehalten — Wort für Wort!

2.400 nukleare Sprengköpfe sind in unserer Regierungszeit aus Westeuropa abgezogen worden. Weltweit werden alle amerikanischen und sowjetischen nuklearen Mittelstreckenraketen vernichtet. Wären wir den Ratschlägen der SPD gefolgt, hätten wir jetzt eine Null-Lösung im Westen, aber nicht im Osten. 72 deutsche Pershing-I-a-Raketen werden abgerüstet. Ich habe die sichere Zusage des Präsidenten der Vereinigten Staaten, daß im nächsten Jahr mit dem Abzug der chemischen Waffen aus der Bundesrepublik Deutschland begonnen wird. Ich will, daß wir alles tun, daß diese chemischen Waffen wie die biologischen weltweit geächtet werden und endgültig verschwinden.

Der Stand der gegenwärtigen Gespräche in Wien und in Genf berechtigt zu der Hoffnung, daß wir im nächsten und über-

nächsten Jahr weitere weitreichende Ergebnisse erzielen können:

- ein weltweites Verbot aller chemischen Waffen;
- die Halbierung aller strategischen Nuklearsysteme der Weltmächte;
- eine drastische Reduzierung der konventionellen Waffen in Europa. Das betrifft auch uns ganz unmittelbar;
- weitere Fortschritte bei den vertrauensbildenden Maßnahmen und Kontrollmöglichkeiten. Wenn uns dies gelänge, wäre das ein spektakulärer Fortschritt und Durchbruch.

Was viele nicht wissen — es ist an der Zeit, daß wir auch das stärker nach draußen tragen —: Alle Abrüstungsvorschläge, über die verhandelt wurde und jetzt verhandelt wird, sind vom Westen eingebracht worden. Es ist nicht wahr, daß der Westen mit seinen Initiativen zu spät gekommen wäre. Es sind Forderungen, die vom Westen kamen und die ganz wesentlich von uns, von der Bundesrepublik Deutschland, beeinflußt wurden.

Wir wissen, welch wichtiges Gut der Frieden ist

Dies alles sind Ergebnisse unserer Politik, die auf eine andere große Vision hinweisen, nämlich auf die Vision einer dauerhaften und gerechten gesamteuropäischen Friedensordnung.

Vor ein paar Tagen haben wir in einer öffentlichen Veranstaltung des Deutschen Bundestages — viele werden es zu Hause für sich getan haben — auf den 1. September 1939, der 50 Jahre zurückliegt, den Tag des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs, zurückgeschaut. Das ist ein Tag, der uns zur Selbstbesinnung anregt und der eigentlich jedem von uns klar macht — das müssen wir vor allem an die Jungen weitergeben, die diese Zeit nicht

erleben mußten —, welch wichtiges Gut Frieden bedeutet; was es heißt, daß wir in Europa jetzt bald 45 Jahre in Frieden leben können. Das ist die längste Friedensperiode für die Deutschen in der neuen Geschichte.

Wir haben dieses Ziel, die Vision einer dauerhaften und gerechten europäischen Friedensordnung, in der gemeinsamen Bonner Erklärung niedergeschrieben, die Generalsekretär Gorbatschow und ich im Juni unterzeichnet haben. Anders als im Moskauer Vertrag aus den siebziger Jahren werden in dieser Erklärung gemeinsame Wege aufgezeigt, wie der Status quo, wie die Trennung Europas — das ist immer auch die Trennung Deutschlands — friedlich überwunden werden kann.

Wir haben die Prinzipien und die Bauelemente der künftigen Architektur Europas genannt. Es ist die erste Erklärung dieser Art, die es überhaupt mit der Sowjetunion gibt. Wir haben dort die Prinzipien niedergelegt — der Text spricht für sich:

- der Mensch mit seiner Würde und seinen Rechten muß im Mittelpunkt stehen;
 - die Menschenrechte müssen verwirklicht und der Austausch von Menschen und Ideen muß gefördert werden;
 - alle Völker und Staaten müssen das Recht haben, ihr Schicksal frei zu bestimmen; das Selbstbestimmungsrecht der Völker muß geachtet werden;
 - das Völkerrecht muß in der inneren und internationalen Politik Vorrang haben;
 - die Integrität und Sicherheit jedes Staates ist uneingeschränkt zu respektieren.
- Dieses Dokument trägt die Unterschrift des Staatschefs der Sowjetunion und meine. Dies ist bisher ein weltweit einzigartiges Dokument mit der Sowjetunion.

Was ist das für ein Unterschied zwischen der Ostpolitik, wie wir sie verstehen, und jener der SPD in den siebziger Jahren? Es ist für jedermann erkennbar, daß damit etwas in Bewegung gekommen ist, was uns als Nation ganz unmittelbar berührt.

Deutschlandpolitik heißt für uns immer: Freiheit und Einheit für alle Deutschen. Viele — auch von uns — haben jahrzehntelang darüber geredet. Viele haben daran gezweifelt. Viele sagten: „Das hat doch mit realistischer Politik überhaupt nichts mehr zu tun. Das mag eine Vision sein, aber realistisch ist sie nicht.“

Dürfen wir heute nicht feststellen, daß wir der Verwirklichung dieses Ziels nähergekommen sind? Vorausgesetzt, wir setzen die Prioritäten richtig und werfen bestimmte Fragen nicht zum falschen Zeitpunkt auf.

Freiheit für alle Deutschen heißt: Verwirklichung der Menschenrechte und Selbstbestimmung. Dafür gibt es nur eine realistische Chance, wenn dieser Prozeß auch in der Sowjetunion und auch in den anderen sozialistischen Staaten in Gang kommt und sich durchsetzt.

Ich glaube, wir stehen am Beginn eines solchen historischen Prozesses. Wir müssen jetzt fähig sein, alle Kräfte zu mobilisieren, um diese Entwicklung voranzutreiben.

Wir werden die Prioritäten unserer Außen- und Sicherheitspolitik nicht ändern

Wer Freiheit, wer die Menschenrechte genießt, wer über seine Zukunft frei und selbst bestimmen kann, der kann auch frei und selbst über die Einheit entscheiden.

Ich frage mich angesichts dieser Entwicklungen: Warum reden wir über einen Mangel an eigenen Visionen? Beklagen können wir doch eigentlich nur, daß es uns noch nicht gelungen ist, möglichst vielen diese Ideen, diese Perspektiven, diese Visionen deutlich zu machen.

Wir werden aber unsere Ziele nur erreichen können, wenn wir die Fundamente unseres Erfolges nicht in Vergessenheit geraten lassen. Wer das Atlantische Bündnis, wer die Europäische Gemeinschaft und die Freundschaft mit den USA, wer die Freundschaft mit Frankreich jetzt vernachlässigt oder gar für überflüssig hält, zerstört am Ende die Chance, daß unsere Visionen eines Tages Wirklichkeit werden können.

Deshalb — das muß jeder wissen — werden wir die Prioritäten unserer Außen- und Sicherheitspolitik nicht ändern. Wir bleiben berechenbare, zuverlässige, treue Freunde unserer Freunde im Westen.

Das erlegt uns eine hohe — ich sage bewußt —, eine historische Verantwortung auf, auf die viele bei uns noch nicht hinreichend eingerichtet sind.

Wir wollen die Teilung unseres Vaterlandes überwinden

Wir wollen den Reformprozeß bei unseren Nachbarn im Osten nach Kräften unterstützen. Insbesondere Polen und Ungarn brauchen unsere Hilfe. Auf ihrem Weg zu mehr Demokratie verdienen sie nicht nur Sympathie, sondern auch tatkräftige Solidarität.

Wir haben in diesen Stunden — ich sage das bewußt an die Adresse Ungarns — erlebt, daß unsere Nachbarn dort wohl wissen, was sie den Menschen schuldig sind, und wir wissen, was wir den Ungarn

schuldig sind. Ich sage das mit großer Dankbarkeit.

Das Ziel ist einfach formuliert, obwohl es unendlich schwer ist, die vielen Details dieses Wegs zu gestalten. Es gilt, die dynamische Entwicklung im Westen und den Reformprozeß im Osten unseres Kontinents schöpferisch miteinander zu verknüpfen und so die Teilung Europas und die Teilung unseres deutschen Vaterlandes zu überwinden. Das ist die Aufgabe von heute und morgen, das ist unsere Aufgabe.

Dazu gehört, um ein drittes großes Aufgabenfeld anzusprechen, der Schutz unserer Umwelt. Die Welt von morgen ist ohne intakte Umwelt nicht denkbar. „Die Schöpfung bewahren“, so habe ich es in meiner Regierungserklärung von 1987 genannt — das ist eine im besten Sinne des Wortes konservative Aufgabe, denn es geht um das Erbe von Generationen, die vor uns waren, und von Generationen, die nach uns sein werden.

Die Schöpfung bewahren

Die Schöpfung bewahren — das gehört auch zu unserer Vision für die Welt von morgen. Es geht dabei nicht nur um Fragen, die allein uns in Deutschland angehen; es geht darum, die Schöpfung überall auf unserer Erde zu bewahren. Wir haben hier eine besondere Verantwortung, denn nach unserem Verständnis wurde die Schöpfung den Menschen anvertraut, und wir tragen Verantwortung für sie. Deshalb müssen wir die Natur mit Behutsamkeit behandeln, wir müssen sie schützen und pflegen, um sie für kommende Generationen zu bewahren.

In diesem Sinne und aus diesem Geist heraus haben wir in den vergangenen sie-

ben Jahren, in denen wir Regierungsverantwortung trugen, Umweltpolitik gestaltet — eine Umweltpolitik, die in Europa Vorbildcharakter hat. Dabei wollen wir — anders als die GRÜNEN und Teile der Sozialdemokraten — keinen Ausstieg aus der Industriegesellschaft. Wir wollen die Versöhnung von Ökonomie und Ökologie. Das muß unser Ziel sein. Das heißt auch:

Wir wollen die Kreativität und die Leistungskraft unserer Wirtschaft in den Dienst der Umwelt stellen. Das schließt die Nutzung modernster Technologien selbstverständlich mit ein.

Es ist ein schwieriger Weg mit vielen Widerständen — ein Weg, bei dem viel Unvernunft zu überwinden ist; aber die Soziale Marktwirtschaft Ludwig Erhards muß in unserer Generation um die lebensentscheidende ökologische Dimension erweitert werden. Das ist eine der Aufgaben unserer Generation. Dabei wird uns immer stärker bewußt, daß Wissenschaft und Technik in Bereiche vorstoßen, die die Grundfragen menschlicher Existenz berühren. Wir spüren sehr deutlich, daß es Grenzen gibt, die wir nicht überschreiten dürfen. Ich denke beispielsweise an die Problematik gentechnischer Eingriffe in menschliches Erbgut oder an die Diskussion über Sterbehilfe. In den Niederlanden ist dies schon jetzt eines der großen Themen. So wird es auch bei uns sein. Ich warne uns hier aus Opportunismus auf die Stimmungen des Tages, etwa auf Umfragen, zu hören. Hier sind wir an Schranken angelangt, die für einen Christdemokraten nicht überschritten werden dürfen. Auch das muß klar und deutlich gesagt werden.

Wir spüren mehr denn je — auch ich im Alltag der Regierungsarbeit —, daß sich Wissen und Gewissen nicht voneinander trennen lassen. Wir dürfen weder einem

blinden Fortschrittsglauben oder einer Wachstumsideologie erliegen, noch jenem törichten Zukunftspessimismus unserer Zeit. Beides hat mit christlichem Selbstverständnis nichts zu tun.

Wir als Union müssen unseren Weg konsequent weitergehen, so wie es zum Beispiel der hier vorliegende Leitantrag zur Umweltpolitik beschreibt. Wir wollen in den kommenden Jahren die Soziale Marktwirtschaft noch mehr als bisher um die ökologische Dimension erweitern.

Wir wollen ein marktgerechtes System von Anreizen schaffen, das Umweltschäden von vornherein vermeiden hilft.

Bisher, vielleicht zu lange — ich stelle mir diese Frage durchaus selbst —, haben wir uns darauf konzentriert, einen gesetzlichen Ordnungsrahmen von Geboten und Verboten für die Umweltpolitik zu errichten. Wir sind dabei weit vorangekommen.

Aber jetzt geht es auch darum, das marktwirtschaftliche Instrumentarium noch stärker zugunsten des Schutzes der Umwelt zu nutzen. Dabei kommt uns zugute, daß die deutsche Wirtschaft heute zu den leistungsfähigsten in der Welt gehört. Denn konsequenter Umweltschutz und der mit ihm verbundene Strukturwandel erfordern enorme Investitionen, erfordern hohe Milliardenbeträge. Wenn ich dies sage, füge ich hinzu: Ich finde in allen Diskussionen viel guten Willen, mehr für die Umwelt zu tun. Aber wenn es ums Bezahlen geht, kann ich die gleiche Begeisterung oft nicht mehr feststellen. Auch das gehört zu den Heucheleien unserer Zeit.

Die weitreichenden Umstellungen auf umweltfreundliche Produkte und Produktionsverfahren können wir nur bewältigen, weil wir auf die freiheitliche Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft setzen. Wir setzen auf die Kreativität und die Leistungsbereitschaft der

Menschen im Lande, insbesondere auf die vielen jungen Leute mit ihrer Freude am Forschen, am Entdecken und am Gestalten. Nur eine funktionierende, eine dynamische und innovative Wirtschaft kann Zukunftsaufgaben lösen.

Lassen Sie mich hier eine kurze Zwischenbemerkung zum Thema Wirtschaft machen. Wenn die deutsche Wirtschaft jetzt im siebten, bald im achten Jahr hervorragend dasteht, dann ist das für viele inzwischen so selbstverständlich geworden, daß sie kaum mehr darüber reden. Es erweckt sogar Langeweile bei manchen. Wer Augenmaß bewahrt hat und an die Zeit der Amtsübernahme dieser Regierung 1982 zurückdenkt, der weiß, daß Wachstum und Beschäftigung alles andere als selbstverständlich sind. Ich muß Ihnen sagen: Ich würde mir schon wünschen, daß das gelegentlich auch einmal auf der Hauptversammlung einer der großen deutschen Gesellschaften zu hören wäre.

Unser Erfolg ist das Ergebnis der Arbeit vieler

Wenn man die Berichte über solche Hauptversammlungen liest — ich genieße diese Berichte, weil sie meistens frohe Kunde bringen —, vermisse ich den Hinweis darauf, daß es eine Regierung gibt. Wenn die Berichte schlecht wären, wüßte man allerdings ganz genau, wer schuld wäre.

Natürlich ist der großartige Erfolg unserer Wirtschaft das Ergebnis der Arbeit von vielen: von großartigen Unternehmerpersönlichkeiten, vom Ideenreichtum der Fachleute. Die Arbeitnehmer leisten einen entscheidend wichtigen Beitrag, auch — alles in allem — die Gewerkschaften. Es ist eine gemeinsame Leistung. Aber ohne die von uns gesetzten politischen Rahmenbedingungen wäre

das alles nicht möglich gewesen. Ich habe letzten Dienstag im Bundestag gesagt:

Wenn die Sozialdemokraten sieben Jahre lang solche Ergebnisse erzielt hätten, wäre der Beifall im Rheintal überhaupt nicht mehr zu übertreffen. Das ist doch auch eine der Erfahrungen, die wir gemacht haben: daß wir uns selbst in die Lage gebracht haben, daß unsere Erfolge totgeschwiegen werden. Das muß anders werden, wenn wir die Wahlen gewinnen wollen.

Wir werden zum Schutz der Umwelt vieles tun müssen: beispielsweise Umstellungen im Steuersystem, die hilfreich sein können. Mit unserem Vorhaben, die Kfz-Steuer in Zukunft nach dem Schadstoffausstoß und nicht mehr nach dem Hubraum zu bemessen, betreten wir Neuland im finanz- und umweltpolitischen Bereich. Aber wir werden das alles nicht als Vorwand für massive Steuererhöhungen mißbrauchen, wie es andere tun, etwa die Sozialdemokraten.

International setzt sich unser umweltpolitischer Kurs ebenfalls immer mehr durch. Wenn Umweltschutz heute weltweit auf der Tagesordnung steht, haben wir einen wesentlichen Anteil daran. Unser Drängen auf den Weltwirtschaftsgipfeln, in der EG und anderswo trägt jetzt langsam Früchte. Ich muß hinzufügen, bei allen Sorgen ums eigene Land: Die eigentlichen Probleme, wenn wir die Schöpfung bewahren wollen, haben weltweite Dimension. Das Ozonloch über der Antarktis oder die Vernichtung der tropischen Regenwälder betreffen die Menschen in anderen Kontinenten nicht weniger als uns. Die Gefahr weltweiter Klimaveränderungen rührt ohne Unterschied an den Lebensnerv aller Völker. Nur gemeinsam — auch und gerade mit den Ländern der Dritten Welt — werden wir hier Abhilfe schaffen können.

Eines ist auch klar: Zum Nulltarif können wir für die Regenwälder in Brasilien nichts tun. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß es um weltweite Verantwortung geht — um weltweite wirtschaftliche Zusammenarbeit, wenn wir helfen wollen.

In einer Zeit raschen Wandels suchen die Menschen nach Orientierung. Sie brauchen die Erfahrung des Vertrauten, der Geborgenheit und die Erfahrung von Heimat. Als wir vor ein paar Jahren von Heimat sprachen, galten wir als die ewig Gestrigen. Es ist unübersehbar: Dieses Europa, wie wir es wünschen, wird nur bestehen können, wenn wir, in unserer Heimat verwurzelt, ja sagen zum deutschen Vaterland und ja sagen zu Europa. Heimat, Vaterland, Europa — das ist der Dreiklang, um den es geht.

Heimat, Vaterland, Europa — das ist der Dreiklang, um den es geht

Wenn wir Heimat und Geborgenheit bewahren wollen, müssen wir die Institutionen stärken, die Halt geben. Ich denke an den Rechtsstaat, der die Schwachen schützt, der inneren Frieden stiftet. Wer zuläßt, daß der Rechtsstaat ausgehöhlt wird, wer rechtsfreie Räume entstehen läßt wie in der Hamburger Hafenstraße, der muß wissen: Er höhlt auch die Grundsätze unserer Republik aus. Das dürfen wir nicht zulassen.

Unser Platz ist an der Seite derer, die das Recht schützen und den inneren und äußeren Frieden des Landes garantieren.

Den äußeren Frieden des Landes garantiert unsere Bundeswehr, die unsere Unterstützung, unsere Sympathie ver-

dient hat. Es sind unsere Söhne, die dort Friedensdienst leisten.

Die innere Sicherheit und den inneren Frieden unseres Landes garantieren Polizeibeamte, die heute unter viel schwierigeren Bedingungen als früher ihren Dienst tun müssen. Sie brauchen unsere Unterstützung, und sie erhalten sie.

Die wichtigste Quelle von Wärme, Geborgenheit und Halt ist und bleibt die Familie. Sie bestimmt die persönliche Entwicklung des einzelnen. Sie vermittelt Werte und Tugenden. Sie bringt vor allem die Kraft einer Liebe zur Entfaltung, die nicht an Bedingungen, sondern nur an den Menschen selbst gebunden ist.

Im Mittelpunkt unserer Bemühungen steht die Familie

Ich glaube, wir brauchen nicht darüber zu diskutieren; das ist ein Kernelement unserer Programmatik: Es ist und bleibt unsere vornehmste Pflicht, die Familie zu stärken. Wir haben hier in wenigen Jahren grundlegende Neuorientierungen erreicht. Diese Neuorientierung ist bereits vielen zugute gekommen. Ab 1990 werden den Familien jährlich insgesamt rund 18 Milliarden DM mehr zur Verfügung stehen als noch vor dem Jahre 1985. Für mich ist wichtig: Diese Neuorientierung schlägt sich nicht nur im Materiellen nieder. Es ist ein Wandel der Einstellungen spürbar, nicht zuletzt bei der jungen Generation. Die Familie rückt auch im Bewußtsein der Menschen wieder mehr in den Vordergrund. Das Ja zum Kind wird für viele wieder mehr zu einer Selbstverständlichkeit.

Wir sind aber noch lange nicht da angekommen, wo wir hinmüssen. Wir sind angetreten, eine familien- und kinderfreundlichere Gesellschaft zu schaffen. Dieser Auftrag ist noch nicht erfüllt. Vor

allem für Kinder wird immer noch viel zu wenig getan. Kinder bedeuten Leben, Wärme, Fröhlichkeit und damit Zukunft. Sie brauchen besonderen Schutz, sie brauchen Hilfe und Zuwendung. Das gilt vor allem auch für die schwächste Form menschlichen Lebens, für das ungeborene Kind.

Ein neues Miteinander der Generationen, Partnerschaft zwischen Mann und Frau, Liebe und Achtung zwischen Eltern und Kindern — all das kann unsere Gesellschaft nur prägen, wenn es sich zuvor zu Hause, in der Familie bewährt hat.

Deshalb muß die Familie im Mittelpunkt unserer Bemühungen stehen. Ist das nicht auch eine große Vision: eine moderne, eine weltoffene Gesellschaft, die zugleich mehr als bisher von Solidarität, von menschlichem Miteinander, von tätiger Nächstenliebe geprägt ist?

Dazu gehört auch, daß wir unsere älteren Mitbürger stärker in die Gesellschaft integrieren. Sie wollen im Alter in einer Weise aktiv sein, die sie in ihrem Lebensumfeld anregt, die sie als befriedigend empfinden. Können wir es uns eigentlich leisten, die Weisheit und Lebenserfahrung einer ganzen Generation — die zudem geprägt ist von den Erfahrungen unseres schwierigen Jahrhunderts — zur Seite zu schieben?

Zu den Defiziten in unserer Gesellschaft gehört für mich der Skandal, daß in der Bundesrepublik Deutschland Prozesse geführt werden, um Altersheime oder Kinderspielplätze aus sogenannten reinen Wohngebieten herauszuhalten.

Ich sage klar und deutlich: Wir werden die Rechtslage überprüfen, und wenn es sich als notwendig erweist, werden wir auch handeln, um notfalls durch Gesetzgebung gegen diese unerträgliche Entwicklung vorzugehen.

Zu unserem Bild einer von Mitmenschlichkeit geprägten Gesellschaft gehört auch, daß wir vor allem jenen helfen, die beim Tempo des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritts sonst nicht mithalten können. Ich denke hier zum Beispiel an die Langzeitarbeitslosen, denen wir mit einem umfangreichen Programm und mit neuen Ansätzen zur Seite stehen. Ich denke auch an die vielen Kranken und Behinderten, die regelmäßige Pflege brauchen. Nicht zuletzt um ihretwillen haben wir — allen Demagogen zum Trotz — die Gesundheitsreform durchgesetzt. Mit einem beachtlichen Milliardenbetrag haben wir den Einstieg in die Pflegehilfe geschafft.

Ich habe einige der wichtigsten Herausforderungen beschrieben, die die vor uns liegende Zeit beherrschen werden. Ich bin sicher: Nur die Union aus CDU und CSU ist in der Lage, diese großen Herausforderungen zu bestehen. Nur wir — als die große Volkspartei der Mitte — sind fähig, divergierende Interessen zusammenzuführen.

Nur wir können die Kräfte des Erneuerns und des Bewahrens in unserer Gesellschaft auf schöpferische Weise zum Ausgleich bringen. Wir haben klare Vorstellungen von der Zukunft. Wir haben die organisatorische und die programmatische Kraft, diese Zukunft zu gestalten.

Das „C“ im Namen unserer Partei drückt aus, was uns verbindet

Wir haben vor allem einen zuverlässigen Kompaß: das ist unser christliches Verständnis von Mensch und Schöpfung. Es nimmt uns in einer besonderen Weise in die Pflicht.

In vielen Diskussionen — nicht zuletzt mit jungen Leuten — werde ich immer wieder gefragt: Ist eigentlich dieses „C“ noch zeitgemäß? Ich gebe hier meine ganz persönliche Antwort: Ich gehöre jetzt der Union seit über vier Jahrzehnten an. Wenn ich die Aufgaben sehe, die wir in den vergangenen Jahrzehnten lösen konnten — oder auch jene, die geblieben sind —, und wenn ich die Herausforderungen sehe, die vor uns liegen, dann bin ich heute mehr denn je davon überzeugt, daß das „C“ in den 90er Jahren noch wichtiger sein wird als in den frühen 50er Jahren, nach Gründung unserer Bundesrepublik Deutschland. Die Antworten müssen heutzutage — bis hinein in die 90er Jahre — vielleicht in einer anderen Form gegeben werden. Aber das ändert nichts am Inhalt.

Das „C“ im Namen unserer Partei drückt aus, was uns verbindet. Es beschreibt das sittliche Fundament, auf dem Menschen unterschiedlicher Herkunft und aus den verschiedensten Berufen in unserer Volkspartei CDU zusammenfinden. Konservative ebenso wie liberale und christlich-sozial engagierte Menschen treffen sich hier in einer gemeinsamen Überzeugung. Erst dieses Zusammenwirken prägt das unverwechselbare Profil unserer Partei.

Deswegen darf es nie dazu kommen, daß eine der drei großen Strömungen in unserer Partei keine Heimat mehr hat. Alle sind gleichberechtigt: Die christlich-sozial und die liberal-freiheitlich Denkenden und die Konservativen. Das ist die große Idee unserer CDU seit über 40 Jahren, und das muß so bleiben.

Auf dem Weg zu einer Gesellschaft des menschlichen Miteinanders ist heute mehr denn je das christliche Menschenbild ein unverzichtbarer Wegweiser. Aus



Mit Spannung und großer Aufmerksamkeit verfolgten die Delegierten den Bericht des Parteivorsitzenden.

unserem Verständnis von Mensch und Schöpfung kommt auch unser Engagement für die Umwelt. Im christlichen Menschenbild wurzeln auch die Ideale, die Europa geistig vereinen — von den Klöstern und Kapellen Irlands bis hin zu den Kirchen und Kathedralen von Warschau, von Prag und von Kiew.

Wir wollen unser Land in das Europa der Zukunft führen — in eine gute, in eine freiheitliche Zukunft für alle Deutschen. Das ist unsere Hoffnung, das ist unser Wille, und das ist unsere Pflicht. Für diese Politik trete ich ein. Dafür möchte ich unsere Partei, meine politische Heimat, weiter

führen und mit Ihnen gemeinsam zu weiteren Siegen lenken.

Denken wir immer daran: Es geht nicht um Macht und Ämter für den einzelnen. Es geht um eine gemeinsame Verantwortung für diese großartige Ideengemeinschaft der Christlichen Demokraten. Es geht um unser Vaterland.

Die CDU ist für viele zur geistigen und politischen Heimat geworden — auch für mich. Sie ist ein Stück meines eigenen Lebens, und ich weiß, was ich dieser Partei verdanke. Weil ich dies weiß, will ich meine Pflicht tun und Sie einladen, mit mir gemeinsam diesen Weg zu gehen.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall — Die Delegierten erheben sich)

Heiner Geißler: Mein Engagement gehört auch in Zukunft der CDU

Ich gebe diesen Rechenschaftsbericht als Generalsekretär nach zwölf Jahren Arbeit für unsere gemeinsame Idee — es war eine Zeit, in der wir an die Regierung gekommen sind — und am Anfang eines wichtigen Abschnitts unserer Partei, vierzehn Monate vor der Bundestagswahl, vor einer Serie von Landtags- und Kommunalwahlen und in einer Zeit politischer und gesellschaftlicher Veränderungen von beinahe historischem Ausmaß, die an Umfang und Tempo, aber auch an Gefährlichkeit alles in den Schatten stellen, was sich in früheren Zeiten an Wandel vollzogen hat.

Ich kann nicht zu allem Stellung nehmen, was mich bewegt. Aber es bewegt mich vor allem die Sorge um unsere Partei, von der wir alle wollen, daß sie in den Köp-

Auszüge aus dem Bericht des Generalsekretärs Heiner Geißler

fen und Herzen der Menschen fest verankert ist und daß wir wieder überall die stärkste politische Kraft werden. Wenn wir den vor uns stehenden Wahlmarathon gewinnen wollen, dann müssen alle an Deck sein.

Wenn es allein nach den wirtschaftlichen Erfolgen ginge, müßten wir Wahlergebnisse von 60% haben. Die Wirklichkeit ist anders und man kann sie nicht durch Befehl von oben verändern. Mehrheiten können wir dann wieder bekommen, wenn wir nicht nur den Geldbeutel, sondern auch das Herz, den Geist und das Gemüt der Menschen erreichen.

Ich möchte deshalb zu zwei Punkten sprechen:

- Zu den geistigen Grundlagen der Christlich Demokratischen Union,
- zur Zukunft der CDU als moderner Volkspartei.

I. Mitte der 50er Jahre versuchte ich als damaliger Vorsitzender der Jungen Union von Württemberg-Hohenzollern eine Reihe von Ortsverbänden der Jungen Union im Kreis Rottweil zu gründen. Das war nicht ganz einfach. Einzelne Ortsverbände mußten mehrfach gegründet werden.

Eines Tages kam der Dekanatsjugendführer der Katholischen Jugend des Kreises Rottweil zu mir und sagte: „Morgen werden Sie in der Zeitung etwas lesen, was Ihnen gefällt.“ Als ich am anderen Tag den „Schwarzwälder Boten“ aufschlug, war auf der ersten Lokalseite ein Aufruf zu lesen, in dem sinngemäß stand: „Nach den schrecklichen Erfahrungen einer gottlosen Diktatur geht es heute darum, ein neues, christliches Deutschland aufzubauen. Ich fordere alle Mitglieder des Bundes der Katholischen Jugend auf, in die Junge Union einzutreten und dort mitzuarbeiten. Unterschrift: Erwin Teufel, Dekanatsjugendführer.“ Von da ab ging es dort mit der Jungen Union aufwärts.

Über 30 Jahre ist dies her; so etwas wäre heute nicht mehr möglich, viele Gründe fallen einem ein: Wertpluralismus, Rückgang der kirchlichen Bindungen, innerkirchliche Veränderungen nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil usw. Aber es kann uns nicht gleichgültig lassen, daß unsere politische Verankerung im kirchlichen Raum immer weiter nachläßt.

Manchmal habe ich den Eindruck, daß dort an uns nur noch wenig Interesse besteht. Sind wir vielleicht nicht offen und interessiert genug an Diskussionen? Sprechen wir die richtige Sprache, und können Christen den Eindruck haben, daß wir in unserem persönlichen Verhalten dem ethischen Anspruch des „C“ immer genügen?

Daß sich die CDU schwer tut mit ihrem „C“, aber daß sie es sich umgekehrt auch mit ihrem „C“ manchmal zu leicht macht, läßt sich kaum bestreiten und kann einer der Gründe für diese Entwicklung sein. Schwer haben wir es uns gemacht mit dem Schutz des ungeborenen Lebens. Keine Partei hat ernsthafter um die Antworten auf diese Frage gerungen, keine Partei für den Schutz des ungeborenen Kindes mehr getan als wir, und trotzdem sind wir von der fundamentalistischen Kritik evangelischer und katholischer Christen mehr betroffen als andere.

Denn eigentlich müßte es doch so sein, und das wünsche ich mir für die CDU, daß auf evangelischen und katholischen Kirchentagen Christliche Demokraten wieder mehr Zustimmung erfahren, ja sogar mehr Beifall erhalten als die Vertreter anderer Parteien.

Das werden wir dann erreichen, wenn wir alle mehr über die Freude am Kind und unsere Hilfen für die Mutter und weniger über die Strafe bei der Abtreibung reden. Und läßt uns nicht nur über unsere Exportchancen in der Dritten Welt, sondern genauso laut und deutlich über unsere Pflichten gegenüber den Menschen angesichts von Hunger und Armut reden.

In der Tat machen wir es uns manchmal zu leicht mit dem „C“, das heißt mit der Nächstenliebe, die ja heute umgesetzt in die Politik nicht mehr warme Suppen und Lazarette bedeutet, sondern zum Beispiel

Toleranz und Mitmenschlichkeit gegenüber Ausländern, entschlossene Hilfe für Polen, aber auch für die Länder der Dritten Welt, energisches Eintreten für die Menschenrechte überall auf der Welt. Da machen wir es uns manchmal zu leicht. Man braucht sich nicht zu wundern, wenn wir zunehmend in die schiefe Schlachtordnung Kopf gegen Herz geraten. Wir müssen dafür sorgen, daß sich mit uns und unserem Namen und unserer Politik auch Wärme, Herzlichkeit, Verständnis und Liebe zum Nächsten verbinden.

Ich habe unsere Diskussion auf dem Wiesbadener Parteitag über den Schutz des ungeborenen Kindes noch einmal nachgelesen und ich kann dies eigentlich jedem auch empfehlen. Diese Diskussion ist ein Musterbeispiel dafür, wie eine große Volkspartei um ihre Grundsätze und Ziele ringt. Das war eine eindrucksvolle Diskussion, die uns bisher keine andere Partei, keine andere Organisation nachgemacht hat.

Das „C“ ist auch in einer weitgehend säkularisierten Welt das, was es von Anfang an war: Provokation und Ärger. Es ist unbequem, Herausforderung, Stein des Anstoßes. Aber es ist, wie schon immer, gleichzeitig auch ein Signal der Hoffnung in einer angsterfüllten Zeit, Maßstab in einer Zeit scheinbar grenzenloser Freiheit und menschliches Gegengewicht zu einer entfesselten Technik und Wissenschaft.

Ich bin froh, daß ich als Generalsekretär unsere Programmarbeit, die mit dem Grundsatzprogramm auf dem Ludwigshafener Parteitag 1978 begonnen hat, auf diesem Parteitag abschließen kann mit den programmatischen Aussagen zu den ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern und zum zentralen Thema der

Zukunft, nämlich der Solidarität mit der Natur und der Schöpfung. Sowohl die Beschlüsse des Wiesbadener Parteitages als auch die hier noch zu verabschiedenden Programme stehen bewußt unter der Überschrift: „Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes.“

Manche haben in den letzten Monaten, auch wegen des Aufkommens rechtsradikaler Parteien, die Frage gestellt, ob die CDU als Volkspartei gefährdet sei. Dies hängt nach meiner Auffassung davon ab, ob wir die innere Kraft aufbringen, die gemeinsame Grundlage für unsere politische Arbeit zu erhalten. Unseren Kompaß, das christliche Menschenbild, müssen wir gerade in Zeiten des Wandels und der Veränderung behalten, sonst würden wir auseinanderfallen.

Weder die Genspaltung noch die Kernspaltung, weder humanes Sterben noch der Schutz des ungeborenen Kindes, weder personale und soziale Menschenrechte noch die Gestaltung unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung kann ohne Orientierung an der Würde des Menschen, die in Gott begründet ist, politisch beantwortet werden.

Das hat allerdings Konsequenzen. Denn Grundsätze sind dazu da, Folgen zu haben. Ich will Ihnen ein Beispiel geben. In einer Bundesvorstandssitzung hat neulich jemand den verständlichen Wunsch geäußert, ein Sommertheater, wie das von 1987, dürfe sich nicht wiederholen. Sie erinnern sich, Norbert Blüm war im Auftrag des Parteivorsitzenden nach Chile gefahren und hatte dort gegenüber der Militärdiktatur die Einhaltung der Menschenrechte eingeklagt. Er wurde trotz seiner mutigen Haltung auch aus dem eigenen Lager angegriffen.

Ich habe damals Norbert Blüm gegen alle Angriffe in Schutz genommen. Das

würde ich auch in Zukunft jederzeit wieder tun, und das sollte für jeden von uns gelten, weil das Eintreten für die Menschenrechte zu unserem Selbstverständnis als Christliche Demokraten gehört. Das gilt für Chile wie für Nicaragua, für Polen und die Sowjetunion, und dies gilt erst recht für unsere Landsleute in der DDR.

II. Warum sind zum Beispiel Chile, Polen oder Nicaragua so wichtig? Weil trotz der unterschiedlichen geopolitischen Situation es in allen drei Ländern um ein und dasselbe Kernproblem geht, die Durchsetzung der Freiheit und der individuellen Menschenrechte.

Nicht wertneutrale Interessen- und Machtpolitik, sondern Freiheit und Menschenrechte sind der Schlüssel für das Tor zu einer Weltfriedensordnung, in der endlich alle Menschen frei und sozial gerecht zusammenleben können.

Für eine solche Konzeption hätten wir gerne auch die Unterstützung der SPD. Aber sie hat bisher, dies gilt auch für Willy Brandt als Vorsitzenden der Sozialistischen Internationale, ihre internationale Politik nicht in erster Linie an den Menschenrechten, sondern an wertneutralen Zielen wie Macht und Status quo orientiert.

Deswegen waren die Sozialdemokraten in Lateinamerika auf der Seite der Kubaner und Sandinisten und auf unserem Kontinent der Gesprächs- und Vertragspartner der SED und der kommunistischen Parteien Osteuropas. Die Sozialdemokraten haben unter der Überschrift falscher Begriffe wie zum Beispiel „Sicherheitspartnerschaft“ die Stabilisierung totalitärer Parteien und die Schwächung freiheitlicher Bewegungen in Kauf genommen, in der DDR genauso wie in Polen. Wir haben die freiheitlichen Kräfte gefördert und die totalitären

Systeme und Parteien bekämpft, in Chile, in der DDR und in Polen. Die SPD hat dem real existierenden Sozialismus immer mehr zugetraut als dem Freiheitswillen der Völker.

Deshalb ist es auch im Sinne der SPD konsequent, daß im außen- und deutschlandpolitischen Kapitel des SPD-Grundsatzprogrammwerfs zwar der Begriff „Friede“ 26mal, aber der Begriff „Freiheit“ nicht ein einziges Mal erwähnt wird. Das ist die programmatische Nulllösung der SPD für die Freiheit.

Das hat auch Folgen für die Politik der SPD. Vor wenigen Wochen war Napoleon Duarte, der frühere Präsident von El Salvador, ein aufrechter Christlicher Demokrat, in der Bundesrepublik Deutschland; er ist schwer krank und hat wahrscheinlich nur noch wenige Wochen zu leben. Napoleon Duarte, der Präsident eines Landes, das sich in einem doppelten Bürgerkrieg gegen die rechtsradikalen Todesschwadronen und gegen die von Kuba und Nicaragua finanzierten Guerilla befindet, sagte mir: Es habe ihn zutiefst getroffen, daß der Vorsitzende der Sozialistischen Internationale, Willy Brandt, nie ihn, den Demokraten, dafür aber den kommunistischen Diktator Fidel Castro besucht habe. Und in Polen hat Brandt mit dem Kommunisten Jaruzelski, aber nicht mit Solidarnosc-Führer Lech Walesa gesprochen.

III. Am 12. März 1976 fuhr ich mit Helmut Kohl zu der entscheidenden Bundessatzratssitzung über die Vereinbarungen mit Polen. Die meisten von uns erinnern sich an die fast dramatischen Auseinandersetzungen über die Ostverträge innerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Im berühmten Zimmer 113 des Bundesrates erlebte ich als junger Minister den Durchbruch der Union zu einer konstruktiven Ostpolitik. Die Ministerpräsidenten Helmut Kohl, Ernst Albrecht, Franz Röder,

Gerhard Stoltenberg, Hans Filbinger und, für mich in einer besonders überzeugenden Weise, Alfons Goppel gaben ein entscheidendes politisches Signal, indem sie den deutsch-polnischen Vereinbarungen zustimmten.

Ein wichtiger Beitrag zu einer konstruktiven Ostpolitik der CDU war auch der Beschluß des Bundesparteitages in Hamburg 1981. Ich bin der festen Überzeugung, daß dieser Beschluß eine inhaltliche Voraussetzung für den neuen Anfang schuf, den wir zusammen mit den Freien Demokraten im Oktober 1982 begannen.

Wir waren damals, ein Jahr vor der Regierungsübernahme durch Helmut Kohl, programmatisch und personell auf das Regieren vorbereitet. Das war eine große politische Leistung der CDU als Oppositionspartei. Die heutige Oppositionspartei dagegen, die SPD, hat ein Jahr vor der nächsten Bundestagswahl kein Programm, aber dafür drei Kanzlerkandidaten.

Dramatische Veränderungen in Osteuropa sind im Gange. Der Ausgang ist ungewiß. Ich werde so schnell nicht vergessen, wie Lech Walesa vor vierzehn Tagen im Fernsehen beschwörend sagte, wenn Polens Weg in die Demokratie nicht gelingt, „dann nicht, weil die Kommunisten uns daran gehindert haben, sondern die Freunde nicht helfen wollten“. Ich erinnere aber auch daran, daß der zum dogmatischen Flügel der KPdSU gehörende Ligatschow vor einer Woche „politische Aktionen zur Abwehr von Attacken gegen die Partei, die Armee, das KGB und die UdSSR als solche“ gefordert hat, eine verschlüsselte aber eindeutige Drohung gegen Perestroika und Glasnost.

Wie würden wir vor der Geschichte dastehen, wenn wir im freien Westen nicht alles unternähmen, um die Kräfte der Freiheit zu fördern? Und wie würden wir vor der Geschichte dastehen, wenn wir durch Halbherzigkeit, Krämergeist und falsche Rücksichten die Kräfte des Dogmatismus und der Unfreiheit stabilisieren würden, statt den neuen Anfang in Polen zu fördern?

In der die Polen und uns bewegenden Frage: Was ist mit Schlesien, was ist mit Pommern, was ist mit Ostpreußen, haben wir eine eindeutige völkerrechtliche Position. Das ist die eine Seite. Aber wir müssen den Menschen auch sagen, wie wir uns die gemeinsame Zukunft von Deutschen und Polen vorstellen.

Je mehr sich Freiheit, Menschenrechte und Demokratie in Polen, in der Tschechoslowakei, in Ungarn und in der Sowjetunion durchsetzen werden, desto unwichtiger werden Grenzfragen, ich sage unwichtiger und nicht unwichtig. Wenn wir in Osteuropa freiheitliche Demokratien haben, dann können auch Schlesien, Pommern und Ostpreußen wieder in ihre Heimat zurückkehren, wenn sie dies wollen. Aber nicht gegen die Polen und gegen die Russen, sondern nur mit ihnen und nicht in dem Sinne, daß wir den Polen, die nun seit Jahrzehnten dort wohnen, das Heimatrecht bestreiten, sondern daß wir mit ihnen friedlich zusammenleben, so wie wir z. B. heute die Probleme zwischen Deutschland und Frankreich, der Pfalz und dem Elsaß, dem Saarland und Lothringen gelöst haben.

Das Elsaß ist auch ein deutsches Land gewesen und gehört heute zu Frankreich. Die Menschen in der Südpfalz, meinem Wahlkreis, empfinden die Grenze bei

Weißenburg, Scheibhardt und bei Neulauterburg nicht mehr als Grenze, und Elsässer kommen in die Pfalz und wohnen dort und Pfälzer gehen ins Elsaß. Das Saarland und Lothringen haben auch keine Grenzprobleme mehr. Wenn Sie heute Radio Luxemburg hören und den Saarländischen Rundfunk, dann wird der Wetterbericht für Saar-Lo-Lux — für das Saarland, für Lothringen und für Luxemburg — gesendet. Die Lothringer, die Luxemburger und die Saarländer hören denselben Sender, denselben Wetterbericht und dieselben Nachrichten.

Die Grenzen der Staaten in ganz Europa müssen ihren die Menschen trennenden Charakter verlieren. Wir wollen, daß die Menschen zueinander kommen können. Grenzen zu überwinden durch Menschlichkeit und Verständigung mit allen unseren östlichen Nachbarn, das ist unsere Vorstellung von einer europäischen Friedensordnung.

Auch die deutsche Frage ist eine Freiheitsfrage. Seit 40 Jahren erleben wir eine weltweite Auseinandersetzung zwischen den Idealen der Freiheit und der totalitären Ideologie des Kommunismus. Heute können wir feststellen, daß der Weltkommunismus diese Auseinandersetzung verloren hat. Die Freiheit ist ein Faktor der Weltpolitik geworden.

Die Christlich Demokratische Union hat an der geistigen Auseinandersetzung von Anfang an einen wesentlichen Anteil gehabt. Ohne das christliche Menschenbild als Fundament unserer Politik hätte die CDU nicht die innere Kraft gefunden, gegen alle innen- und außenpolitischen Widerstände der kommunistischen Ideologie und Propaganda in den vier Jahrzehnten nach dem Krieg fast als einzige Partei die Ideale der Freiheit und der

Demokratie hochzuhalten. Dies war der Grund dafür, daß diese Ideale leuchten konnten für Hunderte von Millionen Menschen in Osteuropa, für die sie ein Signal der Hoffnung waren, der Hoffnung, daß sich auch bei ihnen eines Tages Freiheit und Demokratie verwirklichen.

Die Machthaber in der DDR haben weder eine nationale, noch eine moralische oder geschichtliche Legitimation, siebzehn Millionen Deutschen vorzuschreiben, wohin sie reisen und was sie reden dürfen.

IV. Gleich zu Beginn meiner Arbeit als Generalsekretär hat ein Ereignis stattgefunden, das mich bis auf den heutigen Tag nicht losgelassen hat. Der frühere CDU-Bundestagsabgeordnete Herbert Gruhl hatte im Jahre 1975 den Bestseller geschrieben „Ein Planet wird geplündert“. Es war das erste große populäre Umweltbuch in Deutschland, von einem Mann aus unseren Reihen, einen Mann, der seit 1954 CDU-Mitglied war. 1978 ist er aus der CDU ausgetreten. Wir alle, auch ich als Generalsekretär, haben es zugelassen, daß er uns verlassen hat.

Ich frage mich, ob wir es uns mit unbequemen Positionen und Parteifreunden manchmal nicht zu leicht machen.

Er war eine kantige und schwierige Persönlichkeit, aber — morgen reden wir den ganzen Tag über das Thema Umwelt, das schon vor 15 Jahren sein Thema war — da kann man sich die Frage stellen:

Wenn wir sensibler und rechtzeitiger reagiert, diese Probleme früher ernstgenommen hätten, wie würden wir heute dastehen? Wären dann die Grünen möglicherweise nicht so stark geworden? Diese Fragen kann man nicht beantworten und Herbert Gruhl ist in einer anderen Partei. Um so besser und wichtiger ist es, daß wir Klaus Töpfer haben.

Für den politischen Erfolg der CDU als Volkspartei ist es entscheidend, daß sie rechtzeitig bemerkt, welche politischen Fragen virulent werden. Erkennt sie diese nicht oder gibt sie darauf keine überzeugende Antwort, machen sich diese Probleme selbständig und suchen sich eine andere Trägerschaft. Die Folgen sind neue soziale Bewegungen oder neue Parteien, und dadurch wird die Wählerbasis einer Volkspartei schmaler.

Aber es gibt auch positive Beispiele. Wir haben als erste und einzige Partei auf die große Zahl der aktiven, jungen Alten die richtige Antwort gegeben: die Gründung der Senioren-Union. Und deswegen werden die „Grauen Panther“ im Gegensatz zu den Grünen bei Wahlen keinen Erfolg haben.

Und das will ich im Nachhinein allen Skeptikern noch einmal sagen: Was wäre eigentlich aus der CDU als Volkspartei geworden, wenn wir nicht den Frauenparteitag in Essen gehabt hätten und als Folge davon nicht die politisch bedeutendste, populärste und angesehenste Frau in unserer Mitte hätten, nämlich Rita Süßmuth?

Etwas anderes will ich auch noch in Erinnerung rufen: Nicht die Sozialdemokraten, sondern wir haben die Neue Soziale Frage formuliert und beantwortet — ein weiterer Beweis für die Innovationsfähigkeit der CDU als Volkspartei.

Und die beste Erfindung der CDU, nämlich die Soziale Marktwirtschaft, beginnt sich auf der ganzen Welt durchzusetzen. Im Politbüro in Moskau reden die Kommunisten inzwischen mehr über Ludwig Erhard als über Karl Marx. Das einzige Gremium in Europa, in dem mehr über Marx als über

Erhard geredet wird, das ist die SPD-Programmkommission unter Oskar Lafontaine.

Zukunftsgerechte politische Konzepte entstehen nur, wenn, wie ich schon gesagt habe, neue Probleme auch erkannt werden. Aber es gibt Kräfte, die uns nicht nur Frageverbote, sondern auch Denk- und Antwortverbote erteilen wollen. Ein Teil der uns angeblich nahestehenden deutschen Publizistik warnt zum Beispiel schon seit Jahren davor, darüber nachzudenken, wie wir wieder eine Mehrheit bei den Menschen unter 45 Jahren, bei Arbeitnehmern, die mit modernen Technologien arbeiten, oder bei jungen Frauen finden können. Solche Wähler können wir doch nur überzeugen durch moderne Politik und Programme. Das nennen diese Leute aber „Linksruck“. Ich habe den Verdacht, daß sie in Wahrheit die CDU aus der Mitte nach rechts rücken wollen. Diese Leute haben keine Ahnung, was eine moderne Volkspartei ist und was sie tun muß. Wir wollen weder eine linke Mitte noch eine rechte Mitte. Wir wollen eine starke Mitte.

V. Aus der Erfahrung mit Herbert Gruhl gibt es ein Fazit: Wir haben lernen und umdenken müssen, und wir waren dann immer gut, wenn wir schneller als die anderen die Erfordernisse der Zeit erkannten und wußten, wo die Leute der Schuh drückt.

Im Jahre 1974 kam zu mir in das Sozialministerium in Mainz eine Frau mit einem vier Monate alten Kind auf dem Arm und sagte zu mir: „Ich bin völlig allein. Meine Eltern sind tot. Mein Freund hat mich verlassen. Was soll ich machen? Behalte ich das Kind, bekomme ich Sozialhilfe. Es reicht gerade zum Leben. Gehe ich aber arbeiten, muß ich das Kind weggeben.“

Diese menschenunwürdige Situation von Frauen, die die Kraft fanden, ihr Kind

auf die Welt zu bringen und es nicht abzutreiben, war der bewegende Grund unserer modernen Familien- und Frauenpolitik, nämlich der Konzeption des Erziehungsgeldes, des Erziehungsurteils, der Anerkennung von Erziehungsjahren. Nicht die Sozialdemokraten, sondern wir Christliche Demokraten haben gesagt, daß Arbeit in der Familie oder Arbeit für pflegebedürftige Familienangehörige zu Hause mindestens genauso wertvoll und wichtig ist wie die Arbeit in der Fabrik oder im Büro. Moderne Sozial- und Gesellschaftspolitik machen Christliche Demokraten und nicht Sozialdemokraten.

Ich will noch ein anderes Erlebnis schildern, das auf den ersten Anschein gar nichts mit dem zu tun hat, was ich gerade gesagt habe.

Im Jahre 1986 wollte ich mit dem RCDS eine Veranstaltung auf dem Campus der Universität Göttingen durchführen, obwohl die Spartakisten seit acht Jahren eine Veranstaltung einer demokratischen Partei dort verhindert hatten. Trotzdem fand die Diskussion statt. Aber nur deswegen, weil die Bereitschaftspolizei von Niedersachsen bereit war, dafür zu sorgen, daß ich in den Hörsaal zu den 2000 Studenten, die auf mich warteten, kommen konnte. Ich habe damals mit dem Leiter der Bereitschaftspolizei vorher über die Frage geredet, ob man dies machen soll, und ich habe gesagt, wenn es ohne Verletzungen abgeht, ja. Denn ich bin der Auffassung, daß es in unserem Staat keine demokratiefreien und damit auch keine CDU-freien Räume geben darf, auch nicht an den Universitäten. Und ich bewundere heute noch die 100 Polizisten, die es mir mit ihrem Einsatz gegen den erbitterten Widerstand der Kommunisten und der linken Chaoten ermöglicht haben, diese Veranstaltung durchzuführen.

Die Polizei leistet mit ihrem Einsatz tagtäglich der Meinungsfreiheit, der Demokratie und dem Rechtsstaat einen unschätzbaren Dienst. Dafür schulden wir ihr Dank und Anerkennung.

Diese Beispiele habe ich erzählt, um zu belegen, daß in diesem Land Millionen von Menschen — Eltern für ihre Familien und Kinder, Angestellte und Arbeiter in Betrieben und Büros, Handwerker in ihren Werkstätten, Krankenschwestern in den Krankenhäusern, Beamte in ihren Amtsstuben — Tag für Tag ihre Pflicht tun, pünktlich zur Arbeit gehen, regelmäßig ihre Steuern zahlen, für ihre Familien sorgen und dadurch die Voraussetzungen dafür schaffen, daß diese Gesellschaft und dieser Staat überhaupt funktionieren. Unser Problem ist nicht, daß wir als Regierungspartei für diese Menschen keine gute Politik machen, sondern das Problem besteht darin, daß ihre Lebenssituation, ihre Interessen, ihre Motive und ihre Leistungen in der Öffentlichkeit so gut wie verschwiegen werden.

Wir müssen ihre Probleme und Interessen wieder mehr zur Sprache bringen. Unsere Aufgabe muß es sein, daß wir im Bewußtsein dieser Menschen verankert bleiben als die große Volkspartei, die für sie da ist, sie versteht und sie vertritt. Diese Menschen müssen spüren, daß wir auf ihrer Seite stehen.

Wenn 100 Leute auf der Straße gegen irgend etwas demonstrieren, erscheint dieses Ereignis abends groß im Fernsehen. Aber gleichzeitig, während gegen etwas demonstriert wird, engagieren sich Millionen Menschen für ihren Beruf, arbeiten beim Roten Kreuz, bei der Feuerwehr, in Turn- und Sportvereinen, in kulturellen Organisationen, bei der Bundeswehr und im Zivildienst. Diese

Leute würden sich freuen, wenn auch sie, die das Fundament unserer Gesellschaft und unseres Staates bilden, mit ihren Problemen, Wünschen und Fragen in der Öffentlichkeit stärker beachtet werden würden.

VI. Wir alle kennen die Wahlergebnisse der letzten Europawahl, der Landtags- und Kommunalwahlen und die gegenwärtigen Trends. Die Bürgerinnen und Bürger haben bei diesen politischen Entscheidungen über ihre konkreten Probleme und deren Beantwortung durch die Politik abgestimmt.

Aber die Faktoren der Regierungspolitik erklären natürlich nicht alles. Die Ursachen sind vielfältiger.

Alle Untersuchungen und leider auch die Wahlergebnisse der letzten Jahre bestätigen im übrigen die Wahlanalyse, die ich bereits im Juni 1987 nach der Bundestagswahl dem Bundesvorstand vorgelegt habe und die damals mit Zustimmung zur Kenntnis genommen wurde. Welche Schlußfolgerungen sind daraus zu ziehen? Ich will nur einige wenige nennen:

- Eine zunächst selbstverständliche Folgerung besteht darin, daß Wahlkämpfe noch wichtiger werden als früher, weil immer mehr Wähler sich erst kurz vor der Wahl auf eine Partei festlegen.

- Der Wahlkampf muß geführt werden in einer modernen Mediengesellschaft. Und zu dieser modernen Mediengesellschaft gehören die Tageszeitungen, dazu gehören aber auch die großen Magazine mit ihren Millionen-Auflagen, der Rundfunk, die öffentlich-rechtlichen und privaten Fernsehanstalten. Wenn wir die Mehrheit gewinnen wollen, dann dürfen wir große Medien nicht ausschließen oder gar bekämpfen. Zumindest erschweren wir uns dann die Arbeit. Richtig ist nämlich die amerikanische Journalistenweisheit: Es gibt keine dummen Fragen, sondern nur dumme Antworten.

Dazu möchte ich noch etwas sagen. Ich bin der Auffassung, daß Interviews eine Chance sind, die wir nutzen sollten. Wenn morgens von 6.00 bis 8.00 Uhr Zehntausende von Leuten, z. B. bei mir in der Südpfalz, mit dem Auto unterwegs sind zu Daimler Benz nach Wörth oder zur BASF nach Ludwigshafen — das ist überall in der Bundesrepublik ähnlich — und alle diese Leute hören im Auto Radio, dann hielte ich es für einen großen Fehler, wenn wir die Interviews in dieser Zeit und die daraus resultierenden politischen Nachrichten ausschließlich und allein dem politischen Gegner überlassen würden.

Es kommt nicht auf die Zahl und den Zeitpunkt, sondern auf die Qualität der Interviews an. Mein Eindruck ist: Von uns werden nicht zu viele gute Interviews gegeben, sondern zu wenig.

● Die CDU muß sich immer wieder fragen, ob sie mit ihrer Politik die Lebensgefühle, die Gedankenwelt und die Zukunftsvorstellungen vor allem der jungen Menschen anspricht. Klar ist, daß es auf Inhalte entscheidend ankommt, aber genauso auf Stil und Glaubwürdigkeit.

● Ich bestreite, daß diejenigen CDU-Wähler, die in Berlin und in Hessen und bei der Europawahl zu den sogenannten Republikanern übergelaufen sind, in ihrer großen Mehrheit Stammwähler waren. Ganz im Gegenteil. Alle seriösen Umfragen und Wähleranalysen zeigen, daß es sich in der Mehrheit um Leute handelt, die der Gruppe der Wechselwähler zuzuordnen sind, zu einem großen Teil um Leute, die sogar früher bei der SPD waren, in vorangegangenen Wahlen bei der CDU geparkt haben und dann zu den Republikanern gewandert sind aus ganz unterschiedlichen Gründen, z. B. der Kombination von Ausländerangst und Wohnungsnot.

Wer aus aktueller Verärgerung heraus einem Schaumschläger wie dem Herrn Schönhuber nachläuft, ist kein Stammwähler der Christlich Demokratischen Union. Als ob Stammwähler auf den ersten Pfiff weglaufen.

Wer uns das einreden will, der will das politische Koordinatensystem verschieben. Trotzdem müssen wir diese Wähler zurückgewinnen, genauso, wie wir von der SPD Wähler zurückgewinnen müssen, wenn wir die führende Kraft in der Bundesrepublik bleiben wollen.

Ich habe in meinem Wahlkreis eine Initiativgruppe für Asylbewerber. Es sind zwölf engagierte Leute, Pfarrer, Lehrer, Winzer, Hausfrauen. Einige davon gehören der CDU an. Diese CDU-Leute haben zu mir gesagt: Wir wählen die CDU, seitdem wir wählen dürfen; wir sind Stammwähler der CDU. Diese Leute haben mir gesagt, wenn ihr in der Union anfangen solltet, über Asylbewerber und Aussiedler ähnlich zu reden wie der Schönhuber, haben wir euch das letzte Mal gewählt. Auch dies sind Stammwähler der CDU, und ich meine, es sind nicht die schlechtesten.

VII. Helmut Kohl hat heute morgen und auch auf dem Saarbrücker Landesparteitag Gründe dafür genannt, warum er mich nicht wieder dem Parteitag als Generalsekretär vorschlägt. Es ist in der Tat richtig, wir hatten Differenzen in zwei Punkten.

Wir waren uns nicht einig über die Ursachen der Wahlniederlagen der letzten zwei Jahre. Und zweitens hatten wir offenbar unterschiedliche Auffassungen über die Rolle des Generalsekretärs der CDU als Regierungspartei. Helmut Kohl sagte dies in Saarbrücken mit seinen Worten so: Es ging darum, „ob der Generalsekretär mehr General oder mehr Sekretär“ sei.

Mit dieser Argumentation hat Helmut Kohl ein Führungsproblem umschrieben, das ausweislich vieler Parteitage weit in die Geschichte der Partei zurückreicht. Die Diskussion auf dem Braunschweiger Parteitag 1967, als wir das Amt des Generalsekretärs eingeführt haben, aber auch die Diskussion auf dem Saarbrücker Parteitag zu diesem Thema, ist nachlesenswert.

Daraus kann man entnehmen, daß die Partei dem Generalsekretär dann, wenn der Parteivorsitzende gleichzeitig Bundeskanzler ist, in der Führungsstruktur der Partei einen Platz einräumt, der das politische Profil und die Eigenständigkeit der Partei in der Regierung und innerhalb der Koalition sicherstellen soll. Insofern ist das Verhältnis des Parteivorsitzenden zum Generalsekretär nicht in erster Linie ein Problem der persönlichen Beziehungen, sondern ein Problem, das die gesamte Führungsstruktur und die gesamte Partei berührt. Der Generalsekretär wird zwar vom Parteivorsitzenden vorgeschlagen, aber nicht umsonst bekommt er seine politische Legitimation vom Parteitag.

Unbestritten ist, daß die CDU als Regierungspartei die Aufgabe hat, die eigene Regierung zu unterstützen. Aber richtig ist auch, und das habe ich auf dem ersten Parteitag nach der Regierungsübernahme in Köln gesagt, und zwar unter großer Zustimmung des Parteitages und auch mit voller Zustimmung von Helmut Kohl, daß die Partei eine Aufgabe hat, die über den Inhalt einer Regierungserklärung und auch einer Koalitionsvereinbarung hinausgeht. Deshalb ist für mich auch klar: Der Generalsekretär der CDU ist nicht der Generalsekretär der Regierung.

**Unsere Inhalte müssen klar
unterscheidbar bleiben von dem,
was die Koalitionspartner für**

**richtig halten. Dies gilt für die
Menschenrechte, für die
Ausländerpolitik, für die
Wirtschafts- und Sozialpolitik, die
Außen- und Sicherheitspolitik.**

Natürlich haben wir unseren Vorsitzenden, und er braucht unsere Unterstützung. Er bekommt sie auch. Aber wenn wir neben dem Vorsitzenden — das gehört auch zum Thema Volkspartei — Männer und Frauen haben, die etwas können, die eine eigene Kompetenz, eigene Ausstrahlung und eigenes Profil haben, dann müssen wir uns darüber freuen und sie herausstellen. Das nützt uns allen miteinander.

Wenn wir im Parteipräsidium über eine Aufgabenverteilung gesprochen haben, die ich absolut für richtig halte, dann auch deswegen, weil wir personelle Akzente gerade in den Sachbereichen setzen müssen, wo wir in der Regierung nicht vertreten sind.

Wehe der CDU als Volkspartei, wenn die Vielfalt der Persönlichkeiten, ihres Könnens und ihrer Ideen in der Bevölkerung nicht mehr sichtbar werden würden. Was wir brauchen, ist Teamarbeit und Teamgeist, das Wachsen vieler Begabungen und Ideen auf einem gemeinsamen geistigen Boden.

Der Generalsekretär ist, wenn Sie so wollen, ein Transportarbeiter. Er hat die Aufgabe, die Ziele und Erfolge der Bundesregierung in die eigene Partei und vor allem auch in die Bevölkerung hineinzutragen. Das Konrad-Adenauer-Haus hat die erfolgreichen Kanzlerkampagnen für Helmut Kohl gemacht. Über die Steuerreform und über die Gesundheitsreform haben wir die Partei und die Öffentlichkeit aus verständlichen Gründen früher informiert, als dies der Regierung möglich gewesen ist. Und diese massive Unterstützung muß auch in der Zukunft bleiben.

Aber der Generalsekretär ist Transportarbeiter auch in der umgekehrten Richtung. Wenn in der Partei Unruhe vorhanden ist, nicht zuletzt wegen der verlorenen Wahlen, dann ist es nicht die Aufgabe des Generalsekretärs, Valium zu verteilen und alles zu beschönigen, sondern er muß das, was Mitglieder in ihrer Sorge artikulieren, der Parteiführung vortragen und es auch gegenüber dem Parteivorsitzenden, der Bundeskanzler ist, deutlich machen.

VIII. Eine große Volkspartei muß für ihre Überzeugungen auch in streitigen Auseinandersetzungen einstehen. Wer um die politische Führung in der Bundesrepublik Deutschland nicht zu kämpfen versteht, von dem nimmt der Wähler an, daß er seiner Sache nicht sicher ist. Wir werden nur dann eine starke Mitte sein, wenn wir entschlossen für die Mitte kämpfen und uns klar gegenüber radikalen Parteien von links und rechts abgrenzen.

Wenn die Republikaner in einem Landtagswahlkampf einen Fernsehspot zeigen, in dem Türkenkinder über die Straße laufen, und bei dieser Szene zur Untermahlung gespielt wird „Spiel mir das Lied vom Tod“, dann ist uns klar, daß Christliche Demokraten mit einer solchen Partei nie etwas zu tun haben dürfen.

Das Präsidium der CDU hat am 3. Juli unsere Position gegenüber radikalen Parteien deutlich formuliert. In diesem Beschluß, der auf diesem Parteitag beraten und bekräftigt wird, stellen wir u.a. fest: „Die CDU lehnt jede Vereinbarung über eine politische Zusammenarbeit und jede Koalition mit links- und rechtsradikalen Parteien wie z. B. den Kommunisten, den Grünen, der Alternativen Liste, den

„Republikanern“, den Nationaldemokraten und der Deutschen Volksunion ab. Das gilt für die Bundes-, Landes- und Kommunalebene.“ Wir fordern die SPD auf, sich zu derselben eindeutigen Haltung gegenüber Links- und Rechtsradikalen durchzurufen, anstatt sich klammheimlich über das Aufkommen der REP zu freuen.

Wir haben nicht jahrelang die Linksradikalen bekämpft, um jetzt den Rechtsradikalen nachzulaufen. Um einiger Wählerprozent willen wird die CDU ihre Seele nicht verkaufen.

IX. Heute verabschiede ich mich von Ihnen nur als Ihr Generalsekretär, aber nicht als Heiner Geißler, denn meine Überzeugung, meine Kraft, und mein Engagement werden auch in Zukunft der großartigen Sache der CDU gehören.

Ich bin seit 36 Jahren Mitglied der CDU. Sie ist meine politische Heimat. Über die richtige Politik und gute Ideen habe ich mit Ihnen viele Diskussionen geführt, und die daraus entstandenen Programme und Beschlüsse haben unsere Partei vorangebracht. Wir haben in unzähligen Wahlauseinandersetzungen Seite an Seite gekämpft. Ich habe mit Ihrer Hilfe und Ihrem Vertrauen in wichtigen Ämtern — die längste Zeit mit dem Parteivorsitzenden zusammen — als Landesminister, als Bundesminister und als Generalsekretär für unsere gemeinsame Sache gearbeitet. Dafür bin ich dankbar. Wir haben viel miteinander erreicht und ich denke, mit Ihrem Vertrauen werde ich meine Arbeit fortsetzen.

Walther Leisler Kiep: Schwierige Finanzlage der Bundespartei

Die Bundespartei wird am 31. Dezember 1989 mit etwa 75 Millionen DM verschuldet sein. Ich darf an meine Rede auf dem Parteitag am 9. November 1987 in Bonn erinnern, in der ich zum erstenmal und dann auf dem Wiesbadener Parteitag immer wieder auf die dramatische Entwicklung der Parteifinanzien hingewiesen habe. Wir haben — Heiner Geißler, Peter Radunski und ich — angesichts der schwierigen Lage im Februar und März 1988 auf einer Rundreise durch die Bundesrepublik mit Ausnahme von Bayern alle CDU-Landesvorsitzenden, Generalsekretäre und Geschäftsführer der Landesverbände auf die Situation in persönlichen intensiven Gesprächen und unter Vorlage des Zahlenmaterials unterrichtet.

Die Organisationskommission, die Helmut Kohl ins Leben gerufen hat, hat sich unter dem Vorsitz von Heiner Geißler und später in der zweiten Phase von Helmut Kohl ausführlich und detailliert mit der Finanzsituation befaßt. Diese Verschuldungssituation ist also nicht über Nacht über uns hergekommen, sondern ist die Folge einer Entwicklung, über die wir seit Jahren ernsthaft miteinander sprechen und diskutieren.

Die Vermögensbilanz der Union für 1987 sieht so aus, daß Besitzposten von 27,7 Millionen DM Schuldposten von 59,3 Millionen DM gegenüberstehen und daß die Einnahmen von 59,2 Millionen DM durch Ausgaben von 72,5 Millionen DM zu einem Verlust entsprechender Höhe führten.

Ich muß hier daran erinnern, daß die Gesamtfinanzsituation des, wenn ich es

so nennen darf, CDU-Verbundes, also Bundespartei, Landesverbände und nachgeordnete Verbände, nach wie vor ein positives Bild aufweist, daß die Vermögensbilanz positiv ist und daß die Gesamteinnahmen der Partei z. B. aus Spenden in etwa auf dem gleichen Niveau geblieben sind.

Nur was sich total und dramatisch verändert hat, ist die Verteilung der Einnahmen auf die verschiedenen Ebenen der Partei, ist — ich werde das im einzelnen darlegen — insbesondere auch die Verteilung der Kosten — sprich: die Anforderungen, die Aufgabenverteilung —, die sich in einem dramatischen Maße von unten nach oben verlagert haben. Das ist

Bericht des Bundesschatzmeisters Walther Leisler Kiep

im Grunde genommen das Problem, vor dem wir stehen und mit dem wir uns — heute hier und morgen abend in der Diskussion im Rahmen des Berichtes über die Parteiarbeit — auseinandersetzen müssen.

Ich darf an den Anfang meiner Darlegungen die Aussage stellen: Der Einnahmerückgang ist unser Problem, nicht eine Ausgabenexplosion. Ich möchte dies in aller Deutlichkeit und Klarheit gerade als der Redner sagen, der hier nach dem Rechenschaftsbericht unseres ausscheidenden Generalsekretärs zu sprechen hat, damit gar nicht erst der Eindruck entstehen kann, als ob hier etwa die Bundesge-

schäftsstelle durch eine maßlose Ausgabenpolitik die Grundlage für die katastrophale finanzielle Entwicklung gelegt hätte.

Der Grund ist ein Rückgang an Einnahmen, und zwar in besonderer Weise im Bereich der Spenden, in dem wir von 11,3 Millionen DM im Jahre 1980, um ein Beispiel zu nennen, auf 3,7 Millionen DM im Jahre 1987 zurückgefallen sind. Ich brauche die Gründe — ich komme darauf nachher noch kurz zu sprechen — für dieses verschlechterte Klima hier jetzt nicht im einzelnen darzulegen.

Die Spenden insgesamt aber — das muß ich noch einmal unterstreichen —, die Spenden, die der Gesamtverbund CDU in diesen Jahren eingenommen hat, sind konstant geblieben und liegen in der Gesamtheit nach wie vor etwa in einem Bereich von 30 Millionen DM. Nur: Verlagerung weg von oben nach unten, zum Teil auch von den Landesverbänden nach unten auf Kreisverbände und Ortsverbände. Aber das Volumen insgesamt ist im wesentlichen stabil geblieben.

Ein weiterer Grund sind natürlich auch der Mitgliederverlust, den wir gehabt haben, und die Tatsache, daß die Mitgliederbeiträge insoweit rückläufig sind, immerhin in einer Größenordnung, die im Jahre 1989 mit etwa 600 000 DM bei uns zu Buche schlägt.

Ein weiterer Grund ist schließlich: Die öffentlichen Mittel sind auf Grund der Wahlergebnisse erheblich zurückgegangen. Auch das bedarf keiner näheren Erläuterungen. Ich möchte nur erwähnen, daß allein das Ergebnis der Europawahl in diesem Jahr gegenüber dem der letzten Europawahl uns ein Minus von 17 Millionen DM gebracht hat.

Die Bundespartei hat in dem Berichtszeitraum wie auch in den Vorjahren und wie auch im Augenblick eine Fülle von Finanzierungsaufgaben übernehmen müssen. Zwischen 1980 und 1989 haben wir in steigendem Maße auch für unsere Vereinigungen Mittel aufwenden müssen; in dem Zeitraum 1980 bis 1989 etwa 42,7 Millionen DM.

Wir haben im Zeitraum 1980 bis 1988 Modellversuche in der Größenordnung von 2,2 Millionen DM finanziert, aber, was viel wesentlicher ist, im Bereich der elektronischen Datenverarbeitung für die nachgeordneten Gliederungen in dem Zeitraum von 1980 bis 1988 14,2 Millionen DM aufwenden müssen. Und wir haben an Zuwendungen für die Landesverbände in diesem Zeitraum, insbesondere im Zusammenhang mit Landtagswahlen, insgesamt 18 Millionen DM aufgewendet und geleistet.

In dieser Zahl, meine Freunde, ist nicht etwa der personelle Einsatz der Bundesgeschäftsstelle mit Mark und Pfennig enthalten und berechnet, sondern dies sind Leistungen, die die Personalkosten der Bundesgeschäftsstelle nicht beinhalten.

Und wir haben aus dem vorletzten Europawahlkampf, wie Sie alle wissen, 12,7 Millionen DM an Wahlkampfkostenerstattung an die Landesverbände weitergegeben. Summa summarum also: 52,9 Millionen DM Leistungen an die Landesparteien im Zeitraum 1980 bis 1988.

Nun wird behauptet: Die Bundesgeschäftsstelle hat zuviel Geld. Ich möchte Sie daran erinnern — das Zahlenwerk liegt Ihnen zusammen mit meinem

Bericht, den ich hier erstatte, vor —, daß wir 1985 48 Millionen DM, 1986 43 Millionen DM, 1987 46 Millionen DM — ein Bundestagswahljahr —, 1988 42 Millionen DM ausgegeben haben und daß es 1989 41 Millionen DM sein werden, wobei wir beim Vollzug des Haushaltes 1989 in etwa 1 Million DM von dem vorgesehenen Etat sogar noch einsparen werden. Und wir werden uns in unserer Planung — ich darf sagen: im Rahmen unseres Sanierungskonzepts — bis zum Jahre 1994 darauf einstellen müssen, daß sich die Ausgaben für die Bundesgeschäftsstelle — sprich: der Etat der Bundespartei — ab 1991 nur noch auf 36 Millionen DM belaufen. Also, eine erhebliche Reduzierung der Ausgaben.

Die zweite Behauptung, der wir immer wieder begegnen, ist: Die Bundesgeschäftsstelle hat zuviel Personal. Ich darf Sie daran erinnern, daß die Bundesgeschäftsstelle 1976, bereinigt um den EDV-Bereich, 238 Mitarbeiter hatte, 1982 209, 1989 gemäß Stellenplan ebenfalls 209, während es tatsächlich nur 197 sind. Ich darf weiter daran erinnern, daß der Abbau — den wir auf Grund der katastrophalen Finanzlage beschlossen haben — in Höhe von 25 % der Stellen der Bundesgeschäftsstelle bis Ende 1990 dazu führen wird, daß wir nur noch 157 Stellen haben werden, d. h., ein Minus von 52 Stellen gegenüber dem derzeitigen Planstellen-Soll von 209.

Im Rahmen dieser Personalreduzierung sind bereits 11 Stellen gestrichen, 14 werden durch Nicht-Ersatz bei Fluktuation wegfallen, 20 Mitarbeiter hoffen wir auf Grund eines gezeigten Interesses der Konrad-Adenauer-Stiftung oder der Fraktion dort unterbringen zu können. Es bleibt aber für uns die schmerzliche Notwendigkeit, etwa 14 Mitarbeiter bis Ende 1990 zu entlassen. Ich wiederhole noch

einmal: per Ende 1990, in 1991: 157 Stellen.

Und nun möchte ich Ihnen eine kleine Vergleichszahl nennen: Allein das Bundesbauministerium hat 322 Mitarbeiter, das BPA 691 und das BMZ 571. Wer da glaubt, daß diese Bundesgeschäftsstelle über zuviel Personal verfügt, muß sich, meine ich, mit diesen Tatsachen schon auseinandersetzen. Ich darf hinzufügen: Die Reduzierungen, die ich hier darlege, führen zu einer Verminderung der Leistungsfähigkeit der Bundesgeschäftsstelle; das ist völlig klar.

Wir haben sicherlich auch Fehler gemacht. Wir haben mit Sicherheit nicht genügend Energie aufgewandt, um erstattungsfähige Leistungen der Bundespartei von den Landesverbänden auch tatsächlich zurückzubekommen. Und ich meine, daß wir auch einen Fehler bei der Gestaltung von zu aufwendigen Veranstaltungen gemacht haben.

Ich glaube, daß wir auch in Wahlkämpfen hier gelegentlich des Guten zuviel getan haben, etwa dadurch, daß wir z. B. bei großen Veranstaltungen unter einem erheblichen Einsatz von Mitteln Parteifreunde aus entfernteren Orten an den zentralen Veranstaltungsort transportiert haben, um die Halle zu füllen und den Eindruck zu erwecken, daß eine große Massenveranstaltung stattfindet. Sicherlich hat das auch eine positive Wirkung in der Öffentlichkeit. Man muß sich allerdings folgendes vor Augen führen. Erstens: Es kostet sehr viel Geld. Zweitens: Die Männer und Frauen, die an einer solchen Veranstaltung teilnehmen, werden ja im günstigsten Fall von 100%igen zu 150%igen CDU-Anhängern gemacht. Eigentlich muß es aber doch darum gehen, aus unentschiedenen Wäh-

lern solche Wähler zu machen, die entschlossen sind, ihre Stimme der Union zu geben.

Wir haben auch bei den Parteitagskosten — das müssen wir uns ebenfalls vorwerfen, und auch ich muß es mir vorwerfen — des Guten zuviel getan. Ich erinnere Sie daran, daß Sie auf diesem Parteitag schon sehen, daß es ein wenig bescheidener zugeht. Die Folge ist, daß dieser Parteitag etwa 1,5 Millionen DM kostet. Die anderen Parteitage haben demgegenüber im Schnitt 3 Millionen DM gekostet. Wir müssen bei den Kosten der Veranstaltungen, bei den Kosten der Parteitage und auch durch Personalabbau also Konsequenzen ziehen. Wir denken nicht deshalb an einen Personalabbau, weil zu viele Mitarbeiter bei uns beschäftigt sind, sondern deshalb, weil zu wenig Geld da ist, um den Personalapparat zu finanzieren.

Die Sachkosten haben wir im Jahre 1989 um 1 Million DM unter den Haushaltsansatz reduziert. Das wird sich beim Rednereinsatz, wie er von der Bundesgeschäftsstelle betrieben wird, bei der Kongressorganisation und bei der Medienabdeckung auswirken.

Alles dies ist aber noch keineswegs ausreichend. Wenn wir zu einer Konsolidierung und Sanierung der Parteifinanzen kommen wollen, müssen wir darüber hinaus noch andere Schritte unternehmen. Darüber ist in vielen Sitzungen und auch auf Parteitagen diskutiert worden. Der Bundesausschuß hat auf seiner Sitzung im Mai empfohlen, daß der Beitragsanteil der Bundespartei per 1. Januar 1990 von 1 DM auf 1,25 DM, also um 0,25 DM pro Mitglied erhöht werden soll. Ich darf daran

erinnern, daß wir den jetzigen Beitragsanteil der Bundespartei in Höhe von 1 DM seit 1972 haben. Seinerzeit lag der Durchschnittsbeitrag der CDU-Mitglieder bei 3 DM. Heute liegt er zwischen 9 und 10 DM. Der Beitragsanteil der Bundespartei beträgt aber nach wie vor nur 1 DM. Deshalb wird nunmehr empfohlen, diesen Beitragsanteil per 1. Januar 1990 auf 1,25 DM zu erhöhen. Über diese Beschlußempfehlung werden wir morgen abend noch intensiv diskutieren.

Diese Maßnahme muß zusammen mit einer Reihe von Voraussetzungen gesehen werden, die erfüllt werden müssen, wenn das Ziel des Sanierungskonzeptes erreicht werden soll. Wir brauchen natürlich bei den Wahlen im Jahre 1990 und 1994 Wahlergebnisse, die in etwa den jetzigen Ergebnissen, die die CDU erzielt hat, entsprechen. Wenn das Ergebnis bei der Europawahl 1994 für die CDU schlechter ausfallen wird, als es bei der Europawahl in diesem Jahr ausgefallen ist, ergibt sich ein zusätzliches Problem. Eine Voraussetzung sind somit konstante bzw. hoffentlich verbesserte Wahlergebnisse für die CDU. Eine weitere Voraussetzung ist eine konstante Mitgliederzahl, wobei wir von 668 000 Mitgliedern ausgehen. Sehr wichtig ist, wie ich glaube, auch der stabile Fortbestand der Wahlkampfkostenerstattung durch die öffentliche Hand. Ich darf an das Risiko erinnern, das wir im Zusammenhang mit der Normenkontrollklage der GRÜNEN in Karlsruhe sehen müssen.

Wichtig ist ferner eine dramatische Anstrengung der gesamten Partei im Bereich der Spendenwerbung. Wir müssen, wenn wir das für 1994 gesetzte Kon-

solidierungsziel erreichen wollen, im Zeitraum von 1991 bis 1994 33 Millionen DM an Spenden einnehmen. Die Spendensituation ist schwierig. Ich habe darauf schon hingewiesen. Sie hat sich in den letzten Monaten oder sogar Wochen ein wenig verbessert. Es bedarf im Hinblick auf die Bundestagswahl aber einer großen Anstrengung aller — der Mitglieder des Bundesvorstandes wie auch der Landesverbände und aller anderen Gliederungen —, wenn wir das Ziel eines Spendenaufkommens in Höhe von 33 Millionen DM für die Bundespartei tatsächlich erreichen wollen.

Wir müssen die Voraussetzungen im Haushalt der Bundesgeschäftsstelle schaffen. Ich sprach davon, daß die Ausgaben in den Jahren bis 1994 36 Millionen DM nicht übersteigen dürfen. Wir müssen die Ausgaben für den Bundestagswahlkampf 1990 auf 42 Millionen DM begrenzen. Im Doppelwahljahr 1994 — dann stehen Bundestagswahl und Europawahl an — dürfen wir nicht mehr als 50 Millionen DM für die Wahlkämpfe ausgeben.

Nur wenn wir alle diese Voraussetzungen erfüllen, würden wir am Ende der Periode, am 31. Dezember 1994, einen Schuldenaldo verzeichnen können, der immer noch 35 Millionen DM beträgt. Dies ist ein Schuldenstand, der für 1994 in dieser Höhe nicht vertretbar und nicht verantwortlich ist. Wir müssen deshalb — auch dies wird ein Thema der Diskussion sein; dieses Thema hat den Bundesvorstand gestern mehrere Stunden lang beschäftigt — nach unserer Meinung — ich gebe hier sowohl die Meinung von Helmut Kohl wie meine eigene Überzeugung wieder, und ich tue dies mit ausdrücklicher Unterstützung und Zustimmung von Helmut Kohl — den Beitrags-

anteil der Bundespartei zum 1. Januar 1991 um weitere 0,75 DM anheben. Wir müssen dafür sorgen, daß die Kreisverbände und die Betroffenen in dem Zeitraum vom 1. Januar 1990 bis zum 1. Januar 1991 alles ihnen Mögliche tun, um sich auf diese zusätzliche Belastung, deren Bedeutung und zugleich Problematik ich sehr wohl sehe, vorzubereiten.

Es ist unsere Absicht — auch darüber wird morgen abend diskutiert werden —, sehr schnell eine Kommission zu bilden, der je ein Vertreter aus den Landesverbänden angehört, die zusammen mit uns, zusammen mit den Rechnungsprüfern bis zum 1. Februar 1990 die Lage, weitere Einsparungsmöglichkeiten und mögliche Aufgabenteilungen untersucht und dem nächsten Parteitag dann Empfehlungen unterbreitet, über die 1990 sodann diskutiert und entschieden werden muß, damit die entsprechenden Maßnahmen am 1. Januar 1991 in Kraft treten können.

Wenn wir die erwähnten Maßnahmen durchführen, würden wir am 31. Dezember 1994 einen Schuldenstand von 12 Millionen DM haben. Ich glaube, dies wäre angesichts des per ultimo dieses Jahres zu erwartenden Schuldenstandes von 75 Millionen DM ein Ergebnis, das man sehr wohl als Sanierung und Konsolidierung in einem gerade noch vertretbaren Rahmen bezeichnen könnte. Ich darf Sie, die Sie diesen sicherlich eher unerfreulichen Ausführungen zuhören, sehr herzlich bitten, zur Kenntnis zu nehmen, daß wir die Funktionsfähigkeit der Bundesgeschäftsstelle in dieser schwierigen Finanzlage bis zum Ende des Wahljahres 1990 nur deshalb — und zwar mit großer Mühe — haben sicherstellen können, weil wir einen zusätzlichen Kredit von 15 Millionen DM aufgenommen haben. Daraus resultiert der Schuldenstand von 75 Millionen DM.

Wir legen mit den Entscheidungen, die jetzt anstehen, den Grundstein für die Funktionstüchtigkeit und Funktionsfähigkeit der Partei für das Superwahljahr 1990 mit all den Landtagswahlen und mit der Bundestagswahl im Dezember nächsten Jahres.

Ich sagte vorhin zu dem Thema Spenden, daß ich nicht im einzelnen darzulegen brauche, warum die Spendenfreudigkeit auf Bundesebene und zum Teil auch auf Landesebene so stark zurückgegangen ist. Das hat zu tun mit den Verfahren, die gegen die Spender der Union in einem großen Umfang stattgefunden haben und auch noch stattfinden. Ich darf nur noch einmal zu Ihrer Erinnerung darauf hinweisen, daß die Bundespartei CDU durch ein von der Landesregierung Niedersachsen bewirktes Bundesverfassungsgerichtsurteil die Spendenfinanzierung gemäß diesem Urteil 1979 umgestellt hat. Die CDU-Bundespartei war die einzige Partei in der Bundesrepublik Deutschland, die diesen Schritt weg von der indirekten Parteienfinanzierung hin zu einer Parteienfinanzierung aus versteuerten Spenden tatsächlich vollzogen hat.

Die Spender für die Parteien haben sich mit ihren Spenden nicht bereichert, sie haben der Union bei der Erfüllung ihrer Aufgaben helfen wollen und geholfen. Dafür sind wir unverändert dankbar.

Ich möchte Sie alle heute daran erinnern, daß wir am 20. April 1983 auf meine Initiative hin ein Gespräch mit den beteiligten Staatsanwälten in Bonn hatten und daß ich in diesem Gespräch angesichts der drohenden Lawine von Spendenverfahren gegen mehr als 1 000 Spender der Staatsanwaltschaft das Angebot unter-

breitet habe, sie möge doch ein Verfahren gegen die Bundespartei CDU und gegen mich als Schatzmeister in Gang setzen, eine Art Musterprozeß, um nach dem Ausgang dieses Verfahrens zu entscheiden, ob es tatsächlich gerechtfertigt ist, gegen eine so große Zahl von Spendern gerichtlich vorzugehen. Dies war 1983 am 20. April. Heute ist das Jahr 1989 schon zum größten Teil vorbei, und die Verfahren laufen immer noch weiter.

Ich möchte zum Schluß meiner Ausführungen hier noch einmal in aller Deutlichkeit, aber ohne jedes Pathos, unsere Solidarität mit unseren Spendern und insbesondere mit denjenigen, die angeklagt und verurteilt wurden, bekunden. Ich möchte stellvertretend für alle anderen — und die Zahl ist groß — hier Helmut Eberspächer und Hans Merkle namentlich nennen.

Ich möchte Sie am Ende meines Berichts hier herzlich bitten, daß wir morgen abend ein offenes und klares Gespräch untereinander führen können. Ich möchte Sie alle bitten, daß Sie bei Ihren Diskussionsbeiträgen, bei Ihren Meinungsäußerungen, bei Ihrer Kritik sich immer wieder der Tatsache bewußt bleiben, daß diese Helmut Kohl heute morgen und Heiner Geißler heute nachmittag gesprochen haben, überhaupt zu erfüllen. Es geht um unsere gemeinsame Partei, es geht um unsere gemeinsame Sache. Wir müssen auch für die Außenwelt, für diejenigen, die uns hier beobachten, über jeden Zweifel erhaben klarmachen, daß wir auch in Gelddingen eine solidarische Gemeinschaft sind.

Helmut Kohl: Wir haben unbeirrt und unverändert Kurs gehalten

Wir haben jetzt eine vielstündige, intensive Diskussion miteinander gehabt. Wer vorher die Frage stellte, ob wir eine diskutierende Partei seien, der kann sich aufgrund des Ablaufs dieser Diskussion die Antwort selbst geben. Für mich gehört dies ganz selbstverständlich zum Leben einer demokratischen Partei. Ich finde, es ist gänzlich unnötig, daß wir es unentwegt betonen: Wir sind eine offene, eine diskutierende Partei.

Ich habe natürlich auch viel Kritik gehört — das ist völlig in Ordnung —: Kritik, die für mich sehr gewichtig und nachdenkenswert ist, Kritik, die gelegentlich auch etwas leichtfertig war. Aber auch das gehört zum Wesen einer solchen Diskussion.

Daß wir eine diskutierende Partei sind, daß wir eine Volkspartei sind, hat auch etwas mit dem Helmut Kohl zu tun, der jetzt vor Ihnen steht. Denn als ich Parteivorsitzender wurde, war das überhaupt nicht der Stil unserer Partei. Deswegen will ich dem einen oder anderen, der sich an der Debatte beteiligt hat, doch sagen: Sie können mir eine Menge nachsagen, aber daß ich Diskussionen scheue, das können Sie mir beim besten Willen nicht nachsagen.

Die CDU Deutschlands ist in den letzten beiden Jahrzehnten nicht zuletzt unter diesem Parteivorsitzenden eine diskutierende Partei geworden.

Was soll eigentlich die Besorgnis, wir würden ein „Kanzlerwahlverein“? Das waren wir vor 1969. Wir haben lange Zeit hindurch untereinander über dieses Thema diskutiert. Es war ein großes Thema meines Freundes Hermann Josef Dufhues; ich könnte noch andere nennen. Wir haben uns dann aufgemacht zu neuen Ufern, und ich bin hier zu Recht zitiert worden mit dem Ausspruch, es gehe darum, eine diskutierende Partei zu werden. Wir sind kein Kanzlerwahlverein. Lassen Sie sich doch diesen Unsinn nicht einreden! In keinem wichtigen Sachbereich ist dieser Beweis anzutreten.

Konformismus war nie meine Politik. Wenn ich die letzten sieben Jahre — meine Amtszeit als Bundeskanzler — überblicke, kann ich nicht entdecken, daß ich mich feige, opportunistisch oder konformistisch weggeduckt hätte. Ein Teil unseres Problems — auch bei den Wahniederlagen — ist doch die Tatsache, daß wir unseren Bürgern eher zuviel als zuwenig abverlangt haben. Das ist doch eine der Erfahrungen, die wir — und

Nach einer sehr lebhaften und z.T. kontrovers geführten Diskussion über die Berichte von Helmut Kohl und Heiner Geißler nahm noch einmal der Parteivorsitzende das Wort und setzte sich mit den wichtigsten Punkten der Kritik auseinander.

nicht zuletzt ich — in diesen Jahren gemacht haben.

Wenn ich diese Jahre überblicke und jetzt die Mahnung höre, die Partei müsse in der Mitte bleiben, dann frage ich mich: Wer in diesem Saal hat denn mehr als ich seine politische Existenz in ungezählten Situationen aufs Spiel gesetzt? Ich war genau fünf Monate Parteivorsitzender — 1973 —, als eine ungeheure Woge durch die Partei ging: Damals war paritätische Mitbestimmung die Forderung des Tages. Das wäre ein „Linksruck“ gewesen.

Viele von Ihnen waren doch in Hamburg dabei, als ich Ihnen gesagt habe: Die Mehrheit kann das beschließen, aber Sie müssen sich gleichzeitig einen anderen Parteivorsitzenden suchen. — Ich bin in der Mitte geblieben und ich brauche von niemandem Nachhilfeunterricht, was politische Mitte ist. Lassen Sie mich das hier auch einmal in aller Deutlichkeit angesichts dieser Debatte sagen.

Da gab es eine andere Zeit: Ende 1979 bis hin zur Kanzlerkandidatur für die Bundestagswahl 1980. Da sind die Propheten von der anderen Seite gekommen. Sie kennen sie alle noch, soweit Sie dabei waren. Es gab leidenschaftliche Debatten, Abstimmungen in der Bundestagsfraktion. Da hieß es: Man muß die Partei nach rechts orientieren. — Wir haben das nicht getan. Wir haben Kurs gehalten. Ich will die Begründung dafür gar nicht weiter geben.

Übrigens: Damals, bei dieser so schwierigen Wahl, war manches für mich menschlich nicht so einfach zu ertragen. Wir haben klar Kurs gehalten, weil wichtige Teile unserer Partei — wie die Sozialausschüsse und die Junge Union — mitgemacht haben, Kurs gehalten haben.

Lassen Sie sich von diesem oder jenem Magazin oder von sonst jemandem, der bei manchen von uns

eine viel zu große Reputation hat — bei mir übrigens nicht —, doch nicht einreden, daß wir den Kurs der Union verändern. Das ist doch unsere Partei, in der wir viele Jahre — bei manchen sind es auch Jahrzehnte — leben.

Ich bin schon erstaunt, wenn man in der Debatte sagt, daß ich bei meinen Personalentscheidungen, die ich zu treffen und zu verantworten habe, konformistisch vorgehe. Ich will jetzt keine Geschichtsforschung machen — aber nicht wenige von denen, die heute hier geredet haben, sind doch von mir einmal berufen worden.

Es war nie meine Art, mich dieser Dinge zu berühmen, aber es mutet mich schon sonderbar an, daß der eine oder andere hier von Fairneß geredet und diese Tatsachen dabei einfach ignoriert hat. Ich gehöre nicht zu denen, die sich gegenüber jemandem, den sie berufen haben, auf irgendwelche Dankespflichten berufen. Ich erwarte nur, und zwar von jedermann, daß er das alles im Ganzen — und nicht nur im Detail — würdigt.

Wir haben Kurs gehalten — ich will es noch einmal sagen —, so schwer dies war — auch in der Koalition. Wo hat sich denn das Profil der Union, der CDU oder der Koalition, sozusagen im Nebel verloren?

Es gibt allerdings einen Punkt, den ich als schmerzlich empfinde und der hier von mehreren Rednern zu Recht angemahnt wurde. Das ist die Auseinandersetzung und der Kampf um das Lebensrecht des ungeborenen Kindes. Hier sind wir nicht weitergekommen, und das ist in der Tat eine Frage, die mit dieser Koalition zusammenhängt.

Bloß: Ich will dabei gleich warnen. Ich sehe auch keine andere Koalition, mit der dieses Problem in einer für uns überzeug-

genden Weise zu lösen ist; denn mit dem, was sich da in Sachen rot-grün zusammenbraut, können Sie über diese Frage überhaupt nicht sprechen — das muß jedermann klar sein.

Schauen Sie sich doch ein paar elementare Beispiele aus den vergangenen sieben Regierungsjahren an. Ich bin stolz darauf, daß ich in der Kontinuität Adenauers stehe, daß wir Europa weitergebracht haben. Das ist doch ein Kapital. Hier haben wir doch bei niemandem Anleihen genommen. Die Ära Schmidt, die Ära Brandt hat auf diesem Wege doch überhaupt nichts erbracht. Wir waren der Motor in diesen Jahren.

Es war doch nun wahrlich unsere Politik und es trug unsere Handschrift, daß sich die Beziehungen und die Freundschaft zu Frankreich wieder in einer Weise darstellen, wie wir es uns besser nicht hätten vorstellen können.

Die französischen Sozialisten waren bei der Europawahl vielleicht weitsichtiger als der eine oder andere in einem Landesverband der CDU. Die haben den Helmut Kohl auf ihrem Wahlplakat abgebildet. Die Unterzeile zu diesem Plakat lautete: Frankreich wird größer durch Europa. Ich kann nur sagen: Kluge Leute! Ich wünsche mir, daß einige in unserer Partei genauso klug werden.

Thema Abrüstung: Welche Handschrift gab es da, wenn nicht unsere Handschrift? Eines Morgens gab es eine Zusammenrottung vor dem Adenauer-Haus von ein paar Zusammengekartten, die vorgaben, im Namen der CDU zu sprechen. Sie haben erklärt, wir müßten in der Stationierungsdebatte umfallen und nachgeben. Wir haben es nicht getan.

Was habe ich im Januar und Februar vor dem NATO-Gipfel im Blick auf die dritte Null-Lösung nicht alles gehört, auch in unserer Partei? Etwas anderes sei nicht mehr durchsetzbar. Liebe Freunde, wenn die Außen- und Sicherheitspolitik zu einer Funktion der Innenpolitik wird, genauer gesagt: zu einer Funktion der jeweiligen Demoskopie, sind Frieden und Freiheit unseres Landes auf Dauer verspielt. Das ist eine der großen Erfahrungen, die wir gemacht haben.

Die Beschlüsse des NATO-Gipfels trugen unsere Handschrift. Ich sage dies selten: Es war auch die meine. Wenn Sie nachlesen, was im Februar, im März, im April und im Mai zu diesem Thema geschrieben und diskutiert worden ist, dann werden Sie feststellen: Wir haben uns durchgesetzt, niemand anderes, auch niemand anderes in der Bundesregierung — um das klar und für jedermann deutlich erkennbar zu sagen.

Die Beziehungen zu den Ländern in Ost-, in Mittel- und Südosteuropa: Was da geschah und geschieht, das trägt doch wirklich unsere Handschrift. Wir haben nichts von unseren Prinzipien aufgegeben. Ich habe heute früh das Dokument, das Michail Gorbatschow und ich in Bonn unterschrieben haben, zitiert. Das war Geist von unserem Geist. Da war von Menschen- und von Bürgerrechten die Rede.

Was heißt eigentlich: unsere Handschrift in Sachen Deutschland? Ich will einmal in Erinnerung rufen: Auch diese Partei hatte vor Beginn meiner Amtszeit zwar nicht mit Beschluß, aber beiläufig vergessen, ihren Parteitag mit dem Deutschlandlied zu beschließen. So war das.

In unserer eigenen Partei gab es nicht wenige — vor allem jene, die als „Querdenker“ oder als „Vordenker“ bezeichnet werden, die das Thema Deutschland auch aufgegeben hatten, weil es nicht mehr opportun war, davon zu reden. Ich erinnere mich an die Wahlkampfauseinandersetzung 1976, wo einer wie ich, der vom deutschen Vaterland sprach, als ein ewig Gestriger, als ein tumber Tor abgetan wurde. Das haben wir doch alles hinter uns gebracht. Dann brauche ich hier nicht mit Ihnen gemeinsam die Frage zu diskutieren, ob wir unsere Handschrift in die deutsche Politik hineingebracht haben.

Thema Umwelt: Was haben wir denn 1982 vorgefunden? Viele von denen, die uns jetzt sagen, das hätte alles schneller gehen müssen, sollen sagen, wie wir das 1982/83 angesichts einer katastrophalen wirtschaftlichen Talfahrt bezahlt hätten. Sie können nur dann vernünftige Umweltpolitik betreiben, wenn Sie zuvor auch eine vernünftige Wirtschafts- und Finanzpolitik gemacht haben.

Gelegentlich habe ich bei unseren Debatten den Eindruck, als sei einer der Kernsätze Ludwig Erhards wieder dabei, in Vergessenheit zu geraten: nämlich, daß das Geld erst verdient werden muß, bevor es ausgeben wird.

Wenn ich sehe, was Fritz Zimmermann begonnen hat, der in Fragen Katalysator-Auto oft sehr ungerecht behandelt wurde, wenn ich sehe, was dann Walter Wallmann und was jetzt unser Freund Klaus Töpfer auf diesem Felde getan haben und tun: In der EG oder auf dem Weltwirtschaftsgipfel höre ich immer nur, die Deutschen verlangen zuviel; die Deutschen wollen immer eine Pilotfunktion übernehmen. Wenn das wahr ist, dann

braucht hier nicht einer ans Pult zu treten, wie es eben geschehen ist, und mir zu sagen, daß wir der Entwicklung hinterherhinken. Wer handeln muß, wer Verantwortung hat — das weiß ich aus meiner Zeit als Oppositionsführer —, dessen Aussage hat ein völlig anderes Gewicht als die von dem, der Forderungen einfach erhebt.

Aber wir haben das Tor weit aufgestoßen. Wir haben es nicht nur im Materiellen getan, wir haben es auch im Psychologischen getan. Denen, die mir dauernd sagen: „Du mußt dann eben Alleingänge in der EG machen“, kann ich nur entgegenhalten: Wir können nicht in Sachen Export in die EG auf EG-Gemeinsamkeit pochen und dann, wenn es uns in einem anderen Zusammenhang gerade paßt, aussteigen.

Ich habe erlebt, wie ein Mann, den ich hoch schätze, mit dem ich freundschaftlich verbunden bin, wie der französische Staatspräsident François Mitterrand vor fünf, sechs Jahren große Probleme hatte, zu glauben, daß das Waldsterben auch über den Rhein hinweg das Elsaß und Lothringen erreichen könnte. Das geschah dann. Wir haben unsere Probleme mit unseren Partnern gehabt, etwa mit meiner britischen Kollegin bei unseren Gesprächen darüber, daß die Situation in der Nordsee und in den Meeren inakzeptabel ist.

Auch wir haben für unseren Lernprozeß Zeit gebraucht. Jetzt muß ich das den Kollegen fairerweise auch zugestehen. Lesen Sie das Dokument vom Weltwirtschaftsgipfel vom Sommer dieses Jahres. Ich kann nur sagen: Wir sind so weit vorgekommen, wie es unter den gegebenen Verhältnissen möglich war. Wenn

auch wir jetzt im Land herumlaufen und auch noch den jungen Leuten in den Discotheken sagen, wir täten nichts, dann haben sie Grund, das zu glauben. Wenn wir denen aber einmal sagen, was wir tatsächlich tun, etwa in Sachen Ozonloch, in Sachen Regenwald, wenn wir einmal fragen, wer noch außer uns einem Land wie Kenia die Schulden gestrichen hat, damit dieses Geld dort zur Rettung der Regenwälder verwendet wird, dann haben Sie Argumente, daß wir in Europa und in der Welt wirklich eine Pilotfunktion wahrnehmen.

Da ist das Thema Familie: Natürlich will auch ich — wie Sie — mehr Mittel dafür aufwenden. Aber ich sage Ihnen: Ich glaube nicht, daß wir der Familie helfen, wenn wir nicht eine vernünftige Balance in der Wirtschafts- und Finanzpolitik erhalten. Es nützt uns überhaupt nichts, wenn wir in einem Augenblick, wo die Steuerquellen besser sprudeln, glauben, wir dürften uns eine Politik des leichten Geldes erlauben.

Glauben Sie mir — darüber wird nicht viel geredet — : Unsere Wählerinnen und Wähler haben einen feinen Sinn dafür, wie wir mit dem Staatshaushalt umgehen — ob wir Leute sind, bei denen die DM in guter Hand ist. Wenn es am Ende darauf ankommt, ist das eines der stärksten und durchschlagkräftigsten Argumente auch bei einer Wahl: daß wir die Wirtschaft und die Finanzen unseres Gemeinwesens in Ordnung gebracht haben.

Noch ein Wort zu Heiner Geißler: Das, was ich zu ihm persönlich zu sagen habe, habe ich gesagt. Ich muß Ihre Kritik ertragen. Ich akzeptiere sie in einigen Punkten, in anderen nicht. Ich akzeptiere

die Auslegung unserer Satzung, die hier vorgenommen wurde, nicht. Das ist ganz und gar nicht der Sinn dieser Bestimmung. Ich habe meine Gründe genannt. Ich habe nicht die Absicht, weiter darüber zu sprechen, was sich für dieses Amt in einem speziellen Vertrauensverhältnis zwischen Heiner Geißler und mir entwickelt hat. Wie immer im Leben liegt die Schuld nicht nur auf einer Seite. Ich sage das bewußt auch an meine eigene Adresse.

Ich habe mich zu den vielen Dingen, die in der Öffentlichkeit herumgeisterten, nicht weiter geäußert. Ich sage nur: In dieser speziellen Aufgabenteilung zwischen dem Parteivorsitzenden und dem Generalsekretär — darum geht es — bin ich nach Nachdenken und auch nach schwierigen und bitteren Überlegungen zu dem Ergebnis gekommen, das ich dann öffentlich vorgetragen habe.

Ich habe dabei ehrlich gehandelt. Ich bin nicht vor Sie hingetreten und habe gesagt: Jetzt kehre ich ein Problem unter den Tisch. Ich hätte es mir viel leichter machen können, auch heute hier bei Ihnen. Ich habe das nicht gemacht. Deswegen bleibe ich bei meiner Entscheidung.

Ich bin dafür, daß Heiner Geißler in einer wichtigen Funktion in der Partei mitarbeitet: er ist ein guter Mann, und wir brauchen ihn. Aber — das füge ich hinzu, weil auch das gesagt worden ist — : Wir haben viele gute Leute, und ich bin der letzte, der das nicht bei jeder Gelegenheit herausstellt. Ich bin auch einer der ganz wenigen, die ihre Freunde in der Partei öffentlich zu loben pflegen. Das ist übrigens ein Beispiel, wo viele noch Nachholbedarf haben.

Und ich bin natürlich für Teamarbeit. Was haben Sie eigentlich für eine Vorstellung von meinem Alltag, wenn Sie glauben, Sie müßten mir das vorschlagen? Ich bin um jeden froh, der Arbeit übernimmt, und zwar in allen Bereichen. Das gilt für die Bundesregierung wie auch — ganz selbstverständlich — im Amt des Parteivorsitzenden.

Und etwas anderes möchte ich doch auch einmal sagen, zumal ja viele Zeugen dafür hier im Saal sitzen. Ich habe dieses Amt des Parteivorsitzenden in den 16 Jahren weder in meiner Zeit als Ministerpräsident von Mainz noch als Oppositionsführer noch als Regierungschef der Bundesrepublik Deutschland als ein Nebenamt betrachtet. Wer mit mir zu tun hat, weiß das. In letzter Zeit haben viele Damen und Herren über viele Stunden immer Gelegenheit gehabt, in der Organisationskommission mit mir zusammenzuarbeiten. Ich war immer da, ich habe mitgearbeitet, weil dies doch meine Partei ist, weil es ein Stück meines Lebens ist. Wer dabei war, weiß doch: dies ist kein Parteivorsitzender — verglichen mit anderen Beispielen —, der von einem „geschäftsführenden Parteivorsitzenden“ eine Unterstützung braucht.

Hier gibt es viele, die eine Menge von der Partei verstehen. Aber ich bin einer davon. Weil das so ist, werde ich mich selbstverständlich auch in Zukunft intensiv um unsere Partei kümmern.

Es ist einmal ein Ton in der Debatte gewesen, den ich nicht akzeptieren kann. Es war eine Anmerkung zu Volker Rühle. Als Heiner Geißler vor zwölf Jahren Generalsekretär wurde, war er ein ausgewiesener Mann der Sozialpolitik. Damals gab es viele Leute — bei uns gibt es immer viele Leute, die Entscheidungen kritisieren —, die sagten: der Mann ist ja völlig einseitig, und anderes wurde auch

gesagt. Wie kommen wir eigentlich dazu, bevor Volker Rühle überhaupt gewählt ist, schon die Frage aufzuwerfen, ob er „einseitig“ sei. Der Mann hat hervorragende Arbeit in einem Landtag geleistet — im Bereich der Wissenschafts-, Bildungs- und Schulpolitik. Er ist jetzt viele Jahre maßgeblich in der Außen-, Sicherheits- und Deutschlandpolitik tätig.

Und damit das ganz klar ist: Für mich als Vorsitzenden der CDU Deutschlands ist die Außen- und die Sicherheitspolitik genauso wichtig wie die Sozialpolitik. Auch das muß einmal klar und deutlich ausgesprochen werden.

Jetzt kommt Volker Rühle in ein neues Amt. Geben Sie ihm doch eine Chance! Ich habe heute dauernd von unseren Prinzipien reden hören, und eines der christlichen Prinzipien ist Sachgerechtigkeit. Das heißt auch: Der Mann muß seine Chance haben. Wir können ja auf dem nächsten Parteitag darüber reden, ob er jetzt nur noch Raketen zählt oder ob tatsächlich seine Parteiarbeit so ist, wie ich sie von ihm erwarte. Dann hat die Kritik einen Grund und auch einen Sinn.

Ich freue mich darüber, daß wir jetzt in der Parteiführung in einer offenen — und das ist mein Angebot an jedermann —, in einer freundschaftlichen Weise miteinander reden. Wenn jemand etwas auf dem Herzen hat, dann soll er — das machen ja viele — mir schreiben und mit mir reden. Reden Sie mit mir, nicht über mich. Das ist meine einzige Bitte, die ich in diesem Zusammenhang habe.

Ich bin auch in 16 Jahren Amtsführung als Parteivorsitzender kein Denkmal geworden. Ich stelle mich der Kritik. Und

im übrigen — das will ich auch einmal sagen —: Gibt es denn hier einen im Saal, der auch nur annähernd soviel Kritikerfahrung hat wie ich? Auch das wird man doch wenigstens einmal sagen dürfen.

Und weil das so ist und weil ich mich dessen nicht rühme, sondern weil es nach meiner Überzeugung dazugehört, weil es um meine Partei geht — nicht im Sinne eines Besitzpronomens; das ist nicht meine Art —, „meine“ Partei, was das Herz und den Verstand betrifft: deshalb stelle ich mich nicht nur der Diskussion, sondern auch der Verantwortung.

Wissen Sie, wenn man das Glück hat — bei allem Ärger ist das ja auch ein Glück —, sieben Jahre Kanzler der Bundesrepublik Deutschland sein zu dürfen, getragen von Ihrem Vertrauen und getragen vom Vertrauen unserer Wähler, dann gibt es immer wieder Stationen, wo es ganz dick kommt, wo man sich die Frage stellt: „Warum machst du das, hast du das eigentlich nötig? Wäre es denn nicht an der Zeit, Schluß zu machen?“ Denn Sie wissen ja: Kanzler, die abtreten in der Bundesrepublik Deutschland, sind in kürzester Zeit auf dem Weg zur Ehre der politischen Altäre. Ich könnte mir sogar gewisse Magazine vorstellen, die dann wieder einmal eine positive Titelgeschichte über einen machen, und darin würden sie plötzlich vieles von dem gut finden, was jahrelang als miserabel dargestellt wurde.

Aber das allein ist schon ein Grund, zu bleiben, damit diese Titelgeschichte ein- weilen noch ausbleibt. Aber das ist eine ganz andere Frage.

Aber was mich wirklich umtreibt — Ernst Albrecht hat das sehr gut formuliert —, was uns eigentlich doch alle im Augenblick umtreiben muß — ungeachtet unseres Ärgers

mit — oder untereinander —: Was ist denn eigentlich die Alternative? Können wir jetzt, in dieser schicksalhaften Situation, angesichts der Veränderungen in Ost wie in West — 1992 zum Beispiel steht der europäische Binnenmarkt vor der Tür —, können wir jetzt den anderen — unseren politischen Gegnern — die Verantwortung dafür überlassen? Ich finde: nein!

Ich bin damals, nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, als Schüler zu den ersten Versammlungen der CDU gelaufen und habe gehört, was die großen Alten — von Jakob Kaiser bis Karl Arnold — uns sagten. Für damalige Verhältnisse stand ich ja „links“. Ich konnte mir nicht vorstellen, daß ein 73jähriger Kanzler wird. So dachten die meisten jungen Leute damals, und Konrad Adenauer kannten wir noch gar nicht. Wir waren aber vor allem — auch als ganz junge Leute — von einem bestimmten Gedanken geprägt. Wir sagten: Das, was geschehen ist, darf nie wiederkommen. — Es kommt auch nicht wieder. Aber es können andere Versuchen — auch in anderen Gewändern, auch in unserer Wohlstandsgesellschaft — auf uns zukommen. Es war heute von den radikalen Gruppen von rechts und links die Rede. Das ist so ein Beispiel dafür.

Und als ich das alles zusammengezählt hatte, Plus und Minus, bin ich für mich zu dem Ergebnis gekommen, daß ich heute wieder kandidiere und daß ich 1990 auch wieder für das Amt des Bundeskanzlers kandidiere. Ich habe die Hoffnung, daß ich es mit Ihrer Hilfe schaffen kann. Ich will es — und ich denke, Sie auch.

(Lang anhaltender, lebhafter Beifall)

Volker Rühle: Die Generation der Zukunft für uns gewinnen

Winston Churchill soll einmal gesagt haben, das Schwierigste bei einer Rede sei der Anfang. Ich muß sagen, daß ich damit heute überhaupt keine Probleme habe. Mein erster Satz kann nur lauten:

Die CDU Deutschlands ist Heiner Geißler zu großem Dank verpflichtet. Ich füge ganz persönlich hinzu: Ich bin stolz, daß ich als sein Nachfolger im Amt des Generalsekretärs vorgeschlagen worden bin.

Für die Unterstützung, die er mir schon vor einigen Tagen und auch heute hier zugesagt hat, bin ich sehr dankbar. Dankbar bin ich natürlich auch für die 10 Flaschen Wein, lieber Heiner Geißler. Ich hoffe nur, daß es trockener Wein ist. Ich habe in dieser Hinsicht meine Erlebnisse im Pfälzischen gehabt. Ich war vor einigen Jahren mit meiner Frau unterwegs, um bei Winzern Wein zu kaufen. Ein Winzer hat mich nicht gefragt, was für

Rede von Volker Rühle vor seiner Wahl zum neuen Generalsekretär

Wein — QbA, Kabinett, Auslese usw. — ich haben möchte. Er hat nur gefragt: Wo kommen Sie denn her? Ich sagte: Aus Hamburg. Daraufhin erwiderte er: Aha, dann weiß ich etwas für Sie. — Er ging fort, kam zurück und brachte den süßesten Wein überhaupt; es war schon mehr Sirup. Als wir dann sagten, daß er uns nicht schmecke, antwortete er: Dann können Sie nicht aus Hamburg kommen. Dazu kann ich nur sagen: So kann man sich in den Hamburgern täuschen.

Eine wichtige Aufgabe des neuen Generalsekretärs wird es sein, das umzusetzen, was wir auf diesem Parteitag zum Thema „Moderne Parteiarbeit in den 90er Jahren“ beschließen. Damit schaffen wir eine wichtige Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit der CDU als Volkspartei der Mitte in den 90er Jahren.

Politische Überzeugung und Ideen müssen im öffentlichen Bewußtsein durchgesetzt werden. Dazu braucht es die Schlagkraft einer guten Organisation, moderne Formen der Parteiarbeit, vor allem aber den Einsatz aller unserer Mitglieder.

Wir brauchen den Einsatz aller unserer Mitglieder

Letztlich entscheidet eben nicht die Menge des gedruckten Papiers über unsere Schlagkraft, sondern unsere Überzeugungsfähigkeit im Gespräch mit unseren Mitbürgern. Nur gut informierte, in den Entscheidungsprozeß voll einbezogene CDU-Mitglieder sind auch überzeugte, selbstbewußte und vor allem überzeugende Vertreter unserer politischen Botschaft.

Überzeugungsfähigkeit setzt das Gespräch und den Dialog, setzt vor allem Zuhören voraus. Zuhören, in der Sache offen und, wenn nötig, streitig diskutieren, Meinungen zusammenführen und klare Entscheidungen mit Mannschaftsgeist nach außen vertreten — in dieser Weise sollten wir als Partei arbeiten. Ein Weihrauchfaß gehört nicht zu den Insignien eines Generalsekretärs. Nur wenn wir eine offene, diskussionsfreudige Par-

tei sind, so wie wir das heute bewiesen haben, können wir unsere Regierung nicht nur erfolgreich unterstützen, sondern ihr auch den Weg in die Zukunft bahnen.

Unsere Mitbürger wollen eben nicht nur wissen, was wir erreicht haben. Sie wollen vor allem wissen, wie wir uns die Zukunft vorstellen, wie wir künftigen Herausforderungen begegnen. Wir haben erfolgreich gearbeitet, aber wir müssen uns jetzt auch das Mandat für die Lösung der Zukunftsaufgaben unseres Landes erkämpfen.

Dieses wird uns allerdings nicht gelingen, wenn wir nicht wieder stärker auch jüngere Wähler für die CDU gewinnen.

Wenn uns heute in manchen Städten weniger als ein Drittel der jungen Menschen wählen und wenn nur 7 % unserer Mitglieder jünger als 30 Jahre sind, dann ist das ein Alarmsignal ersten Ranges.

Die Freude über das großartige politische Engagement der Älteren darf nicht diese tiefgreifende Sorge um die organische Weiterentwicklung unserer Partei überdecken. Wenn unten die Wurzeln absterben, hat diese Partei auch keine Zukunft. Deswegen müssen wir dafür sorgen, daß sich dieses in den nächsten Jahren ändert.

Als Volkspartei brauchen wir eben nicht nur alle Bevölkerungsgruppen, sondern auch alle Altersgruppen.

Unsere Partei erbringt zwar die größten Leistungen für die Zukunft, aber jetzt muß es auch darauf ankommen, daß die Generation der Zukunft von uns gewonnen wird. Deswegen müssen wir unsere Perspektiven und Visionen noch sehr viel deutlicher machen. Diese Aufgabe, so meine ich, kann unsere Partei nicht länger der Jungen Union und dem RCDS allein überlassen, die mit einem bewundernswerten Einsatz und mit viel Idealismus kämpfen. Dieses Problem gehört in

die Mitte der Partei. Es geht jeden von uns an. Dieses müssen wir in den nächsten Jahren gemeinsam mit den jungen Leuten in der Partei leisten.

Wir müssen auch unsere Verankerung bei den Arbeitnehmern verstärken. Gerade Betriebsarbeit und Betriebsratswahlen können in ihrer Bedeutung gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Aus meiner Wahlkreisarbeit in Hamburg-Harburg, einem Hamburger Industrievorort, weiß ich, wie schwer es unsere Freunde in den Sozialausschüssen vor Ort haben. Bei ihrer schwierigen Arbeit dürfen wir sie nicht allein lassen.

Ich will ein weiteres Problem unserer Arbeit kurz ansprechen. Wir müssen mehr Frauen für uns gewinnen. Frauen müssen stärker als bisher erfahren, daß sie von der CDU in ihren unterschiedlichen Lebensentwürfen verstanden werden. Die Vielfalt der Lebenspläne von Frauen von heute ist nicht eine Folge von Politik, sondern sie ist die Reaktion auf veränderte Lebensbedingungen. Wir sollten endlich einsehen, daß ein Tag im Büro oder an der Werkbank nicht zu einer kompetenteren Betrachtung der Welt führt. Erfahrungen, die wir in der Familie und mit der Erziehung unserer Kinder machen, sind oft sehr viel lebensnäher. Das gilt übrigens auch für Männer.

Die Stärke einer Volkspartei ist ihre gut funktionierende Basis. Ich will in den nächsten Wochen und Monaten eine Aktion „Zuhören“ durchführen, denn Bürgernähe muß auch innerparteilich praktiziert werden. Deshalb will ich soviel wie möglich Kreisverbände selbst besuchen. Ich werde dabei nicht mit fertigen Rezepten kommen, sondern mit der Bereitschaft, dazuzulernen.

Die Union steht bundesweit vor einer

harten Zeit der Bewährung. Vor uns liegen sieben Kommunal- und Landtagswahlen und schließlich Ende 1990 die Bundestagswahlen. Gemeinsam mit unseren Freunden in der CSU wollen wir sie erfolgreich bestehen. Wir müssen das Bewußtsein dafür stärken, daß diese Wahl eine grundsätzliche Weichenstellung für den Weg der Bundesrepublik Deutschland bedeutet. Die SPD ist schon heute eine ganz andere Partei. Wenn im nächsten Jahr die letzten Schmidt-Getreuen die SPD-Fraktion verlassen, wie Annemarie Renger, Hans Apel, Hans-Jürgen Wischnewski, dann ist das bezeichnend für die Entwicklung der Sozialdemokraten. Die Koalitionsvorbereitenden Gespräche zwischen Sozialdemokraten und den Grün-Alternativen haben gezeigt, daß die Vorentscheidung für die Regierungszusammenarbeit längst gefallen ist.

Eine rot-grüne Bundesregierung — darüber dürfen wir uns nicht täuschen — würde das Aus für die Zusammenarbeit im westlichen Bündnis und in der Europäischen Gemeinschaft bedeuten. In einer außenpolitischen Phase von welthistorischer Bedeutung würde die Bundesrepublik Deutschland zum Unsicherheitsfaktor. Die Wiedervereinigung wäre wohl für immer verspielt. Die Modernisierung unserer Wirtschaft, die Innovationskraft unserer Forschung würde blockiert, und damit würde die Zukunftsfähigkeit unserer Arbeitsplätze gefährdet. Der innere Frieden unseres Landes wäre in Gefahr. Als Hamburger, und ich denke, nicht nur als Hamburger, sage ich, schon eine Hafenstraße ist zuviel.

Wer meint, aus einer Augenblicksstimmung heraus oder aus einer Protesthaltung heraus rechtsradikal wählen zu sollen, der muß wissen, daß er im Ergebnis links regiert wird, denn wir arbeiten mit Radikalen nicht zusammen.

Wir stehen an einer Zeitenwende

Wir stehen an einer Zeitenwende. Selten in der Geschichte verändert sich so viel auf einmal an so vielen Orten und in so vielen Bereichen. Die Idee der Freiheit setzt sich mehr und mehr durch. Was wir aber brauchen, ist ein Wandel ohne Angst. Unsere Welt wird immer komplizierter. Computergesteuerte Maschinen ersetzen die Handarbeit. In atemberaubender Geschwindigkeit werden neue Wissensbereiche erobert, selbst die Erbanlagen des Menschen sind vor dem manipulierenden Eingriff nicht mehr sicher. Dies ist eine hohe Zeit für die einfachen Parolen der Radikalen, die wie Faulgase aus dem Abfall des Fortschritts aufsteigen. Dies ist vor allem aber eine Herausforderung für die CDU, sich gerade bei komplizierten Problemstellungen des ethischen Anspruchs zu erinnern, den wir uns selbst mit dem C gegeben haben.

Unsere Arbeit muß lebensnah sein, aber sie darf keinem bloßen Pragmatismus huldigen, damit die moralische Verantwortung für die Zukunft unserer Kinder nicht im politischen Tagesgeschäft untergeht. Unser C muß ein Leuchtfeuer bleiben, wie wir Hamburger sagen würden, um im bewegten Meer unserer Zeit das ethische Ziel nicht aus den Augen zu verlieren: den Menschen, der sich als Geschöpf Gottes versteht, der in Solidarität und Freiheit sein Leben gestaltet.

Manch einem mögen Katholiken- oder Kirchentage als zu unruhig, zu wenig „staatstragend“ erscheinen. Ich meine, wir müssen auch offen sein für die visionäre Unruhe, die dort gerade von jungen

Menschen ausgeht. Es geht darum, daß wir den politischen Auftrag der Wähler zur Gestaltung der Zukunft bekommen. Ich will nur ganz kurz drei Fragen ansprechen, die diese Herausforderung deutlich machen:

Erstens: Was bedeutet Solidarität heute unter den Bedingungen einer modernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft, in der die große Mehrheit der Bevölkerung in einem nie dagewesenen Wohlstand lebt? Die Sicherung des Generationenvertrages, eine neue „Kultur des Helfens“ in einer Zeit nachlassender sozialer Bindungen in Familien und Nachbarschaften.

Zweitens: Wie läßt sich unter den Bedingungen einer Freizeit- und Informationsgesellschaft Geborgenheit erfahren und Identität stärken? Hier sehe ich die zentrale Herausforderung unserer Politik für die Familie, den wichtigsten Ort für die Vermittlung von Lebenssinn und die Einübung sozialer Tugenden.

Drittens: Wie können wir den wirtschaftlich-technischen Fortschritt auch zum Vorteil unserer Umwelt nutzen? Hier geht es darum, den Ordnungsrahmen unserer Sozialen Marktwirtschaft um eine ökologische Dimension zu erweitern.

Es gibt in unserer Gesellschaft nicht wenige, denen es schwerfällt, mit dem rasanten Tempo des Strukturwandels Schritt zu halten. Ihnen muß unsere besondere Aufmerksamkeit gelten, sie dürfen nicht auf der Verliererseite stehen, während die übrige Gesellschaft ihren Wohlstand immer weiter nährt.

In diesen Wochen, Tagen und jetzt in diesen Stunden flüchten Tausende von Deutschen aus der DDR. Sie haben Hunger, aber nicht auf Brot, sondern auf Freiheit. Ich habe viele von ihnen in Budapest getroffen, und in der Begegnung mit die-

sen Landsleuten kann man spüren, wie lebendig die eine deutsche Nation ist. Die ungelösten Probleme von Ost-Berlin, Leipzig und Dresden werden noch immer nach Budapest und an die ungarisch-österreichische Grenze verschoben.

Aber der Wind der Veränderung, das ist sicher, wird auch in die DDR hineingehen.

Selbstbestimmungsrecht, Freiheit und Menschenrechte sind unteilbar. Der geschichtliche Aufbruch Europas wird nicht an Deutschland vorbeigehen.

Es ist der Wille aller Deutschen, frei zu sein

Die Verantwortlichen in der DDR müssen endlich begreifen: Ohne tiefgreifenden Wandel auch in der DDR gibt es keine neue Stabilität. Von deutschem Boden darf und wird nie mehr Krieg ausgehen, aber auf deutschem Boden dürfen auch nicht länger Menschenrechte verletzt werden.

Denjenigen, die uns immer geraten haben, in der deutschen Frage von den Realitäten des Nachkriegseuropas auszugehen, müssen wir sagen: Schaut genau hin, zu den Realitäten des Europas von heute gehört der Wille aller Deutschen, frei zu sein und zusammenzuleben.

Die Politik der deutschen Sozialdemokraten mit ihren exklusiven Beziehungen zur SED und der gleichzeitigen Vernachlässigung der Kontakte zu Oppositionsgruppen in Mittel- und Osteuropa ist gescheitert. Es muß Schluß sein mit einer Politik der falschen Rücksichtnahme auf die SED.

Die Sozialdemokraten haben die Reform- und Dialogfähigkeit der SED falsch ein-

geschätzt. Die politisch-moralischen Defizite der SPD-Politik gegenüber der Freiheitsfrage sind heute für jedermann erkennbar.

Egon Bahr hat in den 60er Jahren von einer Politik des „Wandels durch Annäherung“ gesprochen, die die Grundlage für die Ostverträge gelegt hat. Ich meine, durch die engen, ja freundschaftlichen Beziehungen zwischen SPD und SED in den vergangenen Jahren ist dies degeneriert zu einer Politik des „Wandels durch Anbiederung“. Das darf niemals Regierungspolitik in unserem Lande werden.

Was wir heute tatsächlich in Mittel- und Osteuropa erleben, ist ein Neubeginn durch Freiheit und Selbstbestimmung, ist Wandel durch Beispiel, Wandel durch Anziehungskraft von Freiheit und Demokratie, ist „Wandel durch freie Wahlen“. Das haben wir in all den Jahren immer vertreten.

Der Kommunismus — das haben heute viele Redner zu Recht gesagt — ist tot. Die Demokratie ist überall auf dem Vormarsch. Das gilt für Europa genauso wie für Lateinamerika.

Alles, was im sowjetischen politischen Denken neu ist, sind Teilanleihen aus unserem Denken. Gorbatschow ist die Antwort der Sowjetunion auf das Versagen des Kommunismus und den Erfolg westlichen politischen Denkens. Der Osten schaut heute auf den Westen. Bisher ergab sich die Bedrohlichkeit des Ostens aus der Kombination von militärischer Überlegenheit und aggressiver, expansionistischer Politik und Ideologie. Heute steht die Übermacht des Warschauer Paktes am Verhandlungstisch in Wien zur Disposition, und dies nicht zuletzt auf Grund unserer Politik.

Nun liegt die Bedrohlichkeit viel eher im Risiko des Scheiterns, in der Gefahr, daß

die sowjetischen Reformen ihr Ziel verfehlen. Verteidigung wird damit zur Versicherungspolice gegen das Risiko des Scheiterns. Da aber Zeiten der Veränderung auch Phasen der Labilität sind, dürfen wir unsere Instrumente, die für stabile Verhältnisse sorgen, nicht vernachlässigen, und das sind die Streitkräfte, und das ist das Bündnis.

Es ist wahr, wir haben Anlaß zur Zufriedenheit und zu vorsichtigem Optimismus, aber nicht zur Selbstzufriedenheit. Die großen Erfolge unseres politischen Systems dürfen uns nicht blind machen für die Schwächen und Probleme, die auch unsere Gesellschaft immer noch hat. Es gibt keine perfekte Gesellschaft, übrigens genauso wenig, wie es je eine perfekte oder vollendete Partei geben wird. Der Niedergang des Kommunismus und die tiefgreifenden Reformen können dazu führen, daß es um die Jahrtausendwende einen neuen Wettbewerb auf neuer Grundlage zwischen verschiedenen Gesellschaften geben wird.

Wir können stolz sein auf das Erreichte, aber wir müssen auch in der Zukunft die richtigen Fragen stellen und versuchen, neue Antworten zu geben. Wenn die Union hierzu einen entscheidenden Beitrag leistet — und ich sehe weit und breit niemanden, der es sonst tun könnte —, dann bin ich sicher, daß wir von den Wählern nicht nur Zustimmung und Dankbarkeit für das bisher Geleistete bekommen werden, sondern vor allem — und darauf kommt es an — das politische Mandat für die Bewältigung der großen Zukunftsaufgaben, die auf uns zukommen.

Dafür will ich mich mit ganzer Kraft einsetzen, und dafür bitte ich um Ihr Vertrauen.

Alfred Dregger: CDU und CSU sind eine politische Einheit

Nach den gestrigen Wahlen beglückwünsche ich im Namen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion alle Gewählten auf das herzlichste, insbesondere Ihnen und unseren wichtigsten Mann, den Vorsitzenden der CDU und Kanzler der Bundesrepublik Deutschland.

Die Bundestagsfraktion hat in ihrer ersten Sitzung nach der Sommerpause am 31. August 1989 die Entscheidung des Parteitages in ihrer Weise vorweggenommen. Sie hat meine damalige Feststellung, wir gehen 1990 mit Helmut Kohl in die

Bericht des Vorsitzenden der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion,
Alfred Dregger

Bundestagswahl, und wir werden mit ihm gewinnen, mit demonstrativem Beifall beantwortet. Der Parteitag hat dieses Votum der Fraktion bestätigt.

Wichtiger noch als wir, als die Bundestagsabgeordneten und die Parteitagsdelegierten, sind die Hunderttausende unserer Mitglieder und die Millionen unserer Wähler. Sie haben in den letzten Jahren nicht selten gelitten und manchmal an uns gezweifelt. Unsere Mitglieder und Anhänger konnten nicht überprüfen, ob negative Berichte und Kommentare über uns berechtigt waren oder nicht. Durch innerparteiliche Konflikte im Führungskreis konnten sie jedenfalls nicht ermutigt werden. Jetzt, mit diesen Wahlen gilt es einen Neuanfang zu machen.

**Meine Glückwünsche an die
gewählten Mitglieder des
Präsidiums und des Vorstandes der
CDU sind daher mit dem Aufruf**

**verknüpft, den Dienst an der Partei
sowie das Vertrauen und die
Zustimmung von Mitgliedern und
Anhängern zur Richtschnur des
eigenen Verhaltens zu machen.**

Nun zum Bericht: Die Bundestagsfraktion ist keine CDU-Fraktion. Sie ist eine CDU/CSU-Fraktion. Sie ist, wie Konrad Adenauer es einmal formuliert hat, ein „die Einheit der Union verkörperndes Organ“. Das war sie immer, und das muß sie bleiben.

Diese Kombination — zwei Parteien und eine Fraktion — wirft natürlich Probleme auf. Die CDU ist souverän, die CSU ist souverän. Beide fassen ihre Beschlüsse in Eigenverantwortung. Es ist Aufgabe der Fraktion, insbesondere ihres Vorsitzenden, diese manchmal unterschiedlichen Wünsche, Willensbildungen und Beschlüsse beider Parteien aufzunehmen und zusammenzuführen.

Ich habe den Eindruck und manchmal die Sorge, daß diese Grundbedingungen einer fruchtbaren parlamentarischen Zusammenarbeit innerhalb der Union nicht immer erkannt werden. Wenn wir es in den sieben hinter uns liegenden Jahren trotzdem immer wieder geschafft haben, dann gebührt das Verdienst neben Helmut Kohl unseren ersten Parlamentarischen Geschäftsführern, zunächst Wolfgang Schäuble, dann Rudi Seiters, jetzt Fritz Bohl, vor allem aber auch den Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe, die zugleich meine ersten Stellvertreter im Fraktionsvorsitz sind. Über Jahre hinweg war es Theo Waigel, der heute nachmittag als Parteivorsitzender der CSU ein Grußwort an den Parteitag richten wird; jetzt ist es Wolfgang Bötsch. Beiden Freunden

und Kollegen danke ich vor den Delegierten der CDU Deutschlands für Loyalität und Zusammenarbeit.

CDU und CSU sind Schwesterparteien, und solange es eine gemeinsame Bundestagsfraktion gibt, sind sie eine politische Einheit.

Das kann von unserem Koalitionspartner FDP natürlich nicht gesagt werden. Die Zusammenarbeit mit der FDP ist auf manchen Feldern nicht einfach. Das gilt insbesondere für das Asylrecht, dessen massenhafter Mißbrauch beendet werden muß, und für das Ausländerrecht, das nur insoweit gleiche Rechte gewähren kann, wie auch gleiche Pflichten übernommen werden. Noch schwieriger ist die Verabschiedung des Beratungsgesetzes, bei dem es um den Schutz des ungeborenen Menschenlebens geht, ein Anliegen, das uns besonders am Herzen liegt. Wir, die CDU/CSU, tun das uns Mögliche, um dieses Gesetz noch in dieser Legislaturperiode zur Verabschiedung zu bringen.

Daß es Meinungsverschiedenheiten und Konfliktpunkte in einer Koalition gibt, gehört zu ihrem Wesen. Entscheidend ist die Art und Weise, wie die Partner in der Koalition miteinander umgehen. Ich glaube, daß wir uns in dieser Hinsicht gegenseitig ein gutes Zeugnis ausstellen können. Die Zusammenarbeit in der nächsten Legislaturperiode fortzusetzen, liegt im Interesse unseres Landes, wenn die Wähler dafür die Voraussetzungen schaffen. Meinem Kollegen Wolfgang Mischnick, dem Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion, danke ich für seinen wichtigen Beitrag.

Mit unserem Bremer Parteitag biegen wir in die Zielgerade zur Bundestagswahl 1990 ein. Es ist noch zu früh für den Endspurt, aber wir haben Anlaß, unsere Leistungen auf der bisher zurückgelegten Strecke zu prüfen. Im Spiegel von Demo-

skopen, Demagogen, Pessimisten oder Phantasten mag das Feld der Konkurrenten dicht geschlossen und in günstiger Position liegen.

Nach den objektiven Leistungen dieser Koalition, dieser Fraktion und damit auch dieser Partei, der CDU Deutschlands, liegen wir vorne, weit vorne! Objektive Wirklichkeit und das für Wahlen entscheidende subjektive Bild der Wirklichkeit in Übereinstimmung zu bringen, das ist die zukunftsentscheidende Aufgabe der nächsten 15 Monate. Die alte Volksweisheit „Tue Gutes und rede davon“ gilt auch für die Politik.

Ich habe den Eindruck, daß wir allzuoft allzu zaghaft waren, nach unseren guten Taten auch gut darüber zu reden. Vielleicht war das in den letzten Jahren auch deshalb schwerer, weil wir auch wegen der weitgehenden Untätigkeit unserer sozialdemokratischen Vorgängerregierungen ein riesiges Reformprogramm verwirklichen mußten. Es war schon vorher klar, daß das in vielen Details auf den Widerstand der Interessenten, der Medien und der Opposition stoßen würde. Jetzt aber werden die Erfolge der Reformen sichtbar.

Das gilt für die Gesundheitsstrukturreform genauso wie für die Steuerreform, deren größte Entlastungsstufe in wenigen Monaten in Kraft tritt. Eine Fülle von angstmachenden Voraussagen der Kritiker wird Schritt für Schritt durch die Wirklichkeit widerlegt. Jetzt müssen wir nachfassen, in die Offensive gehen, denn eine Automatik zu unseren Gunsten wird es natürlich nicht geben.

Es ist doch unverkennbar, daß die Sozialdemokraten und ihre medialen Helfer versuchen, uns mit einem doppelten Schweigegebot zu belegen. Unsere großen Leistungen sollen ebenso verschwie-

gen werden wie die Mißerfolge der SPD in der Zeit ihrer Regierungsverantwortung vor 1982 und ihre völlige Konzeptionslosigkeit in der Gegenwart. Die Haushaltsdebatte der letzten Woche hat das wieder sichtbar gemacht. Diese Schweigezumutung müssen wir zurückweisen. So wie wir sie im Bundestag durchbrechen, sollten wir es auch vor diesem Parteitag, vor unseren Anhängern, vor Mitgliedern und Delegierten tun.

Die Politik der von uns gestellten Bundesregierung ist nicht nur erfolgreich — sie ist ganz ungewöhnlich erfolgreich. Es ist die erfolgreichste Regierung in Europa. Sie ist sozial erfolgreich, wirtschaftlich erfolgreich, gesellschaftlich erfolgreich und international erfolgreich! Das hat auch etwas mit der Person des für diese Politik letztlich verantwortlichen Mannes, nämlich des Kanzlers, zu tun.

Ich bin nun über sieben Jahre Vorsitzender der gemeinsamen Fraktion, und ich weiß, wovon ich spreche: Helmut Kohl ist ein starker Kanzler, er ist auch ein starker Parteivorsitzender. Er läßt seinen Mitstreitern in Regierung und Partei durchaus Gestaltungsspielraum. Aber das, was er nach sorgfältiger Überlegung für notwendig hält, das setzt er auch durch — darauf können Sie sich verlassen —: nicht als großer Zampano, der mit den Muskeln spielt, nicht als Held des Schauspielgeschäfts, sondern als ein Mann, für den die Maxime „Pflichterfüllung“ und „Mehr sein als scheinen“ gelebte Wirklichkeit sind.

Auch ein kritischer Beobachter muß anerkennen: Helmut Kohl hat in seiner Regierungszeit keinen schwerwiegenden Fehler gemacht; dafür aber Erfolge errungen wie keiner seiner Vorgänger. Einem

solchen Mann kann das Schicksal unseres Landes auch in einer Zeit des Wandels mit all seinen Chancen, aber auch Risiken unbesorgt anvertraut werden.

Ich weiß, es gibt besorgte Strategen, die sagen: Eine Partei wird nicht wegen ihrer Leistungen in der Vergangenheit, sondern wegen der Hoffnungen und der Erwartungen für die Zukunft gewählt. Daran ist gewiß etwas Richtiges. Aber: Welchen besseren Beweis für unsere Leistungsfähigkeit in der Zukunft gibt es als unsere Leistungen heute und in der Vergangenheit? Diejenigen, die sie erbracht haben, verdienen mehr Vertrauen als diejenigen, die mit ihren Schreckensprognosen ständig widerlegt worden sind. Auch das müssen wir, meine Damen und Herren, zum Thema des Wahlkampfes machen.

Wenn wir nicht gewöhnen, dann würde das rot-alternative Bündnis über Deutschland herrschen. Was wäre von ihm zu erwarten? Das bisherige Verhalten — zunächst in Hessen, jetzt in Berlin —, vor allem aber die Programmatik dieses Kombinars gibt die Antwort: Ausstieg aus der Technik, Abstieg der Wirtschaft, Zerrüttung der Staatsfinanzen, Lähmung der Polizei, unbegrenzte Aufnahme von Ausländern und Leuten, die das Asylrecht mißbrauchen, und Gefährdung der Atlantischen Allianz.

Die Weisheit der SPD in der Innenpolitik erschöpft sich darin, Steuererhöhungen zu fordern. Die SPD steht damit in einer verhängnisvollen Tradition. Sie war schon immer eine Steuererhöhungspartei. Sie will diesem Ruf nach einem eventuellen Wahlsieg 1990 treu bleiben. Käme sie 1990 in die Regierungsverantwortung, stünde eine Erhöhung der Energiesteuern um 30 bis 40 Milliarden DM auf dem Regierungsprogramm. Die Belastung für Verbraucher und Unternehmen würde verdoppelt. Insbesondere den Autofah-

ern würde es mit einer drastischen Erhöhung des Benzinpreises ans Leder gehen.

Selbst für den ehemaligen SPD-Wirtschaftsminister Schiller ist klar: Mit diesem SPD-Programm werde nur ein Umbau verwirklicht — ich zitiere ihn —, „nämlich der hin zu mehr Steuern“. Das gesamte Programm, sagt Schiller, sei „nicht ausreichend durchdacht und unausgegoren“. Es nenne keine konkreten Zahlen, eine Orientierung sei kaum möglich.

Auch der ehemalige SPD-Finanzminister Apel hält die Vorschläge seiner Partei für „so nicht finanzierbar“. Die Pläne der SPD richteten sich, so Apel — ich zitiere ihn —, „gegen den kleinen Mann“.

Das zweite, was die SPD kennzeichnet, ist ein übles Spiel mit den Links- und Rechtsauslegern in der deutschen Politik.

Ihre klammheimliche Freude über das Anwachsen der Republikaner wurde in der Sommerpause enttarnt. Die SPD-Strategiepapiere zu den Republikanern besagen: je stärker die Rechtsradikalen, desto schwächer die Union, desto besser für die SPD. Ganz entscheidend ist — gerade auch für die Diskussion innerhalb der Unionparteien — die Tatsache, daß die SPD Linksradikale und Rechtsradikale völlig unterschiedlich behandelt.

Die Rechtsausleger sollen auf Kosten der CDU gestärkt und ihre Wähler zugleich diskriminiert werden, um sie aus dem Spiel der Kräfte auszuschalten. Die Linksausleger, die Grün-Alternativen, sollen dagegen durch Koalitionen auf kommunaler und Landesebene legitimiert und in die Lage versetzt werden, der SPD auf Bundesebene zu einer Mehrheit zu verhelfen.

Man kann das in einem Satz zusammenfassen: Mit den Rechtsextremen taktieren und mit den Linksextremen koalieren, das

ist die heuchlerische Strategie der SPD!

Ein rot-grünes Bündnis in Bonn, das sicherlich bedeutsamer wäre als ein rot-grünes Bündnis auf Landes- oder kommunaler Ebene, würde uns technisch, ökonomisch und sozial zurückwerfen. Mancher wird sich damit trösten, daß ein solches Unglück ja revidierbar sei, daß die Union das in einer erneuten Regierungsperiode wieder in Ordnung bringen könne, wie es ihr nach 1982 ja auch gelungen sei. Wer so denkt, meine Damen und Herren, betrachtet Politik als Spiel und nicht als verantwortliche Gestaltung der Lebensverhältnisse unseres Volkes!

Im übrigen: Der Wettbewerb der Industrienationen wird härter. In Asien treten Konkurrenten an, die uns aus unserem Wohlstandsschlaf heraustreiben könnten. Wenn wir das nicht rechtzeitig merken und uns nicht darauf einstellen oder gar eine grün-rote Philosophie verwirklichen, dann werden wir später nicht mehr auf den Zug der modernen Industrienationen des 21. Jahrhunderts springen können.

Noch schlimmer wäre ein rot-grünes Bündnis im Hinblick auf die neuen Herausforderungen in Deutschland, Europa und der Welt.

Partnerschaft in einer Führungsrolle der Allianz erwartet der neue amerikanische Präsident Bush von der Bundesrepublik Deutschland. Wie sollte eine grün-rote Regierung diese Aufgabe, Partnerschaft in einer Führungsrolle der Allianz, wahrnehmen?

Heute begrüßen alle die faszinierende Entwicklung in der Sowjetunion, in Ungarn und in Polen. Aber: Ohne unsere Politik der Festigkeit und Beständigkeit, ohne unser Festhalten an der Bündnisolidarität in der Nachrüstungsfrage und ohne unser Festhalten auch an der Offen-

heit der deutschen Frage wäre es nicht dazu gekommen.

Jetzt bieten sich neue Chancen für eine gesamteuropäische Friedensordnung. Was würde daraus werden bei den rot-grünen Politik-Harlekinen, die auf die Freiheit und Einheit Deutschlands in einem Augenblick verzichten wollen, in dem sich erstmals eine echte Chance für mehr Freiheit und mehr Selbstbestimmung bietet?

SPD und Grüne haben sich jahrzehntelang an die Seite der Unterdrückten gestellt. Wir stellen uns an die Seite der Unterdrückten.

Wir fordern für unsere Landsleute in der DDR das, was sie selbst fordern, nämlich Freiheit. Freiheit steht jedem Menschen zu, auch den Menschen, die von den Kommunisten unterdrückt werden. Zur Freiheit gehören auch freie Wahlen — freie Wahlen, wie sie jetzt in Ungarn stattfinden.

Vier Jahrzehnte sind seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland vergangen. Die Weimarer Republik, die erste deutsche Demokratie, hat nur 14 Jahre Bestand gehabt. 40 Jahre Bundesrepublik Deutschland — das sind 40 Jahre in Frieden und Freiheit, in Stabilität und Wohlstand. Diese Bundesrepublik Deutschland ist vor allem unser Werk, das Werk der Christlich Demokratischen Union. Wir haben es nicht allein geschaffen, aber wir haben die entscheidenden Weichen gestellt.

Es sind zwei große Entscheidungen, die vor 40 Jahren den Wiederaufstieg unseres Landes aus Trümmern und Not möglich gemacht haben: erstens die Entscheidung für den Westen und zweitens die Entscheidung für die Soziale Marktwirtschaft.

Die Namen zweier großer Unionspolitiker stehen für diese historischen Ent-

scheidungen. Konrad Adenauer steht für die Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in die Gemeinschaft der freien Völker des Westens, in die NATO und in die Europäische Gemeinschaft. Gesamtdeutsch hat er dafür nichts aufgegeben. Der Versuch des Professor Kaiser aus Bonn, Adenauer das Gegenteil zu unterstellen, hat sich als unseriöser Flop herausgestellt.

Auch wir, die wir jetzt in der Verantwortung stehen, werden nie Pflichten verletzen, die wir für das Deutschland jenseits der Teilungsgrenze, also für das gemeinsame Vaterland zu erfüllen haben. Wir stehen in der Tradition Adenauers.

Was Konrad Adenauer für die Außen- und Sicherheitspolitik bedeutet, bedeutet Ludwig Erhard für die Wirtschaftspolitik. Ludwig Erhard hat der schöpferischen Kraft der Freiheit auch in der Wirtschaft den Weg geebnet und unseren fleißigen Bürgern einen Lebensstandard ermöglicht, der zu den höchsten der Welt zählt. Wir, die Union, haben diese Grundentscheidungen, nämlich Westbindung in gesamtdeutscher und gesamteuropäischer Verantwortung — ich betone dabei insbesondere: in gesamtdeutscher und gesamteuropäischer Verantwortung — und Soziale Marktwirtschaft — auch hier füge ich etwas hinzu: Soziale Marktwirtschaft als Instrument der Wohlfahrt des ganzen Volkes —, einst gegen den erbitterten Widerstand der SPD durchsetzen müssen. Wir haben jetzt dafür zu sorgen, daß weder an der einen noch an der anderen Grundentscheidung gerüttelt wird, daß sie lebendige Wirklichkeit unseres Gemeinwesens bleiben.

Angesichts einer SPD, die „rot-grün“ zu ihrer Zukunftsperspektive gemacht hat, ist das eine sehr aktuelle Aufgabe. Es ist unser wichtigster Auftrag, insbesondere

1990 bei der Bundestagswahl, die die Weichen der Politik bis in das nächste Jahrhundert stellen wird.

Zur Vorbereitung des Wahlsieges gehört auch, daß wir uns als das darstellen, was wir sind. Wir sind die große deutsche Volkspartei, die auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes das soziale, das liberale und das konservativ-nationale Element miteinander verbindet. Dieser Zusammenklang begründet unsere Identität, unterscheidet uns von unseren politischen Gegnern und macht uns mehrheitsfähig. Die Konturen unseres Gesamtprofils — auf diese kommt es an — müssen vor allem in zwei Bereichen wieder schärfer werden: im sozialen Bereich und im nationalen Bereich.

Zum sozialen Bereich: Die Union ist — wir wissen es — als Partei des kleinen Mannes groß geworden. Das sind wir bis heute geblieben, und wir wollen es bleiben, allerdings nicht durch einen sozialpolitischen Alleinvertretungsanspruch, wie die Sozialdemokraten ihn zu Unrecht erheben. Wir sind die Partei des kleinen Mannes durch praktische Politik. Unsere Bilanz ist nach sieben Jahren Helmut Kohl auch jetzt wieder hervorragend, gerade für den kleinen Mann. Ich nenne in diesem Zusammenhang nur Stichworte — die Zahlen und Daten haben Sie im Kopf —: Wirtschaftswachstum, Geldwertstabilität, steigende Realeinkommen für Arbeitnehmer und Rentner, weit über eine Million zusätzliche Arbeitsplätze, erheblich verbesserte Sozialleistungen und vor allem mehr Leistungen für Kinder, Mütter und Familien.

Wir, der freie Staat der Deutschen, sind heute nicht nur ökonomisch Spitze, sondern auch sozial. Beides gehört zusammen. Wirtschaft ist

nicht Selbstzweck. Sie ist die Grundlage für die Selbständigkeit und das Freiheitsgefühl der schaffenden Menschen. Sie ist auch Grundlage einer fortschrittlichen Sozialpolitik.

Die SPD hat unseren Erfolgen nur Unwahrheiten, unrealistische Pläne und Neidpropaganda entgegenzusetzen. Damit wird sie keinen Erfolg haben. Unsere Mitbürger wissen Handwerker, die solide arbeiten, und Mundwerker, die nur Sprüche klopfen, voneinander zu unterscheiden.

Unsere Mitbürger können ihren Lebensstandard auf Urlaubsreisen mit dem unserer Nachbarvölker vergleichen. Wir müssen das allerdings ins Bewußtsein heben, damit es am Wahltag nicht vergessen wird.

Was die nationale Kontur unseres Gesamtprofils angeht, so ist dreierlei notwendig. Erstens dürfen wir nicht den Eindruck erwecken, Europa sei ein Ersatz für Deutschland.

Europa ist weder ein Ersatz für Frankreich noch für Italien, noch für Großbritannien, noch für Deutschland. Auch die Europäische Union, die wir anstreben, wird kein Schmelztiegel sein, in dem die nationalen Kulturen der Franzosen, der Deutschen, der Italiener, der Briten und der anderen verschwinden. Letzteres wäre ein Unglück und ein Verlust für die Welt. Nein, Europa wird ein Bund von Nationen sein, deren Vielfalt der Reichtum Europas bleiben wird.

Eine zweite Feststellung. Die Bundesrepublik Deutschland ist kein Einwandererland. Das muß auch in der Praxis deutlich zum Ausdruck kommen. Es geht darum, eine gerechte und wirksame Regelung für die Asylbewerber einzuführen, die denjenigen Aufenthalt gewährt, die wirklich

verfolgt werden, die die anderen aber wieder abschiebt. Bis jetzt hat sich unser Staat als unfähig erwiesen, eine solche Regelung zu treffen. Das verbittert viele Wähler — mit Recht übrigens.

Die dritte Feststellung. Die deutsche Geschichte umfaßt 1 200 Jahre. Sie darf nicht willkürlich auf die 12 braunen Jahre der Diktatur verkürzt werden. Uns gegen diese Art von Vergangenheitsbewältigung zur Wehr zu setzen, ist eine Zukunftsaufgabe, die wir erfüllen müssen, wenn wir als Nation — und ich nehme jetzt ein Wort von Eugen Gerstenmaier auf — geschichtsfähig bleiben wollen.

Wir Deutsche haben Anlaß, auf unser Land auch stolz zu sein, und das müssen wir nicht nur denken, das müssen wir auch sagen.

Sozial, liberal und konservativ-national, das sind Teilwahrheiten, die durch Verabsolutierung zu Unwahrheiten werden, zu Sozialismus, Liberalismus oder Nationalismus. Das wollen wir nicht. Aber für eine vernünftige Gesamtpolitik ist jedes dieser drei Elemente erforderlich. Deshalb fassen wir sie zusammen auf der Grundlage des christlichen Verständnisses von Menschen.

Eine Mahnung möchte ich damit verbinden. Es wäre falsch, wenn vor allem im Führungspersonal der Partei der eine von uns nur für das eine und der andere nur für das andere stünde. Jeder von uns steht für das Ganze.

Wir sind mehr als eine Sammelpartei, wir sind alle christliche Demokraten, und als christliche Demokraten machen wir soziale und liberale, aber auch konservative und nationale Politik.

Das hat uns in der Vergangenheit stark gemacht, das hat uns sogar, im Bund allerdings nur einmal, absolute Mehrhei-

ten ermöglicht, auf die zu verzichten auch für die Zukunft ich nicht bereit bin. Wenn eine Partei von vornherein auf eine absolute Mehrheit verzichtet, dann ist sie in meinen Augen nur eine halbe Partei.

Dieses Gesamtprofil hat es auch verhindert, daß die Mitte ausfranst und von rechts her geschwächt wird, was nicht passieren darf. Ich bin optimistisch, was die kommenden Monate angeht. Die letzten Wochen mit ihren Konflikten haben uns nicht geschwächt. Sie zu klären war notwendig. Jetzt wird es wieder aufwärtsgehen, wenn wir alle zusammenhalten und jeder, der ein Amt hat, weiß, daß er das Amt nicht zu seiner Profilierung erhalten hat, sondern um einen Dienst für die Union und für Deutschland zu leisten.

Dann werden wir bei der Bundestagswahl 1990 gewinnen und auch schon, wie ich hoffe, bei den vorausgehenden Kommunal- und Landtagswahlen, die ebenfalls außerordentlich wichtig sind. Das zu erreichen, meine Freunde, ist unser Ziel, und es zu erreichen, ist auch unsere Pflicht. Es liegt im Interesse unseres Landes.

Herzlichen Dank.

Hinweis:

In den nächsten Ausgaben des UiD werden wir über die Beschlüsse berichten, die der Parteitag zu den wichtigen Anträgen „Unsere Verantwortung für die Schöpfung“, „Moderne Parteiarbeit in den 90er Jahren“, zu der Vorlage zur Ausländer- und Asylpolitik und zu den Anträgen zur Finanz- und Beitragsordnung gefaßt hat.

Günter Rinsche: Wir wollen die Vereinigten Staaten von Europa

Am 18. Juni 1989 beteiligten sich 28,5 Millionen Deutsche an der dritten Direktwahl zum Europäischen Parlament. Mit 62,4 % lag die Wahlbeteiligung um rund 10 % höher, als in einigen Prognosen vorausgesagt, und um 6 % höher als bei der Europawahl 1984. Trotz erheblicher Verluste blieb die CDU/CSU entgegen allen pessimistischen Erwartungen mit 37,8 % stärkste Partei.

Die 32 Abgeordneten der CDU/CSU im dritten direkt gewählten Europäischen Parlament werden diese Stimmenverluste weder verdrängen noch bagatellisieren. Wir werden aber auch keine Zeit und Energie verschwenden, um die Probleme von gestern zu lösen. Wir brauchen Kraft

Bericht des Vorsitzenden
der CDU/CSU-Gruppe in
der EVP-Fraktion des
Europäischen Parlaments,
Günter Rinsche

und Kreativität, um die faszinierenden Chancen der Europäischen Gemeinschaft zu nutzen und unsere großen Aufgaben für die Gestaltung der Zukunft zu erfüllen.

Die große Aufgabe für die Gestaltung der Zukunft, das ist die dauerhafte Vereinigung und Wiedervereinigung Europas in Frieden und Freiheit. Nach einer Phase der Stagnation und Selbstblockade europäischer Politik in den 70er Jahren ist seit Amtsantritt der Regierung Helmut Kohl im Jahre 1982 eine neue Dynamik der Europapolitik in Gang gesetzt worden. Mit einer Vielzahl von Impulsen und

Initiativen haben das Europäische Parlament, der Europäische Rat, der Ministerrat und die EG-Kommission die Europäische Gemeinschaft vorangebracht.

Die positiven Ergebnisse dieser erfolgreichen Politik sind greifbar. An erster Stelle sind hier die Ausstrahlung und die Anziehungskraft freiheitlicher Politik zu nennen. Ohne diese in der Europäischen Gemeinschaft verkörperten Kraft, die aus dem Dreiklang Freiheit, Ordnung, Menschenwürde entsteht, wären die erregenden Ereignisse und Entwicklungen in Ost-, Mittel- und Südosteuropa nicht denkbar.

Es ist nicht zu leugnen, daß auch die hohe sozialökonomische Effizienz der Europäischen Gemeinschaft einen beachtlichen Einfluß auf die Reformbewegungen im Ostblock ausübt. Die Fortschritte der europäischen Integration vergrößern die Anziehungskraft der Gemeinschaft, erweitern ihr Gravitationsfeld und stellen uns vor neue, historisch zu nennende Aufgaben und Herausforderungen.

Aber — so sagte Chesterton — „Fortschritt ist die Mutter von Problemen“. In einer Zeit, in der laut Schlagzeile einer englischen Zeitung Staaten Schlange stehen, um Mitglied der Gemeinschaft zu werden, in einer Zeit, in der die Wiedervereinigung Europas nicht so utopisch erscheint wie noch vor wenigen Jahren, in einer Zeit, in der die dominierende Kraft europäischer Werte und Kultur über temporäre Ideologien und Irrlehren hinweggeht, in einer solchen Zeitenwende erzeugt die Frage nach dem Ziel und dem Weg eine verwirrende Fülle von Antworten.

Begriffe wie „gemeinsames Haus Europa“ oder „Festung Europa“ schaffen Unsicherheiten, wenn sie nicht klar durchdacht und definiert werden. Diskussionen über eine sogenannte Mitteleuropapolitik führen zu Mißverständnissen, auch bei unseren westlichen Nachbarn und Freunden. Das reizvolle Plädoyer für ein „vierstufiges“ Europa unterschiedlicher Geschwindigkeiten enthält mehr Fragen als Antworten.

So wichtig und fruchtbar diese Diskussionen sein können, so notwendig ist es, unseren Kurs zu halten und europapolitische Schlingerbewegungen zu vermeiden.

Mit Recht hat Konrad Adenauer vor jeder Form von Schaukelpolitik gewarnt. Das Wort „gemeinsames Haus Europa“ stammt von Konrad Adenauer, nicht von Michail Gorbatschow. Aber im Unterschied zum sowjetischen Parteichef verband der erste Bundesvorsitzende der CDU den Begriff „gemeinsames Haus Europa“ untrennbar mit dem Begriff der Freiheit.

Am 11. Juni 1961 sagte Konrad Adenauer auf dem Deutschlandtreffen der Schlesier: Unser Ziel ist, daß Europa einmal ein großes, gemeinsames Haus für alle Europäer wird, ein Haus der Freiheit.

Für die Verwirklichung dieses Ziels arbeiten die CDU/CSU-Mitglieder im Europäischen Parlament. Wir wissen sehr wohl, daß diese Zielsetzung nur dann historisch erfolgreich sein kann, wenn sie Schritt für Schritt, mit Geduld und Zähigkeit verfolgt wird. Fortschritte kommen ins Stolpern, wenn der zweite und der dritte Schritt vor dem ersten getan werden. Daher kommt es wesentlich darauf an, die richtige Reihenfolge der Schritte und Maßnahmen einzuhalten und ohne Hast und Hektik, unbeeinflusst von den

wechselnden Aufregungen des Tages, die gesetzten Ziele zu verwirklichen.

Leitschnur unseres Handelns im Europäischen Parlament ist das auf dem 36. Bundesparteitag der CDU 1988 in Wiesbaden einstimmig verabschiedete Programm „Unsere Verantwortung in der Welt“. Die für unsere Politik maßgeblichen Sätze lauten:

Die CDU will die Vereinigten Staaten von Europa. Auf dem Weg dorthin bleibt der Ausbau der Europäischen Gemeinschaft zu einer Europäischen Union die entscheidende Zukunftsaufgabe. Die Europäische Union muß eine politische Union, eine Sicherheitsunion und eine Wirtschafts- und Währungsunion umfassen.

Dieses auf unserem letzten Bundesparteitag einstimmig verabschiedete Programm ist uns Verpflichtung und Auftrag.

Auf dem Gipfeltreffen der Europäischen Gemeinschaft im Februar 1988 in Brüssel wurden wichtige Weichen für die Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes gestellt. Dieser Durchbruch nach vorn — eine europaweit anerkannte historische Leistung des Ratspräsidenten, unseres Bundeskanzlers Helmut Kohl — hat eine neue Epoche europäischer Politik eröffnet.

Namens aller Freunde im Europäischen Parlament möchte ich unserem Bundeskanzler Helmut Kohl sehr herzlich für diese großartige Leistung danken.

Die sozialökonomische Dynamik des Binnenmarktes ist heute unverzichtbar, unvermeidbar und unumkehrbar. Der Binnenmarkt enthält beachtliche Chancen deutscher und europäischer Zukunftssicherung, Chancen, die rechtzeitig erkannt und richtig genutzt werden müssen. Schon jetzt entfaltet die Konzep-

tion des Binnenmarktes eine wohlstandsteigernde Eigendynamik, die z. B. in den Unternehmensinvestitionen und den Exporten der deutschen Wirtschaft zum Ausdruck kommt. So heißt es in der Konjunkturbilanz zur Jahresmitte 1989:

Der Supertreibstoff „EG 92“ hält den Konjunkturmotor weiter auf hohen Touren . . . Lebhaftige Investitionstätigkeit vergrößert den Zuwachs des Produktionspotentials und damit Wachstumsspielräume für die Zukunft; dies ist eine wichtige Voraussetzung für den weiteren Abbau der Arbeitslosigkeit, aber auch für die Lösung gravierender Probleme wie Schutz der Umwelt.

Für die CDU/CSU-Mitglieder des Europäischen Parlaments enthält die Herausforderung des Binnenmarktes eine dreifache Aufgabenstellung: erstens die Lösung der Sachaufgaben in den verschiedenen Bereichen und Dimensionen europäischer Politik — das ist die Sachaufgabe —; zweitens die Ermittlung und Vermittlung von Informationen für die beteiligten und mitgestaltenden Bürger in der Bundesrepublik — das ist die Kommunikationsaufgabe —; drittens die Zusammenarbeit mit unseren Freunden in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und in der Bundesregierung; das ist die Koordinierungsaufgabe.

Die Lösung der Sachprobleme steht im Mittelpunkt unserer Arbeit in den Arbeitskreisen der EVP-Fraktion und in den Fachausschüssen des Europäischen Parlaments. Wir sind stolz darauf, daß die CDU/CSU-Mitglieder als Fraktionsvorsitzende — ich nenne mit Dankbarkeit den Namen Egon Klepsch —, als Arbeitskreisleiter, als Obleute und als Präsidenten und Vizepräsidenten der Parlamentsausschüsse und -delegationen in der vordersten Linie für die Dynamik der euro-

päischen Integration und die zügige Verwirklichung des Binnenmarktes Verantwortung tragen. Manch ein zukunftsweisender Bericht, viele Ideen und Impulse sind untrennbar mit den Namen von CDU/CSU-Mitgliedern des Europäischen Parlaments verbunden.

Natürlich gibt es auch Schwierigkeiten und Hemmnisse. Wenngleich sich der Entscheidungsprozeß der EG-Institutionen seit dem Inkrafttreten der Einheitlichen Europäischen Akte erheblich verbessert und beschleunigt hat, nicht zuletzt dadurch, daß die EG-Kommission mehr als früher das von uns empfohlene Subsidiaritätsprinzip praktiziert, so bleibt die Umsetzung europäischer Rechtsakte in einigen Mitgliedsländern doch mangelhaft.

Zur Lösung dieses Problems nationaler Rückstände und der damit verbundenen Gefährdung der Rechtssicherheit für alle Beteiligten muß eine politische Konzeption von Rat, Europäischem Parlament und den Mitgliedstaaten entwickelt werden.

Das Europäische Parlament wird in den nächsten Monaten wichtige Vorschläge gesetzgeberisch zu begleiten und zu bearbeiten haben. Hierzu gehören beispielsweise die Vorschläge über indirekte Steuern, finanzielle Dienstleistungen, gewerbliche Schutzrechte, Tiergesundheit, Pflanzenschutz, Luftverkehr, Gesellschaftsrecht und technische Harmonisierung.

Bei der Gestaltung dieser Gesetzeswerke gelten für uns die vier Ecksteine und Erfolgsvoraussetzungen der Europäischen Gemeinschaft: erstens die Rechtsstaatlichkeit, d. h. auch Humanität, zweitens die parlamentarische Demokratie, d. h. auch Legalität, drittens der föderalistische Gemeinschaftsaufbau, d. h. Subsidiarität, und viertens die Soziale Marktwirtschaft, d. h. auch Solidarität.

Ein noch ungelöstes Problem ist die zur Zeit noch relativ geringe Akzeptanz des Binnenmarktes bei Teilen der deutschen Bevölkerung. Im letzten „Eurobarometer“ vom Frühjahr 1989 wurde ermittelt, daß die negativen Meinungen über den Binnenmarkt in der Bundesrepublik, in Großbritannien und in Luxemburg zugenommen haben. Die Mehrheit aller befragten EG-Bürger sieht im Binnenmarkt eine „gute Sache“. Distanz oder Unkenntnis sind aber wohl die Ursachen dafür, daß fast ein Drittel aller Befragten weder eine gute noch eine schlechte Meinung über den Binnenmarkt hat.

Nach unserer Auffassung muß das hier sichtbar werdende Informationsdefizit überwunden werden, wenn die Chancen des Binnenmarktes erkannt und genutzt werden sollen.

Eine andere Problematik, mit der wir uns Beschäftigen müssen, kommt in einem Ausspruch zum Ausdruck, den Henry Benrath der Kaiserin Theophano, Mutter Ottos III., in den Mund legt. Sie spricht:

Die Deutschen sind manchmal schwierige Menschen. Sie streben immer in eine — vorgestellte oder wirkliche — Größe. Aber sie bleiben mit einem Ärmel in einer ihnen liebgewordenen Enge hängen. Die Enge nennen sie ihren Standpunkt oder ihr Recht — und lassen an ihr ungeheure Chancen scheitern. Sie vergessen zu leicht, daß neue Tatsachen durch sich selbst erweiterte Rechte schaffen, welche die Preisgabe überkommener Rechte wettmachen.

In diesen und ähnlichen Gegebenheiten und Problemen ist unsere Kommunikationsaufgabe begründet. Überspitzt formuliert lautet die Existenzformel der Europäischen Gemeinschaft: Integration gleich Information plus Kommunikation plus Motivation.

Ohne ausreichende Information über Europa, ohne ausreichende Kommunikation in Europa, ohne ausreichende Motivation für Europa kann die dauerhafte Einigung Europas in Frieden und Freiheit nicht Wirklichkeit werden.

Die CDU/CSU-Mitglieder im Europäischen Parlament erkennen die Notwendigkeit verbesserter Informations- und Kommunikationssysteme in Europa. Diese werden wir schaffen. Wir wissen aber auch, daß die Möglichkeiten der 518 Abgeordneten des Europäischen Parlaments nicht ausreichen, um jene Motivation zu erzielen, die der europäischen Integration die erforderliche Antriebskraft gibt.

Die zunehmende Interdependenz der verschiedenen politischen Entscheidungsebenen und unserer christlich demokratischen Gestaltungsprinzipien der Subsidiarität und Solidarität lassen die Koordinierung unserer Überlegungen und Handlungen immer wichtiger werden. Dies gilt insbesondere für die Vorbereitung auf den Binnenmarkt, dessen Auswirkungen in zahlreichen Politikfeldern spürbar werden und politischen Handlungsbedarf entstehen lassen. Die soziale Dimension des Binnenmarktes und die damit verbundenen Erfordernisse können hier als ein wichtiges Beispiel genannt werden.

Unter diesen Aspekten kommt der Koordinierung der Arbeit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament eine besondere und steigende Bedeutung zu. Wir sind dem Fraktionsvorsitzenden, unserem Freund Alfred Dregger, und allen unseren Freunden in Bonn sehr dankbar für die praktische Solidarität und die konkreten Möglichkeiten einer vertrauensvollen Zusammenarbeit. Wir möchten die Koordinierung unserer

Arbeiten auch weiter systematisieren und ausbauen, weil zahlreiche Probleme, z. B. die innere Sicherheit, die Bekämpfung des Drogenhandels, des Terrorismus und der internationalen Kriminalität sowie die grenzüberschreitende Gefährdung der Umwelt nur in konzertierten Aktionen zu lösen sind. So wie Entdeckungen und Erfindungen häufig durch das Kombinieren verschiedener Elemente und Disziplinen zustande kommen, so kann die Ergiebigkeit parlamentarischer Arbeit auch durch neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit verschiedener politischer Entscheidungsebenen verbessert werden.

In diesen Wochen produzieren unsere politischen Gegner ihre Programme für die neunziger Jahre. Sofern in diesen Papieren nationalistische Ressentiments, anarchistische Illusionen und ideologische Ladenhüter des 19. Jahrhunderts den Ton bestimmen, z. B. die alten sozialistischen Versuchungen des Neids und der Nivellierung, der Regulierung und Sozialisierung, kann man das Ganze durchaus mit dem Etikett „Zurück in die Vergangenheit“ kennzeichnen.

Unsere europäische Politik ist offen für die Zukunft.

Zu einer Politik, die offen ist für die Zukunft, gibt es keine vernünftige Alternative, denn — um mit Madame De Stael zu sprechen —: „Man kann die Zukunft nicht an die Kette legen.“ Für uns gilt Konrad Adenauers Wort: „Europa ist die Notwendigkeit für uns alle!“ Wir wissen: Ein Nein zur Notwendigkeit bedeutet Verzicht auf die Zukunft.

Wir haben die Chance, unsere Kraft und unsere Ideen in ein Gemeinschaftswerk einzubringen, das uns und den kommenden Generationen ein menschenwürdiges Leben ermöglichen und einen Beitrag zum Weltfrieden leisten kann.

Aktion Willkommen für Landsleute aus der DDR

CDU-Patenschaften durch Orts- und Kreisverbände sollen den Landsleuten aus der DDR den Start ins neue Leben im westlichen Teil Deutschlands erleichtern. Das hat der Bundesparteitag in Bremen beschlossen. Unter Vorsitz von Generalsekretär Volker Rühle formulierte die Antragskommission einen Initiativantrag.

Volker Rühle sagte dazu vor dem Bundesparteitag, es komme darauf an, den vielen jungen Menschen die ersten Schritte zu erleichtern. Mitwirken sollen daran auch

Patenschaften erleichtern den Start ins neue Leben

Verbände und Vereine. Der Strom der Flüchtlinge bewiese, daß man Freiheit nicht lernen müsse. Die Bundesbürger sollten ihre Freiheit nicht als Freiheit zur Gleichgültigkeit verstehen und aktiv bei der Eingliederung ihrer Landsleute helfen. Volker Rühle hob hervor, daß es auch darum gehe, die Menschen über unser gesellschaftliches System der Demokratie zu informieren.

Berlins Landesvorsitzender, Eberhard Dieppen, sprach sich massiv gegen eine SPD-Politik der Anerkennung einer DDR-Staatsbürgerschaft aus. Eine Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft werde es allerdings nicht geben, solange die Union politische Verantwortung trage. Der ehemalige Regierende Bürgermeister machte unter großem Beifall den Delegierten den Vorschlag, in einer Kommission mit dem Namen „Deutschland 2000“ konkrete Antworten auf die Frage

herauszuarbeiten, wie wir uns die Zukunft unseres geteilten Landes vorstellen.

Der Initiativantrag zur „Aktion Willkommen“ hat folgenden Wortlaut:

„In diesen Tagen kehren Tausende von Menschen der DDR den Rücken. Sie verlassen ihre Heimat, weil die DDR-Führung sie ihnen systematisch zur Fremde gemacht hat. Sie lassen dabei ihre Freunde zurück, manche sogar ihre Familien. Sie wollen nur noch eines: weg aus der DDR. Ihr Ziel ist die Freiheit. Dafür nehmen sie in Kauf, noch einmal von vorn anfangen zu müssen.

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands heißt unsere Landsleute aus der DDR in der Bundesrepublik Deutschland herzlich willkommen. Unter diesen Menschen sind besonders viele Jugendliche, die aus Sehnsucht nach freier Lebensplanung und -gestaltung ihre Heimat verlassen haben. Sie alle brauchen unsere besondere Unterstützung und Zuwendung.

Die Freiheit muß ihre Stärke dadurch beweisen, daß Bürger, gesellschaftliche Gruppen und der Staat alles tun, um den Landsleuten aus der DDR die Eingliederung in unser politisches, wirtschaftliches und gesellschaftliches Leben zu erleichtern.

Die CDU ist die Partei der Freiheit und der deutschen Einheit. Der CDU-Parteitag ruft alle Parteimitglieder auf, unseren Landsleuten bei der Aufnahme in jeder Weise behilflich zu sein. Die CDU wird auf allen Ebenen, vor allem in den Orts- und Kreisverbänden, Willkommensaktionen durchführen, um zu einer raschen Eingliederung in unsere Gesellschaft beizutragen. Patenschaften vor Ort sollen unseren Landsleuten aus der DDR den neuen Start in der Bundesrepublik Deutschland erleichtern. Dazu wollen wir die organisatorischen Voraussetzungen schaffen. In jedem Ortsverband soll ein Ansprechpartner benannt werden.

Wir appellieren an alle Bürger, an alle gesellschaftlichen Gruppen, Verbände und Vereine, Patenschaften zu übernehmen, Sachspenden zu organisieren, Wohnungen und Arbeitsplätze anzubieten und zu vermitteln. Die Hilfsmöglichkeiten sind vielfältig und tragen dazu bei, neue Freunde zu finden und sich willkommen zu fühlen. Stadt- und Gemeinderäte, Landtage und der Deutsche Bundestag sollen unseren neuen Mitbürgern zusätzliche Möglichkeiten zur politischen Information anbieten. Bei der Arbeitsplatz- und Wohnungssuche muß die Unterstützung des Staates und der Wirtschaft schnell und unbürokratisch erfolgen.

Der Wunsch nach Freiheit läßt sich nicht unterdrücken

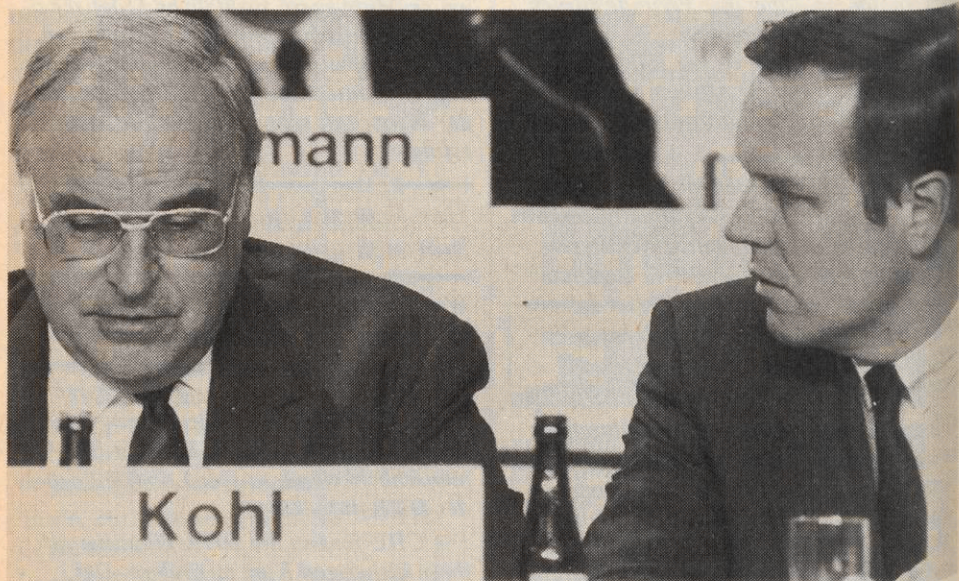
Wir Bürger der Bundesrepublik Deutschland dürfen in dieser Situation nicht durch Gleichgültigkeit und Wohlstandsegoismus versagen. Die Anziehungskraft unserer freiheitlichen Ordnung wird daran gemessen werden, mit welchem Maß an Mitmenschlichkeit wir unsere Landsleute aus der DDR aufnehmen.

Die CDU fordert die DDR-Führung auf, ihren bisherigen Kurs zu ändern. Der Wunsch der Menschen nach Freiheit läßt sich auf Dauer nicht unterdrücken. Nur wenn die DDR-Führung Freiheit zuläßt, Selbstbestimmung gewährt und die Menschenrechte achtet, schafft sie Lebensverhältnisse, die die Menschen nicht mehr zwingen, ihre Heimat zu verlassen.

Die CDU dankt den vielen freiwilligen Helferinnen und Helfern, die in unermüdlichem Einsatz unseren Landsleuten in den ersten Stunden und Tagen beistehen. Sie dankt auch den Betrieben, die durch Freistellung der Helfer deren Einsatz ermöglichen.

Ein besonderer Dank gilt unseren Nachbarn in Österreich und Ungarn.“

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1



„Ich bin überzeugt, daß Volker Rühe auf Grund seines Werdegangs und seiner Persönlichkeit der richtige Mann für dieses Amt ist.“ Der Parteitag bestätigte die Worte, mit denen Helmut Kohl für die Wahl zum Generalsekretär Volker Rühe vorschlug, mit großer Mehrheit. Von 704 Delegierten, die eine gültige Stimme abgaben, stimmten 628 mit Ja.

UID

28/89

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis:** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis:** 1,20 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.